



Junge Ungarische
Rechtshistoriker

RICHTEN ODER SCHLICHTEN:
FORMEN STRAFRECHTLICHEN
KONFLIKTBEWÄLTIGUNG

3

Budapest
2011

Junge Ungarische Rechtshistoriker

Publikation
des Lehrstuhls für Ungarische Rechtsgeschichte
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Eötvös-Loránd-Universität

Herausgegeben von:
Prof. Dr. Barna Mezey

Redakteurinnen:
Judit Beke-Martos; Judit Lenkovics

Lektor:
Justyna Polomski

©Gábor Bathó, Anna Beke-Martos, Dorothea Csoór, Péter Elek, Flóra
Estók, Boglárka Földesi, Dóra Frey, Imre Képešy, Judit Lenkovics,
Barbara Mohácsi, Zoltán Pafféri, Krisztina Sütő 2011

Textverarbeitung und Computersatz:
Ágnes Horváth

ISSN 1789-1086

INHALT

MEZEY, BARNA: Vertrauen und Rechtsprechung	5
BATHÓ, GÁBOR: Konfliktauflösung in der ungarischen Stammes- und Geschlechtsgesellschaft	10
ESTÓK, FLÓRA: Konfliktbewältigung in früheren Gesellschaften und der ungarische Rechtsbrauch	16
ELEK, PÉTER: Die Buße: Vermittlung in der Kirche	21
SÜTŐ, KRISZTINA: „Mythos und Wahrheit“ über die ungarischen Hexenprozesse	25
CSOÓR, DOROTHEA: Der gerichtliche Zweikampf als Form der Konfliktlösung in Ungarn bis 1752	29
LENKOVICS, JUDIT: Das Duell als Konfliktbewältigungsmittel der politischen Bereiche im 20. Jahrhundert	33
FREY, DÓRA: Auf anderen Wegen – Konfliktbewältigungsformen bei Zigeunern in Ungarn.....	38
FÖLDESI, BOGLÁRKA – PAFFÉRI, ZOLTÁN: Laienrichter im Strafverfahren – momentaner Stand und Ausblick	46
BEKE-MARTOS, ANNA: Mediation in den USA	69
MOHÁCSI, BARBARA: Mediation – die neueste Diversionsmöglichkeit in dem ungarischen Strafprozessgesetzbuch	77
KÉPESSY, IMRE: Die Regulierung von Drogendelikten in Ungarn ab Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts	82

VORWORT

Prof. Dr. Barna Mezey

Vertrauen und Rechtsprechung

Das wichtigste Merkmal der Beziehung zwischen Vertrauen und gesellschaftlichem Kapital ist das Misstrauen. Die maßgebliche Ursache dessen ist in der Informationsexplosion des 20. Jahrhunderts zu suchen. Informationen entwickeln sich seitdem tsunamiartig, und infolgedessen fühlt sich der Mensch mehr und mehr verloren in einer Welt, welche immer dynamischer expandiert. Eine biologische Gabe des Menschen ist das Nebeneinander des Vertrauens und Misstrauens. Das Vertrauen ist das Ergebnis eines biologischen Prozesses in unserem Körper, das mit Endorphinen verbunden ist. Vertrauen ist nichts anderes, als eine Art Gefühl der Freude, indem der Mensch als gesellschaftliches Wesen die Solidarität, das Mitgefühl und die Unterstützung anderer als Freude, sogar Euphorie empfindet. Eine These der Freudschen Philosophie ist das Freudeprinzip, laut dessen der Mensch im Grunde immer die Freude sucht, sodass in seinem Leben die Konfliktvermeidung und Konfliktbehandlung eine wichtige Rolle spielt. Die Freude ist eines der Ziele des menschlichen Daseins. Das Vertrauen ist also nichts anderes, als eine mögliche Form der Freude. Freude über den Glauben an andere Menschen. Das Vertrauen, das man füreinander, gegenüber der Gesellschaft und den gesellschaftlichen Institutionen empfindet, ist in der Wirklichkeit eine Freudenquelle biologischen Ursprungs. Es ist aus unserem Dasein und unserer Geschichte nicht wegzudenken.

Betrachten wir die Wirtschaft, können wir feststellen, dass die Frage des Vertrauens auf dem Markt und im Geschäftsleben selbstverständlich präsent ist und dies auch für den unbeteiligten Durchschnittsmenschen eindeutig die Voraussetzung seines Funktionierens ist. Das Vertrauen ist in zahlreichen Bereichen unabdingbar: z.B. im Wirtschaftsleben, beim Onlinebanking, bei Investitionen. Untersucht man die Frage aus Sicht der Geschichte, ist es offensichtlich, dass ein wichtiges Anliegen der ungarischen Wirtschaft der Ausbau des Vertrauens war. Die ungarische Wirtschaft musste im Schatten eines neuen politischen Systems, in einem völlig neuen System von Institutionen, in einem neuen Regelungsumfeld und mit neuen Akteuren funktionieren. Die Beteiligten am Wirtschaftsleben mussten (und müssen) einander, der Berechenbarkeit des Rechtssystems und der Regelungen, wie auch der Politik vertrauen.

Betrachtet man den allgemeinen Charakter der Ungarn als Nation, kann man die Dominanz des Freiheitsideals feststellen (das bedeutet für die Ungarn den permanenten Kampf um die eigene Unabhängigkeit); die Philosophie des Aufschiebens (was in diesem Kontext das leidende Überleben und die dauerhaft auf das Überleben eingestellte Gesellschaft bedeutet); die Vision der Zwietracht (die zum wichtigsten Element unserer Geschichte geworden ist); und das Warten auf die gebratene Taube (was das Warten auf das Wunder und das Akzeptieren des Wunders als Tatsache bedeutet). In diesem Zusammenhang sind alle Faktoren der ungarischen Gesellschaft verständlich, welche die gesellschaftliche Zuverlässigkeit im Allgemeinen in Frage stellen könnten. Zu diesen gehören das Misstrauen (gegenüber dem Vertrauen), die Beschwerdekultur (statt Stolz), Steuerhinterziehung (gegenüber dem Steuerbewusstsein) und die Grundhaltungen Neid und Beleidigtsein (anstatt Mitleid und Solidarität). Diese Einstellungen förderten in der ungarischen Geschichte eher einen starken Widerstand gegenüber dem Staat, als irgendeine Form der Identifizierung mit dem Staat. Daraus sind in der ungarischen Gesellschaft Symptomen entstanden wie die Suche nach dem Sündenbock, ein verschlossenes Denken und die Relativisierung der Moral.

Francis Fukuyama, Professor für internationale Politökonomie an der John-Hopkins-Universität, definierte das Vertrauen als Glaube an die gemeinsamen Werte. Er hob von den Gesellschaftsfaktoren physisches Kapital (materielle Werte, die in der Gesellschaft die entscheidende Rolle spielen), Humankapital und gesellschaftliches Kapital dieses Letztere hervor und definierte sein Wesen als Gesamtheit der informellen Normen, welche die Grundlage des gesellschaftlichen Vertrauens, der Zusammenarbeit und die Solidarität bilden. Nach seiner Auslegung ist das Vertrauen nicht die Ursache, sondern eine Folge des gesellschaftlichen Kapitals. Die Quelle des gesellschaftlichen Kapitals ist überwiegend die Sozialisation, im Laufe derer im Menschen der Bedarf entsteht, die Regeln einzuhalten. Damit geht die zum Vertrauen führende Zufriedenheit einher, die den biologischen Gegebenheiten der Menschen gemäß als Freudenquelle festgestellt werden kann. Den Gegensatz dazu bildet das Überschreiten von Regeln, das in den Menschen grundsätzlich Unruhe und Gewissensbisse erweckt. Er vertrat die Meinung, dass diese Erscheinungen biologischen Ursprungs seien, wie auch das Zusammengehörigkeitsgefühl von elementarer Stärke, das im Ergebnis des Vermehrungsdrangs in den sexuellen Beziehungen entsteht. Diese starken Bande führen auf dem geradesten Weg zum Schutz der Familie, die aufgrund der Blutsverwandtschaft entstandenen Organisation ist. In diesem Sinne hat der Zustand des Vertrauens einen biologischen Ursprung, und zwar die biologischen Eigenschaften und den biologischen Aufbau der Menschen (Verlangen nach Glück, Freude, Erfolg, Verständnis und Anerkennung).

Unter den menschlichen Eigenschaften finden wir an der zweiten Stelle das Streben nach Rationalität. Die Kooperationsbereitschaft garantiert die Arterhaltung, die zugleich als ein wichtiges Bedürfnis im Leben der Gesellschaft erscheint. Sowohl biologisch als auch gesellschaftshistorisch ist es eine erwiesene Tatsache, dass der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist, einsam kann er nicht überleben. (Der Vortragende fasst auch die Entstehung der großen Weltreligionen als eine gesteigerte Kooperationsbereitschaft auf.) Das biologisch bedingte Bedürfnis nach rationalem Handeln und Verhalten ist ein typisches Merkmal der Art „Mensch“.

Indem Fukuyama über die Beziehung zwischen Regierung und gesellschaftlichem Kapital spricht, bringt er eine ganze Reihe von historischen Beispielen zum Nachweis dessen, dass die staatlichen Bestrebungen das gesellschaftliche Kapital und das Vertrauen für Jahrhunderte ruinieren können. Als ein immerwährendes Beispiel wies er auf das Modell des französischen Absolutismus hin, der – gegenüber der als Gegensatz dazu apostrophierten englischen parlamentarischen Monarchie – das Modell der staatlichen Bevormundung darstellte. Die alles umfassende Kontrolle, Leitung und Verwaltung schwächten das Bedürfnis der Gesellschaftsmitglieder nach Zusammenarbeit und Vertrauen ab, weil man sich in allen Sachen an den Staat wenden musste, sei es ein Wirtschaftsunternehmen oder eine Initiative im Bereich der Kultur. Gutheißung und Unterstützung stammten von der Regierung, die das Netz der gesellschaftlichen Beziehungen selbst in der Hand halten wollte. Im Zusammenhang mit seinen amerikanischen Erfahrungen zitierte der Professor der John-Hopkins-Universität die Meinung von Tocqueville. Tocqueville behauptete, dass die Franzosen im Gegensatz zu den Amerikanern weder einander noch ihrem Staat trauten oder glaubten. Gerade deshalb sah der reisende Gelehrte der Franzosen einen großen Vorteil der Amerikaner gegenüber Europa im hohen Grad der Kooperationsbereitschaft und des Vertrauens. Fukuyama behauptet, dass das Misstrauen gegenüber der Regierung in Frankreich wegen ihrer tiefen gesellschaftlichen Wurzeln bis heute viel stärker ist als in den Vereinigten Staaten.

Laut Francis Fukuyama liegt das Problem nicht im Staat selbst, sondern in seiner Überfunktion. Seiner Meinung nach entstanden der Staat und das von ihm geregelte Rechtssystem gerade deswegen, weil infolge gewisser Änderungen die Solidarität und die Kooperationsbereitschaft in der Gesellschaft zurückgegangen waren, und man versuchte, die Entstehung informeller Regeln, die zum starken gesellschaftlichen Kapital führen, durch formelle Regeln, durch Schaffung eines Rechtssystems zu ersetzen. Er unterstrich aber auch, dass der Staat selbst nicht fähig sei, das Vertrauen aufzubauen, weil das Vertrauen eine Gefühlssache sei. Das Wirken und die staatlichen Normen können die Stärkung des Vertrauens höchstens unterstützen.

Was das gemeinsame Wertesystem und die Tradition als Quellen eines Vertrauenszustandes betrifft, tauchen heutzutage weitere Probleme auf. Früher entstanden so genannte primäre Gruppen aufgrund der Nachbarschaft, der Sprache, der Hautfarbe, der Religion usw., und sie bedeuteten für die Menschen sichere Anhaltspunkte zur Schaffung des Vertrauens. Der große historische Wechsel des 20. Jahrhunderts besteht darin, dass als Ergebnis der Globalisierungsprozesse anstatt der geschlossenen primären Gemeinschaften eine umfassende Kooperation entstehen soll. Die Globalisierung, der Markt und das physische Kapital sprengen und sprengen die primären Gruppen, und sie schufen bzw. schaffen ein neues System von Querbeziehungen und Vertrauensverhältnissen. Um den Prozess zu illustrieren, untersuchte Fukuyama das chinesische und das japanische Modell und verglich sie unter geschichtlichen Aspekten miteinander. Der eher militaristische Staat und das größere Vertrauen in die zentrale Verwaltung schwächten einerseits die Wirkung der Familie und unterwarfen sie den Regeln der Effizienz, andererseits ermöglichte dieser Staat die Entfaltung einer viel professionelleren, offeneren und sensibleren Wirtschaft. Die chinesische Gesellschaft war und blieb viel familienzentrischer und die Schutzfunktion der Familie blieb bis heute erhalten. Im Fokus des gesellschaftlichen Vertrauens steht immer noch die Familie, die der Entstehung und einem effizienten Funktionieren größerer Einheiten entgegensteht. Nicht zufällig gibt es in der chinesischen Wirtschaft so viele Familienunternehmen.

Die vierte Quelle des Vertrauenskapitals ist laut Fukuyama die Moral, die nichts anderes sei, als zwischenmenschliche Gefühlsbeziehungen. Ihre wichtigsten Bestandteile sind die Neigung zu Gefälligkeiten und die Kooperationsbereitschaft gemäß ungeschriebenen, historisch gewachsenen moralischen Werten. Die Moral ist kein Teil des politischen und rechtlichen Bereichs, obwohl sie dessen Funktionieren unterstützen kann.

Beim Fehlen der informellen Vertrauensregeln ist das System der Rechtsnormen nur ein Ersatz. Man muss aber auch deutlich hervorheben, dass mit jeder Formalität ungeheuer große Transaktionskosten verbunden sind. Denken wir nur an einen fünfhundert Seiten umfassenden Vertrag, der von Anwaltsbüros zusammengestellt und von einer Reihe von Anwälten fein abgestimmt wird. Wo Vertrauen besteht, können Arbeit und Geld gespart werden. Wenn es aber an Vertrauen mangelt, muss dieses durch formale Elemente ersetzt werden.

Das Vertrauen ist die Grundlage der herkömmlichen Rechtsprechung. In den Urgemeinschaften bestand das Wesen der Konfliktlösung in der Solidarität und im Erkennen der gemeinsamen Interessen. So lange die Mitglieder der Gemeinschaft daran glauben, dass die Konfliktlösung ihr gemeinsames Anliegen ist und dass ihre Mitmenschen und Leiter nicht gegen sie, sondern für sie und mit ihnen tätig sind, bedarf es keines besonderen Apparats und keiner Gewalt.

So lange also das Vertrauen auf gemeinsamen Werten basiert und das uralte System funktioniert, trägt die Kooperationsbereitschaft zur Lösung von Problemen bei. Dann treten die Greise in Konfliktsituationen als Vermittler auf, und die Gemeinschaft katalysiert die Lösung der Meinungsunterschiede.

Das Schwinden des Vertrauens, der Verfall gemeinsamer Werte und die Lockerung der zwischenmenschlichen Verbindungen führen einerseits zum Erscheinen der zwingenden Apparate als Ersatz für das abnehmende Vertrauen und für das erkannte gemeinsame Interesse, andererseits zum Etablieren prozessualer Formen, welche das Mediationsverfahren der Gemeinschaft ersetzen sollen. Das Aussterben des Vertrauens und der Untergang herkömmlicher Formen des Zusammenlebens ist ein Jahrhunderte langer Prozess. Sogar in den „kleinen Kreisen“ des Mittelalters, in den partikulären Gemeinschaften können Spuren der uralten Mechanismen entdeckt werden, welche den Vermittlungsmechanismen, der Mediation, weichen. Die Industriegesellschaft zerzaust die traditionellen Gemeinschaften und bietet dafür die globalisierte Welt des internationalen Kapitals, in der die Gesellschaft in ihre Atome zerfällt, das Individuum unsicher wird und die als Grundlage des Vertrauens dienenden gesellschaftlichen Verbindungen verloren gehen. Die Menschen sind gezwungen, zur Konfliktlösung die vom Staat bereit gestellten Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen. So lange, bis ihr Glaube auch an diese formalisierte Macht ruiniert wird...

Konfliktauflösung in der ungarischen Stammes- und Geschlechtsgesellschaft

Gábor Bathó

Eötvös-Loránd-Universität

Gegen 1000 v. Ch., als die nomadische Lebensform bei den Völkern in dem Steppen von Eurasien verbreitet war, fing das selbstständige Völkerleben vom Ungarnum an. Nach Befunden der archäologischen, ethnografischen und sprachwissenschaftlichen Forschungen lässt sich die Urgeschichte des ungarischen Volkes in drei Phasen gliedern: Die erste Phase, die Ära der Geschlechter, vom 3. Jahrtausend v. Chr. bis zur Mitte des 1. Jahrtausends n. Chr. Anschließend folgte die Phase der Stämme, welche bis zum 5. bzw. 6. Jahrhundert andauerte und an die sich die Periode für Stammesbünde anschloss. Diese endete im 9. bzw. 10. Jahrtausend.¹ In diesen Epochen waren die wichtigsten gesellschaftlichen Einheiten des Ungarnums die Großfamilie, das Geschlecht und der Stamm.

Die Großfamilie

In der Gesellschaftsorganisation erfüllte die Großfamilie eine zentrale Rolle. Sie war nicht nur eine Blut-, Vermögens- und Arbeitsgemeinschaft, sondern zugleich eine magische Einheit, die durch die Verehrung des gemeinsamen Ahnen zusammengehalten wurde. Die Großfamilie vereinte mehrere Generationen und sicherte ihr Fortbestehen durch Ehen und Geburten. Zu den wichtigsten Merkmalen dieser gesellschaftlichen Lebensgemeinschaft zählten die Sakraltätigkeiten, die Achtung der Alten und die Autorität des Familienoberhaupts. Zum Familienoberhaupt wurde der Älteste oder der meist angesehenste Mann ernannt. In diesem Amt verfügte er über eine fast unbegrenzte Macht über die Familienmitglieder. Innerhalb der Großfamilie gab es eine strikte Rangfolge sowie eine deutliche geschlechtliche und altersmäßige Hierarchie. Das Familienoberhaupt vereinte sich die Funktion vom Papst der Familie, vom Führer der gemeinsamen Unternehmungen und vom Richter in der Familie. Die Großfamilie war nicht nur eine Blutsgemeinschaft, sondern auch eine Vermögensgemeinschaft. Dies äußerte sich darin, dass die Arbeitskraft und die Erträge der einzelnen Familienmitglieder der gesamten Großfamilie zugute kamen. Die der Familie gehörenden Geräte und Ländereien gehörten zum Gemeinschaftsbesitz und waren Teil der Gütergemeinschaft. Die Großfamilie

¹ Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar alkotmánytörténet (Ungarische Rechtsgeschichte)* Budapest, 2003. S. 17–18.

war eine nach außen geschlossene Einheit, welche so ihr Vermögen schützen konnte. Alle Familienmitglieder teilten Güter und Erträge, aber auch Strafen.

Das Geschlecht

Die Großfamilien haben sich, wie auch bei anderen Völkern auf der Welt, in Ungarn zu Geschlechtern organisiert. Das Geschlecht (nem, gens, genos, genus, generatio, Sippe, Geschlecht, Stamm, Clan) ist eine Wirtschafts- und Rechtsschutzgemeinschaft, welche auf einer gemeinsamen Ahnenabstammung und der Blutsverwandtschaft basiert.² Mit der Entstehung des Geschlechts verbandete dieses die Funktionen mehreren Großfamilien:

1. Das Vermögen des Geschlechts setzte sich aus den Familienvermögen zusammen. Dazu zählten Ländereien, Tierbestand und die Diener.
2. Das Geschlecht hat auch den Großteil der Funktionen für die Gerichtsbarkeit übernommen, was in einer späteren Entwicklungsphase der gewählte Geschlechtsrichter ausübte.
3. Im Zeitalter der Geschlechter verbreitete sich die Blutrache, welche eine Rache- bzw. Aussöhnungsfunktion hatte und ausgeübt wurde, wenn z. B. ein Mitglied des Geschlechts durch Außenstehenden beleidigt wurde.
4. Das Geschlecht, wie auch die Großfamilie, wurde zu einer wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Gemeinschaft.

An der Spitze des Geschlechts stand das Geschlechteroberhaupt, der – wie auch das Geschlecht im Allgemeinen einige Rollen der Großfamilie übernahm – einige Funktionen des Familienoberhaupts übernahm, wie in der Rechtsprechung.³ Diese Ritterrolle hat sich insbesondere während der Aufenthalte in den Winterquartieren ausgebildet: Durch das Lösen und Schlichten von Konflikten, Zwisten und anderen Problemsituationen, welche durch das Zusammenleben auf engstem Raum kaum vermeidbar waren, konnte er sich eine große Anerkennung verschaffen.

Die Mitglieder des Geschlechts haben also unter der gerichtlichen Hoheit des Geschlechtsoberhaupts mit voller Macht als Väter in einer Rechtsschutzgemeinschaft gelebt. Mit den unter ihnen auftauchenden Konflikten haben sie sich vor die gerichtliche Macht des Oberhaupts gestellt. Das Rächen oder die Aussöhnung einer Beleidigung vom außen oder von den Mitgliedern eines anderen Geschlechts gehörte zur Pflicht des gesamten Geschlechts. Bei

² Mesterházy, Károly: Nemzetiségi szervezet és az osztályviszonyok kialakulása a honfoglaló magyarságnál (*Geschlechtsorganisation und die Ausbildung der Klassenverhältnisse bei den landnehmenden Magyaren*) Budapest, 1980. S. 81.

³ Hóman, Bálint: Magyar középkor (*Ungarisches Mittelalter*) Máriabesnyő–Gödöllő, 2003. Band 1. S. 141.

einer solchen Beleidigung stand nicht ein Individuum einem anderen gegenüber, sondern das Geschlecht dem anderen Geschlecht. Die Rache wurde dennoch nach dem uralten Blutrachenrecht von dem Beleidigten oder von dessen nächsten Verwandten ausgeübt. Dies bedeutet, dass im Gegenfall war ihre strafrechtliche Verantwortung auch gemeinsam.⁴ Die Gebührlast zur Aussöhnung, nach der Entstehung von Aussöhnungssysteme, war auch allgemein.⁵

Der Stamm

In den Zeiten vor dem Staatsvertrag organisierte sich das Ungarntum in mehrere höheren, umfassenderen Organisationen: im Stämme. Ein Stamm war ein sekundärer, auf freiwilligem Bund basierender, vor allem politischer und militärischer Zusammenschluss, welcher zugleich auch Rechtsschutzzwecken diente. Die ungarischen Stämme sind als solche öffentlichrechtliche Institutionen zu betrachten, die nicht nur durch das Wissen der Abstammung vom gemeinsamen Ahnen und durch die daraus entstehenden Verwandtschaftsgefühle verbunden sind, sondern auch eine durch das lange und enge Zusammenleben ausgeformte Gemeinschaft für Moral, Sitten, Bildung und vor allem für Glauben und Kult sind.⁶

Das System zur Auflösung von „strafrechtlichen“ Konflikten

Über die uralte ungarische Rechtsprechung sind nur wenige Urkunden geblieben. Die Erinnerungen, die erhaltenen Chronikbücher sind widerspruchsvoll, unvollständig, schwierig auszuwerten und sie spiegeln nur die frühesten Verhältnisse zum Anfang des 9. Jahrhunderts wider.

Die Erscheinung der die Geschlechter umfassenden Stämmen rief eine wichtige Änderung in der zeitgenössischen Rechtsprechung vor. Das Verfahren der Konfliktlösung wurde mehrschichtig. Die Verbrecher, die gegen die durch gelegentlichen oder nachhaltigen Bunden entstandenen Stammwissen und Sittensystem verstoßt haben, wurden von Stammoberhäuptern bestraft. Auf der Stammesstufe wurde auch die Konfliktschlichtung von Spannungen zwischen Geschlechtern und Großfamilien vollzogen. Um die Blutrache zu vermeiden und die Konflikte im Stammesrahmen beurteilen zu können, wurde oft ein Blutbund

⁴ László, Gyula: A honfoglaló magyar nép élete (*Das Leben der landnehmenden Magyaren*) Budapest, 1997. S. 135.

⁵ Hóman, Bálint: Magyar történet (*Ungarische Geschichte*) Budapest, 1935. S. 94–95.

⁶ Timon, Ákos: Magyar alkotmány- és jogtörténet (*Ungarische Verfassungs- und Rechtsgeschichte*) Budapest, 1917. S. 49.

geschlossen, durch welchen die nicht in Blutverwandtschaft stehenden Geschlechter quasi zu Verwandten wurden.⁷

Die Richtlinie des Gesellschaftsaufbaus war weiterhin die gemeinsame Abstammung, doch erschien zugleich auch die Differenzierung nach Vermögen und Verehrung, was zu einer neuen Aufteilung der Wahrheit führte. Die Verdoppelung der Rechtsprechung fing in der Geschichte unseres Volkes in dieser Periode an, in der sich die alltägliche, die Ordnung sichernde Gerichtsbarkeit der Großfamilie-Geschlecht von der Rechtsprechung abtrennte, welche die abstrakteren Interessen einer größeren Gemeinschaft und die Angelegenheiten der Leiter betrafen. Dieses Doppelsystem hat sich in der Periode des Stammesbundes umgeformt: Die Gemeinschaftsrechtsprechung wurde immer schwächer und die Gerichtsbarkeit wurde immer mehr zum Teil der abstrakten, abweichenden Gemeinmacht.⁸ Hier ist es wichtig zu betonen, dass die Rechtsprechung – im aktuellen System – nicht immer vor der obersten Stufe stattfand. Bei den Fällen, wo es sinnvoller war, eine niedrigere, zu den Verbrechern näher stehende Stufe in Anspruch zu nehmen, konnte auch das Geschlechts- oder das Familienoberhaupt die Rechtsprechung ausüben. In späteren Jahren, noch vor den Gesetzen von König István (Stephan) dem Heiligen (1000–1038), sind solche Fälle, bei denen die Entscheidung und/oder die Durchführung eine Angelegenheit der Familie, der Verwandtschaft war, dort überliefert.

Strafen und ihre Vermeidung

In den Chroniken ist die wichtigste Regelung zu lesen, die das Erhalten der Gemeinschaft sichern sollte. Dementsprechend wurde der Mensch, der „die Befehle der Gemeinschaft gebrochen hatte“, laut Gesetz als Bestrafung mit Schwert zerschnitten bzw. entweder zum Dienst vom Allgemeinvolk oder „vor verdamnten Geschehnissen gestellt“.

Unter dem Letzteren sind lebensgefährliche Taten oder militärische Aufgaben zu verstehen, zwischen denen der zum Tode oder zur Sklaverei Verurteilte wählen konnte. Wenn er diese Aufgabe überlebte, galt seine Schuld als beglichen und er konnte seine Freiheit behalten.⁹ Dieses Beispiel lässt eine Form der zeitgenössischen Diversion erkennen.

⁷ Bónis, György–Degré, Alajos–Varga, Endre: A magyar bírósági szervezet és perjog története (*Geschichte der ungarischen Gerichtsorganisation und des Prozessrechts*) Zalaegerszeg, 1996. S. 11.

⁸ Stipta, István: A magyar bírósági rendszer története (*Geschichte der ungarischen Gerichtsorganisation*) Debrecen, 1997. S. 15.

⁹ Kerékgyártó, Árpád: Magyarország történetének kézikönyve (*Handbuch der Geschichte Ungarns*) Pest, 1867. S. 42–43.

Das Nachleben vom Blutrrecht

Obwohl die Blutrache in der kroatischen Gesellschaft, wo die Geschlechterordnung lange, noch bis ins 15. Jahrhundert erhalten blieb, erscheint es bei der ungarischen Staatsgründung gar nicht, nicht einmal in der Form von Verbot in den Gesetzen vom König Stephan I. Die Familienrache widerspiegelt im Artikel gegen die Magier, wonach der Quacksalber zur Hand des Verletzten oder seiner Familie gegeben wird. Da die Sklaverei des Quacksalbers auch als finanzielle Entschädigung verstehen werden kann, dient es eher als Beweis für das Vorhaben des Blutgebührs. Die Tatsache, dass es keine Spuren der Existenz von Blutrache in den Gesetzen vom 11. Jahrhundert gibt, während sie in den slawischen Gesetzen aus dem 15. Jahrhundert noch zu finden sind, deutet darauf hin, dass die uralte Geschlechterorganisation in der ungarischen Gesellschaft schon lange zuvor aufgelöst wurde.

Für die rechtliche Anschauung der Land nehmenden ungarischen Gesellschaft war immer mehr die Vereinbarung charakteristisch, welche als eine frühere Form der Mediation anzusehen ist. Diese Tradition lebte auch in den Gesetzen von König Stephan weiter. So in einem Rechtsspruch wurde ein Frauenmörder zur Vereinbarung mit den Eltern der getöteten Frau angewiesen. Ähnlich wurde ein Frauenräuber, nach Vereinbarung mit den Eltern des Mädchens, zu zehn Ochsen bestraft.¹⁰

Die Vereinbarung über die Frauengebühr greift in die Zeit des Aufenthalts in Etelköz zurück. Die Gesetzgebung vom König Stephan griff aber weiter und betonte die staatlichen strafgesetzlichen Aspekte solche Strafen, wenn der Frauen raubende Ritter auch dann zu zehn Ochsen bestraft wurde, wenn er inzwischen mit den Eltern vereinbart hatte.¹¹ Dieselbe Vereinbarung taucht auch im 15. Jahrhundert auf, im fünften Gesetz von König Mátyás (Matthias) I. (1458–1490) aus dem Jahre 1486, wonach sich die Parteien in jeder gerichtlichen Angelegenheit frei einigen könnten.

Zusammenfassung

Die vorhergehenden Ausführungen zeigen, dass die Konflikte in der ungarischen Urgesellschaft vor allem durch Vereinbarung gelöst wurden. Der Mangel an zeitgenössischen Quellen und deren schwierige Verwertung erlauben es nicht, weitere Schlussfolgerungen zu ziehen. Zwei grundlegende Schriften, welche bei der Untersuchung dieser Zeitepoche heranzuziehen sind, sind Anonymus: *Gesta Hungarorum* und *De administrando imperio* von Konstantin zu Byzanz. Erste Forschungsaufzeichnungen im Bereich der Urgeschichte Ungarns stammen aus dem 19. Jahrhundert, und seither sind mehrere, öfter

¹⁰ Dekrete von König István (Stephan) I., 2. Band §§ 14, 25.

¹¹ Bartha, Antal (Hrsg.): *Magyarország története. Előzmények és magyar történet 1242-ig (Geschichte Ungarns. Vorausgegangene und ungarische Geschichte bis 1242)* Band I. Budapest, 1984. S. 805–807.

widersprüchliche Theorien darüber erschienen. Die Diskussion darüber dauert auch heutzutage, und es fehlt selbst in den grundlegenden Aspekten eine gemeinsame einheitliche wissenschaftliche Basis.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Gábor Bathó in dem Deutsch-ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

Konfliktbewältigung in früheren Gesellschaften und der ungarische Rechtsbrauch

Flóra Estók

Eötvös-Loránd-Universität

Eine traditionelle Gesellschaft ist ein primitiver, in Stämmen organisierter Zusammenschluss, in dem es kein schriftliches Rechtssystem gibt, und nur das Gewohnheitsrecht oder ein relevanter Rechtsbrauch ausgeübt werden. In dem ersten Abschnitt wird nach der Darlegung allgemeiner Ausführungen zum Thema, ein konkretes Beispiel aus der exotischen Kultur Melanesien präsentiert. Der zweite Teil des Referats beschäftigt sich mit dem ungarischen Rechtsbrauch bzw. den Konfliktbewältigungsmethoden der traditionellen Gesellschaft.

Wenn eine traditionelle Gesellschaft betrachtet wird, gehörten die Fragen der Schuld und der Strafe in dem Rechtssystem zu den interessantesten Aspekten. Die Basis einer solchen Gesellschaft bildet die Gemeinschaft. Es gibt keine normengebende Organisation, denn Regeln werden von der Gemeinschaft geschaffen. Gleicherweise ist es die Gemeinschaft, die die Verbrecher sanktioniert. Obwohl es keine Machtorgan existiert, übt die Meinung der Gemeinschaft ausreichenden Zwang aus. Im Folgenden soll eine solche Gemeinschaft beschrieben werden.

„In traditionellen Gesellschaften war die Familie die Grundeinheit, in modernen ist es das Individuum.“¹ Das zeigt sich auch in der Klassifizierung des Verbrechens, der wie alle Rechtsinstitutionen auch als Kollektivhandlungen betrachtet werden. Das heißt, dass nicht nur der Verbrecher, sondern auch seine Familie, sein Geschlecht oder sein Stamm sind mitverantwortlich. „Das Hauptziel in der eigenen Gemeinschaft war nicht das Suchen und Feststellen der Wahrheit, sondern die Konfliktauflösung. Die ständigen Konflikte haben die innere Widerstandsfähigkeit der Gruppe geschwächt und waren somit anfälliger für Überfälle und Angriffe von außen, welche teilweise zur Vernichtung der Gruppe führen konnten. Das konnte sich keine Gemeinschaft leisten. Deswegen hat die Gruppe mit den zur Verfügung stehenden Mitteln – meistens mit Hilfe dem Druck des öffentlichen Urteils – seine Mitglieder gezwungen, sich zu einigen, sich zu versöhnen; in schweren Situationen ist sie den Konflikt derart losgeworden, dass sie die Betroffene(n) verstoßen hat (...).“² Die meistverbreitete und am längsten ausgeübte Methode der Konfliktbewältigung –

¹ Maine, Henry Sumner: *Az ősi jog (Das uralte Recht)* Budapest, 1997. S. 74.

² Lőrincz, József-Kabódi, Csaba-Mezey, Barna: *Büntetéstani alapfogalmak (Grunddefinitionen der Strafrehre)* Budapest, 2005. S. 47.

unter denen der Mord, als eines der schwersten Vergehen verstanden werden soll – war die Blutrache. Innerhalb der Gruppe wäre ihre Anwendung einer Selbstvernichtung gleichgekommen. „So kam es dazu, parallel mit der Ächtung die Wiedergutmachung auf Basis von Verhandlungen, Entschädigungen, Kompensationen und kleinere Strafen zu institutionalisieren.“³

Nach dieser allgemeinen Einleitung soll nun ein konkretes Beispiel folgen, welches zwar nicht sehr bekannt ist, aber aus rechtanthropologischer Sicht sehr interessant ist: Melanesien. Die Ureinwohner der Inselwelt der Südsee lebten in einer primitiven, in Stämmen organisierten Gesellschaft, mit allen weiter oben dargestellten juristischen Beziehungen. Sie wandten die Blutrache und auch die „ius talionis“ an. Oft haben sie sich jedoch mit Lösegeld begnügt, nicht nur bei Friedensschließungen (bei denen für jede ermordete oder verwundete Person eine Abfindung bezahlt werden musste) sondern auch bei Mordfällen. Es gab aber zwei, ganz ungewöhnliche Konfliktbewältigungsmethoden: die Magie, welche sie nur in Ausnahmefällen benutzten, und den Selbstmord. Für den Selbstmord zitiere ich im Folgenden ein Beispiel aus dem Buch Baloma von Bronislaw Malinowski: Ein Junge hat das strikteste Tabu, die Regel der Exogamie verletzt, was auf ihm große Schuld gelastet hat. Noch dazu hatte der Junge einen Rivalen. Zuerst wollte der Junge schwarze Magie anwenden, aber dies war nicht wirkungsvoll. „Dann eines Abends hat er seinen Rivalen öffentlich beleidigt: Er hat ihm vor der ganzen Gemeinschaft mit Blutschande angeklagt, und Ausdrücke benutzt, die für einen Eingeborenen unerträglich waren.“⁴ Für sein Vergehen konnte der Junge nur auf eine Art und Weise reagieren, so wie es die Tradition erforderte und ihn zu folgender Handlung „verpflichtete“: „Am nächsten Morgen kleidete er sich festlich, kletterte auf eine Palme hinauf, und richtete eine Rede an die Gemeinschaft. (...) Er erklärte die Ursachen seiner verzweiferten Tat und erhob eine verschleierte Anklage gegen seinen Rivalen, der ihn in den Tod getrieben hat – dies verpflichtete seine Stammeskameraden, ihn zu rächen.“⁵ Er hat sich von der Palme heruntergeworfen und ist sofort gestorben. Dies war der Beginn einer langen Feindseligkeit im Dorf.

Dieser Fall beleuchtet mehrere Motive. In geschlossenen Gesellschaften können immer solche Verbrechen begangen werden, wovon kein anderer Ausweg als der Selbstmord sei. Diese Konfliktbewältigungsmethode ist zur selben Zeit auch eine Art des Protests gegen die, die den Täter öffentlich beschuldigt und damit beleidigt haben, und ihn in eine unerträgliche Situation gebracht haben. Entscheidend ist die Kraft der Öffentlichkeit: Sie zwingt den Täter sich umzubringen und sie stachelt die Verwandten des Täters zur Blutrache an. Dieses kurze Beispiel verdeutlicht, dass in den primitiven

³ Lőrincz-Kabódi-Mezey 2005. S. 47.

⁴ Malinowski, Bronislaw: Baloma. Budapest, 1972. S. 274.

⁵ Malinowski 1972. S. 274.

Gesellschaften die Konflikten fast nie auf juristischem Wege gelöst wurden. Zu den wichtigsten Elementen gehörten: Die persönliche Rache, die Magie, der Selbstmord, und die Tabus, die alle das gleiche Ziel haben, nämlich die gesellschaftliche Ordnung, bzw. die traditionellen Vorschriften zu erhalten.

Die Traditionen, die Gesellschaft und die Kraft der Öffentlichkeit spielen aber nicht nur in den primitiven Gesellschaften eine gewisse Rolle, sie sind auch in dem europäischen Kulturkreis und Volksbrauche präsent, sie beeinflussen das Alltagsleben.

Wie formen sich Volksbräuche? Diese Frage ist relativ komplex, denn es keine eindeutige Antwort gegeben werden kann. „In eine Gesellschaft hat der Mensch fast jeder Minute neue Bedürfnisse, die möglichs sofort befriedigt weden sollten.“⁶ Das ist aber selten möglich. Die Mitglieder der Gesellschaft experimentieren in den Situationen und sie sammeln dabei Erfahrungen. Diese Erfahrungen können mit anderen Mitgliedern geteilt werden und dadurch ergeben sich bei der Gruppe einheitlichen Methoden. „Wenn alle Mitglieder die gleichen Methoden anwenden um den selben Ziel zu erreichen, dann sind die zu Bräuchen geworden. Als die Menschen diese Vorgang internalisieren, entstehen die Volksbräuche.“⁷

Betrachten wir nun die juristischen Volksbräuche genauer. Wenn jemand „für sein wirkliches oder vermeintliches Recht entsprechenden juristischen Schritt nehmen wollte, musste er überprüfen, welche andere Interessen ihn bindeten (...) und die nützlichste Regelung wählen, die er in seinem Interessenkreis anwenden könnte. Zuerst half ihm die Fundgrube der juristischen Traditionen. Er erkundigte sich welche Regelungen die andere Gesellschaftsmitglieder angewendet haben (...) und ob diese gegen keine (...) Vorschriften der Behörden verstoßen (...).“⁸ Dies bezog sich auf drei Verhältnissysteme: Das Verhältnis zwischen dem Individuum und der Gesellschaft, dem Individuum und der Behörde, und der Gesellschaft und der Behörde. Nur die Traditionen konnten bestehen, die sich in diesem Kraftverhältnissystem anpassten, und Gleichgewicht bewahrten. Weiterhin wird unter Rechtsbrauchtum „[...] die menschlichen Einstellung beeinflussende Regel“ verstanden, die „nicht durch den Staat, die Kirche oder andere (...) Macht geschaffen und gezwungen ist, sondern (...) die aus der Überzeugung der Mehrheit entstanden ist, sich in der Praxis bewährt hat und weitergegeben wurde; also Regel, die Untersagung, Zulassung oder Befehl enthalten, und die von der Gessellschaft mit verbindlichen und traditionellen Mittel erzwungen sind.“⁹

⁶ Sumner, William Graham: *Népszokások (Volksbräuche)* Budapest, 1978. S. 22.

⁷ Sumner 1978. S. 23.

⁸ Tárkány-Szücs, Ernő: *Magyar jogi népszokások (Ungarische rechtliche Volksgebräuche)* Budapest, 1981. S. 37.

⁹ Tárkány-Szücs 1981. S. 41.

Es gehört sich zur Funktion des Rechts und der juristischen Volksbräuche, dass sie erzwingen werden können. Die Bewohner der Dörfer und der Gemeinden versuchten, sofern es möglich war, sich in Konfliktsituationen nicht an offizielle Institutionen zu wenden, sondern die Probleme untereinander zu lösen. Sie verwendeten zwei Formen des Gesellschaftszwangs: Die öffentliche Meinung, „die aus der anonymen Massen bestand, und einen allgemeingültigen Einfluss hatte,“¹⁰ und das individuelle Urteil, welches von einem Richter – der eine in der Gesellschaft anerkannte und bekannte Person war – gemäß der lokalen Regeln ausgesprochen wurde. Richter im juristischen Sinne wurden kaum aufgefordert, deswegen wurde kein geschriebenes Recht angewendet. Es gab kein traditionelles Recht und somit kein offizielles Vorgehen. Die Konflikte wurden durch juristische Volksbräuche gelöst.

Jede Tat, die durch die Öffentlichkeit verurteilt wurde, galt als Sünde oder Vergehen. Diese haben selten mit dem Begriff der staatlich sanktionierten Straftaten übereingestimmt.

„Der Zwang basiert sich vor allem auf die Aktivität der Gesellschaft und der Öffentlichkeit.“¹¹ Da in kleinen, isolierten Gemeinschaften früher oder später alles ans Tageslicht kam, durch Klatsch oder Rivalitäten, alle achteten auf das Verhalten der anderen. Das bedeutete aber nicht, dass niemand gegen die Regeln verstieß. Die folgende Liste beschreibt die typischen öffentlichen Strafen.

Schimpfwort: Es ist die leichteste Form, der sich auf der Wortmagie basiert und der auch ein beliebiger schlechter Wunsch sein kann, z.B. eine Drohung mit dem Teufel. Der Fluch, weil er unwiderruflich war, war viel nachträglicher, denn es wurde geglaubt, dass er sich früher oder später erfüllen wurde. Diese Beschuldigung war oft bei Hexenprozessen zu finden. Zur Strafe wurden meistens die Haare der Diebe gestutzt oder ähnliche Rituale ausgeführt. Wenn jemand einen Repräsentanten der Kirche beleidigt hatte, so wurde er zur öffentlichen Entschuldigung, und eventuell einer symbolischer Selbstbestrafung gezwungen.

Abschließend wird ein Beispiel für die Selbstjustiz des Volkes dargestellt. Die Brandstifter wurden überall ganz strikt bestraft. Das Beispiel stammt aus einer ungarischen Landgemeinde im Komitat Zala am Ende des 18. Jahrhunderts. Dort wurden fünfzig Häuser abgebrannt, der Verdächtige war ein Adelige. Der Richter wollte ihn nicht verhaften, da ein bloßer Verdacht gegen einen Adligen kein ausreichender Grund war. Die nächste Brandstiftung war seine letzte: Als der Adelige entflohen ist, sahen die lokalen Bewohner ihren Verdacht bestätigt. Wenn der Täter zurückkehrte, haben sie ihn festgenommen, angekettet, sein Geständnis notiert, „liessen ihn Beichte ablegen und haben ihn dann zur Grenzengebiet der Gemeinde ausgeführt, wo sie ein Feuer legten,“¹² in

¹⁰ Tárkány-Szücs 1981. S. 41.

¹¹ Tárkány-Szücs 1981. S. 782.

¹² Tárkány-Szücs 1981. S. 793.

welches sie ihn hineinwarfen. Später wurde ein Ermittlungsverfahren gegen die Einwohner eingeleitet. Das Gericht hat festgestellt, dass die Einwohner sich gerecht gewehrt haben aber da das Dorf kein Schwertrecht besaß, bekam jede Bewohner drei Monaten Gefängnisstrafe.

Die Schandstrafen wurden gerne von offiziellen Behörden wegen der präventiven Kraft der Öffentlichkeit eingesetzt. Der Pranger, die Schmachspalte oder der Schmachkäfig gehörten zur Stadtbild. Die kirchlichen Strafen waren ebenso wichtig. Am charakteristischsten und – heute betrachtet – am seltsamsten war vielleicht die Ekklesia-Befolgung. In protestantischen Gebieten wurde sie als Neben- und auch Hauptstrafe eingesetzt. „Die Schuld und die Strafe wurden vom Presbyterium bestimmt. Dies spielte sich wie folgt ab: Der Schuldige wurde auf einen schwarzen Stuhl gesetzt oder mit dem Rücken zur Gemeinde neben die Kanzel gestellt und mit einer schwarzen Decke bedeckt. Anschließend forderte der Priester ihn zur Buße auf. Nun musste der Schuldige laut und öffentlich seine Schuld eingestehen...“¹³

Als Fazit können wir feststellen, dass die Bräuche und Traditionen schon Jahrhunderte vor die Frühgesellschaften zum Alltagsleben gehörten. Sie beeinflussten das alltägliche Leben maßgeblich und hatten eine wichtige Erziehungsfunktion. Die Bräuche und Traditionen waren fast wichtiger als die offiziellen staatlichen Normen. In diesen Gemeinschaften war die mündliche Überlieferung, die Funktion der Älteren als Vorbilde, die wichtigste Kraft im Prozess der Sozialisation. Die außergerichtliche Konfliktbewältigung hat ein reiches Volksbrauchtum hervorgebracht.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Flóra Estók in dem Deutsch–Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

¹³ Tárkány-Szücs 1981. S. 807.

Die Buße: Vermittlung in der Kirche

Péter Elek

Eötvös-Loránd-Universität

Historische Prämissen

Die Vermittlung war im kirchlichen Strafrecht von Anfang an bekannt. Selbst das fundamentalste und wichtigste Ereignis, der Kreuztod Jesus Christi ist ein Beweis dafür, da hat er den Konflikt gelöst, der durch die Schwäche und die Undankbarkeit der Menschen zwischen Gott und die Menschheit entstanden ist. Er hat mit seinem Opfer seine Glaubiger gerettet.

Die kirchliche Vermittlung hat eine besondere Bedeutung, welche von der weltlichen Bedeutung radikal abweicht. Der relevante Unterschied ist die Form der Vermittlung, die in der Kirche die Buße ist. Die Position der Parteien und die Präsenz der transzendentalen Elementen zeigen weitere Verschiedenheiten. Der Sünder schindet sich und durch seinen Leiden wird er befreit und der Konflikt gelöst.

Besonderheiten in der kirchlichen Vermittlung

Die kirchliche Vermittlung hat viele Unterschiede zu die weltliche.¹ Erstenst ist die Position der Parteien in Bezug auf einander sehr abweichend. In der weltlichen Vermittlung tritt der Konflikt zwischen zwei gleichrangigen Parteien auf, die zu einer Einigung kommen können. In der Kirche wiederum, sind die Parteien nicht ebenbürtig, da eine Position von Gott eingenommen wird. Der Sünder hat Gott verletzt, aber Gott zeigt Verständnis und vergibt ihm seine Schuld.

Das Ziel der kirchlichen Vermittlung ist nicht das, dass die gegen einander antretenden Parteien in kürzester Zeit und möglichs mit wenig Verlust auf eine Vereinbarung kommen. In der Kirche versucht der Mensch, der sich schindet, sich durch sein Leiden mit Gott zu versöhnen. Diesbezüglich handelt es sich um keine Abstimmung oder Vereinbarung, diese Möglichkeiten sind von vornherein, aufgrund der vielen transzendentalen Elemente, ausgeschlossen. Dennoch versuchen die Priester als Vermittler aufzutreten, weil die Sündenden oft Mitglieder kirchlichen Organisationen sind (z. B. Nonnen, Mönche).

¹ Bánk, József: *Kánoni jog (Kanonesches Recht I.)* Budapest, 1960. S. 78–79.

Es ist nicht selten, dass der Sünderer vor ihrem Leiden stirbt. Eigentlich weiß er nicht, wann er den Anforderungen genügen wird. In einigen Ausnahmefällen setzt der Sünderer seinen Leiden bis Ende seines Lebens fort. Das beste Beispiel hierfür ist die Heilige Margarethe.

Kirchliche Vermittlung im Alltagsleben

Die kirchliche Vermittlung ist seit der Entstehung der ersten Religionen ein weltbekannter Begriff,² welcher auch im Islam und in den fernöstlichen Religionen bekannt war. Die kirchliche Vermittlung wurde in einem langen Entwicklungsprozess geformt.

Ein erstes Beispiel ist die Geschichte des ersten Menschenpaares. Nachdem Eva und Adam gesündigt hatten, hat Gott sie nicht vernichtet, sondern ihnen Leid zugefügt, indem er ihnen das ruhige und glückliche Leben entzog. Mann könnte sagen, dass der Preis – der Buße – der Entzug war.

Im Neuen Testament finden wir weitere Beispiele, in denen Jesus eine wichtige Rolle spielte. Er fastete in der Wüste und waschte seinen Anhängern die Füßen. Diese Leidensarten symbolisierten die Nächstenliebe. Die Weiterentwicklung der Buße zeigte uns andere Möglichkeiten der Vermittlung z.B. Foltergeräte oder Abhetzerei.³ Insbesondere zwei Fälle unterstreichen dies gut: Der Gang nach Canossa und die Legende der Heiligen Margarethe.

Eine wichtige Etappe des im Jahre 1075 entbrannten Investiturstreites war die am 25. Januar 1077 bei der Burg von Canossa abgehaltene Buße. Aus Sicht unseres Themas ist dieses Ereignis deshalb von Bedeutung, da sich diese Form der Mediation zwischen den beiden damals wohl mächtigsten Herrschern der Welt abgespielt hat. Nach der barfüßigen Bußetate und einer Wartezeit von drei Tagen seitens Heinrich IV. verzieht ihm zwar Papst Gregor VII., dies konnte aber nicht als Zugeständnis des Papstes verstanden werden. Ziel der Buße war auch in diesem Fall die Vergebung durch Gott. Heinrich wollte sein Bann aufheben und sich in die Kirche wiederaufnehmen lassen. Um dieses Ziel zu erreichen half ihm der Papst, der als eine Art Mediator seine Buße annahm, ihn wieder in den Bund der Kirche aufnahm und ihm somit vermittelte, dass auch Gott ihm seine Sünden vergeben hat.

Im Gegensatz zum Canossa-Gang finden wir in der Legende der Heiligen Margarethe eine andere Form der Mediation.⁴ Sie hat sich die Bußübungen nicht zur Vergebung ihrer eigenen Sünden aufgelegt. Deswegen kann ihre Tat nicht als Konfliktbewältigung angesehen werden. Ihr Leben ist dennoch interessant wegen ihrer familiären Beziehungen. Durch ihr Leiden sucht sie nicht die

² Szathmáry, Béla: Magyar egyházjog (*Das ungarische Kirchenrecht*) Budapest, 2004. S. 190.

³ Diós, István (Hrsg.): Magyar katolikus lexikon (*Ungarisches Katholisches Lexikon*) Budapest, 2000.

⁴ Adriányi, Gábor: Az egyháztörténet kézikönyve (*Handbuch der Kirchengeschichte*) München, 1979.

Versöhnung mit Gott, sondern sie bestrebt sich um den andauernden Krieg zwischen ihrem Vater Béla (Adalbert) IV. (1235–1270) und ihrem Bruder, dem späteren König István (Stephan) V. (1270–1272) zu beenden. Die von Margarethe entwickelte Vermittlung ist besonders, weil es die Vermittlerin ist, die die Buße leistet. Sie tut es aber nicht als die untergeordnete Partei um die Vergebung der übergeordneten zu erhalten, sondern um beide Parteien zu versöhnen. Margarethe bat ihre Hilfe schon in der ersten Periode der Auseinandersetzung an, wobei damals noch keine der beiden Parteien an einem Kompromiß interessiert waren.

Margarethes Verhalten zeigt wie selten die büßende Person sicher sein kann, dass sie ihr endgültiges Ziel erreicht hat.⁵ Margarethe hat ihre Buße für ihre Familie, ihre Heimat und die Armen und Kranken geleistet. Obwohl ihr Vater im Jahre 1265 bei Isaszeg eine entscheidende Niederlage hinnehmen musste und ihr Bruder danach als souveräner Herrscher die unter seiner Herrschaft stehenden Landesteile regierte, blieb Ungarn eine Einheit, denn Stephan V. herrschte aus dem Willen „seines Vaters und Gottes.“ Obwohl Margarethe zeilreiche Erfolge hatte, hat sie weiterhin hart gearbeitet und sich ihr ganzes Leben lang bestraft.

Dieser Art der Vermittlung ist stark widersprüchlich wie es auch durch der Beispiel von Margarethe deutlich zu betrachten ist: Die Effizienz der freiwillig übernommenen Qualen und der Sündenübernahme des Vermittlers überwandelt in transzendente Elemente, und ist weiterhin nicht berechenbar.⁶ Der Vermittler kann sich nie vollkommen sicher sein, ob er genug Qualen ertragen hat oder ob, wenn er seine Bußübungen beendet, sich Gott von ihm abwendet und ihm die Last eines weiteren Konfliktes auferlegt.

Zusammenfassung

Als Zusammenfassung kann festgestellt werden, dass obwohl die Buße als eine der meistverbreiteten Formen der Vermittlung bereits seit Jahrhunderten im Lebensalltag der Menschen allgegenwärtig ist, schwächen ihre negativen Wirkungen stets ihre Rolle als Konfliktbewältigungsmittel.⁷ Zuerst sollte erwähnt werden, dass es für den Großteil der Gesellschaft wahrscheinlich schon immer unbegreiflich war, wie jemand mit seiner bloßen Willenskraft in der Lage ist, seine eigenen körperlichen Qualen zu beherrschen. Zur negativen Bewertung der Buße gehört außerdem, dass die meisten Menschen von Natur aus die Übernahme von fremden Konflikten zurückweisen, da sie der Meinung sind, dass auch die Lösung der eigenen Konflikte viel zu viel Zeit und Energie kostet.

⁵ Bognár, András–Levárdy, Ferenc (Hrsg.): *A példák könyve (Das Buch der Exempel)* Budapest, 1960. S. 76.

⁶ Révay, József: *Szentek legendái (Legenden der Heiligen)* Budapest, 2007. S. 49–56.

⁷ Erdő, Péter: *Egyházjog (Kirchenrecht)* Budapest, 2002. S. 51, 279.

Weiterhin kann festgestellt werden, dass von der Wirkungskraft und den Ergebnissen der Buße kaum Rückmeldungen zu vernehmen sind.⁸ Der Grund liegt in erster Linie in den transzendentalen Elementen. Außerdem ist – wie auch in der Legende von Heiliger Margarethe gut zu sehen – das angemessene Maß der Aufopferung sehr schwer zu bestimmen.

Als Fazit kann festgelegt werden, dass durch den Verlust der bedeutenden Rolle der Kirche im alltäglichen Leben der Bevölkerung, und die Infragestellung der transzendentalen Elemente, die Buße – als Form der kirchlichen Vermittlung – immer mehr an Bedeutung verliert. Für die meisten unserer Zeitgenossen ist die Buße lediglich nur aus Geschichtsbüchern und alten Kodizes bekannt. In der Erinnerung verbleibt sie zumeist als abschreckendes und fürchterliches Institut.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Péter Elek im Deutsch-Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

⁸ Török, József: A tizenkettedik század magyar egyháztörténete (*Ungarische Kirchengeschichte aus dem XII. Jahrhundert*) Budapest, 2003.

„Mythos und Wahrheit“ über die ungarischen Hexenprozesse

Krisztina Sütő

Eötvös-Loránd-Universität

Die Vermittlung ist in den ungarischen Hexenprozessen in mehreren Formen zu finden. Wenn wir den Begriff der Vermittlung in seiner weiten Bedeutung verstehen, dann hat schon unser erster König István (Stephan) I. (1000–1038) solche Gesetze erlassen, in denen Formen der Vermittlung auftauchen. Als Beispiel kann hierfür sein Vorgehen gegen Strigen, welche in eine Tierhaut schlüpfen konnten und sich mit der Magie beschäftigten, angeführt werden. Zunächst hat König István I. in seinen Gesetzen keine strengen Sanktionen festgelegt. Seine Handlungen versuchten die Umerziehung der betroffenen Personen – durch Vermittlung – zu ehrbaren Bürgern.

In einem anderen Gesetz setzte König István I. fest, dass die Priester die Strigen in den Religionsunterricht teilnehmen lassen sollen. Zudem mussten die Strigen fasten und der Richter durfte sie nur verurteilen und bestrafen, wenn sie zum dritten Mal rückfällig wurden. Jedoch wurden sie bereits nach dem ersten Rückfall mit einer heißen Kirchenschlüssel – als körperliche Strafe – stigmatisiert.¹

Die Vermittlung war im mittelalterlichen Ungarn auch ein Mittel der Abschreckung. So steht es in dem Budaer Gesetzbuch aus dem Jahre 1421, dass Zauberer zuallererst durch beschämende Strafen bekehrt werden sollten. Eine solche Strafe konnte wie folgt aussehen: Die Hexen wurden auf dem Marktplatz auf Leitern gesetzt und auf ihre Köpfe legte man mit Engeln bemalte Käppchen. Sie mussten von Sonntagmorgen bis zum Mittag auf den Leitern ausharren. Danach wurden sie freigelassen, sofern sie versprochen hatten, sich zu bessern; brachen die Hexen dieses Versprechen und fielen durch erneute Straftaten auf, so wurden sie verbrannt.²

Die Hexen galten in der Gesellschaft gleichzeitig für kompetent in den Bereichen der Menschen- und Tierheilung, der Kräuterkunde und im Umgang mit Zaubersprüchen. Sie waren somit ein wichtiger Teil der Gesellschaft und waren für den Bereich der Heilung zuständig. Hierin unterscheidet sich der ungarische Hexenglaube von den westlichen Annahmen, da er nicht auf den

¹ Magyar Törvénytár (*Ungarisches Corpus Juris*) 1898., Szent István (*Gesetze von István (Stephan) der Heilige*) II.3

² Koncz, Ibolya Katalin: A boszorkányság fogalmának büntetőjogi elemei (*Die strafrechtlichen Elemente des Begriffes der Hexerei*) In: Publicationes Universitatis Miskolciensis Sectio Juridica et Politica, Miskolc, 1998. S. 103–117.

Teufelgläubigen und auf ihren Sekten basiert, sondern er hat den Glauben an Gott als Grundlage. Die mittelalterlichen Menschen haben gedacht, dass die Hexen, die sogenannten Maleficien, die Krankheiten mit Gotteskraft heilen konnten. Gleichzeitig nahm man aber an, dass sie die Gebete auch für andere Ziele, wie z.B. für behexende Taten missbrauchen konnten. Wenn die Hexen jemanden erfolgreich geheilt hatten, wurden sie belohnt und geschätzt, blieben ihre Taten jedoch ohne Erfolg, wurden sie sofort wegen der Hexenkunst angeklagt und exkommuniziert.

Es gab in dem ungarischen Hexenglauben aber auch solche Hexen, die am Hexensabbat vor dem Teufel namens Belzebub einen Eid abgelegt hatten und anschließend mit Stigmen im Allgemeinen auf nicht sichtbaren Körperstellen, z.B. im Bereich der Geschlechtsorgane oder zwischen die Schulterblätter, versehen wurden. Diese Hexen hießen Strigen und sie konnten unsichtbar werden, sofern sie genug Menschenfett von dem Teufel bekommen hatten. Das Motiv des Besenreitens, ebenso wie der Vasallkuss, war jedoch nicht in Ungarn verbreitet.

Um als Hexe stigmatisiert zu werden, reichte bereits eine Klage, Unkeuschheit oder ein Ehebruch. Auch auffällig schöne oder hässliche Frauen, oder solche, die Liebhaber hatten oder im Gegenteil „unzugänglich“ waren, oder zu oft oder kaum in die Kirche erschienen, waren auch gefährdet. Leicht konnten die Hexen auch ins Fadenkreuz der Kirche geraten. Zu den Hauptmotiven der kirchlichen Hexenverfolgung gehörten die Anhänglichkeit an die Dogmen, Machtgier und Gewinnerwerb.

Viele Personen glaubten, dass sie übernatürliche Kräfte besaßen, wenn ihre Wunsch oder ihre Prophezeiung einmal in Erfüllung gegangen waren. Dies hat sie in eine noch größere Gefahr gebracht um als Hexen angeklagt zu werden. Viele Wissenschaftler verstehen dies so, dass die Kirche ihre Macht ausnutzen konnte, dass sie allein das Volk vor der Furcht vor dem Bösen schützen konnte. Die Priester waren die einzigen Personen, die die Macht besaßen, jemanden vom Bösen zu befreien. In kleineren Kirchengemeinden konnte es daher vorkommen, dass die Priester, um ihre eigene Machtstellung zu bewahren, Menschen, die ihnen widersprachen und eine andere Lehre propagierten, leicht zum Schweigen bringen konnten. Eine gute Möglichkeit boten ihnen dafür die Hexenprozesse. Die Priester haben ausschließlich die schadenverursachenden Zaubereien zur Straftaten erklärt.³ Dagegen haben die kirchlichen, wie auch die weltlichen Mächte Gesetze erlassen. Die Hexenprozesse sind so eine Mittel der Kirche geworden und schützten das Feudalsystem.⁴

³ Bónis, György: A magyar Büntető törvénykönyv első javaslata (*Der erster Antrag des ungarischen Strafgesetzbuch im Jahre 1712*) Budapest, 1934. S. 8.

⁴ Kulcsár, Zsuzsa: Inkvizíció és boszorkányperek (*Inquisition und Hexenprozesse*) Budapest, Kossuth Kiadó, 1960. S. 66–69.

Die rechtsprechende Gewalt wollte durch die strengen Urteile und Gesetze die gesamte Gesellschaft schützen. Auch gegen Frauen ging sie hart vor, die im Allgemeinen keine wahren Hexen waren, sondern nur bejammernswertes Leben hatten wie z.B. Hebammen, Weiber und Bettler, die wegen ihrem Lebensunterhalt oft gelogen und andere bedroht hatten. Da diese Frauen sich aber mit dem alten Aberglauben und Kräutern auskannten, glaubte die restliche Gemeinschaft schnell, dass sie wirklich Hexen waren. Ein Wahrsager konnte schnell vor das Gericht kommen, schon eine mündliche Beleidigung der Betroffenen reichte meist aus. Auch aus politischen Gründen konnten Hexenprozessen eingeleitet werden, je nach Fall auch gegen Männer.

Hintergrund der Hexenprozesse war das Bedürfnis die gesellschaftliche Spannung zu beruhigen. Der Staat wollte damit insbesondere vermeiden, dass der Glaube an furchtbare Ereignisse die Ruhe der Menschen zerstöre, da sie grundlegend für den Frieden und die gesellschaftliche Ordnung war. Für das ungarische Hexenverfolgungssystem ist die Suche nach einem Sündenbock bezeichnend. Man suchte die Ursache des Verderbens als Lösung für die gesellschaftlichen Probleme. Durch die Benennung einer Hexe zum Sündenbock wurde versucht die aufgelöste soziale Ordnung wiederherzustellen. Im Jahre 1660 hat der Fürst Ákos Barcsay z.B. den Haupttrichter der Stadt Bistritz⁵ angewiesen, alle in der Stadt wohnenden Zaubern und Hexen zu ergreifen und töten zu lassen, weil ihretwegen die Aufruhr ausgebrochen sei.⁶

Diese böse Rolle war jedoch nur eine Fiktion, die jemandem zugeschrieben wurde. Der Angeklagte hatte höchstwahrscheinlich kein Verbrechen begangen, die Anklage eines Schuldigen sollte vorrangig das öffentliche Leben beruhigen. In solchen Prozessen war eine Identifizierungsperson tätig, die mit einer divinatorischen Handlungsweise oder mit Spontangefühl feststellte, ob wirkliche Behexung passierte, oder nicht. Hervorzuheben ist, dass in Ungarn die heilende Tätigkeit der Hexe dominierte, weil Behexung sowieso nur bei verletzten Personen praktiziert werden konnte. Hier wird die Doppelstellung deutlich: Die Hexen sind einerseits sehr wichtig und nützlich aber andererseits unerwünscht. Die Hilfe der Hexen wurde von allen gerne angenommen und sie wurden in der Gemeinschaft akzeptiert. So heilten Hexen beispielsweise mit Gebete, mit Melken auf Messer und auf feuriges Hufeisen, mit Milchbrennen und Milchmahlen eine Kuh, die keine Milch geben konnte. Nach einem Beispiel aus Sándorfalva hat ein altes Weib eine Kuh verdammt, weil sie immer vor ihrem Haus weidete, aber später hat sie selbst angeboten, die Kuh zu heilen. Sie hat ein kleines Stück des Kuhschwanzes ausgerissen und hat das Schwanzstück um drei Zweige gewickelt. Danach begann sie zu beten und drei Tage später hat die Kuh aufgehört zu lahmen. In einer Geschichte aus Apátfalva wurde über eine Frau

⁵ Früher Nösen, ungarisch: Beszterce, rumänisch: Bistrita

⁶ Kiss, András: Boszorkányok, kuruzlók, szalmakoszorús paráznák (Hexen, Kurpfuscher, Unzüchtige) Kolozsvár, 1998. S. 155.

erzählt, die die Behexerin ihrer Kuh so vorgeladen hat, dass sie beim Melken ein feuriges Messer in das Melkgeschirr eingeworfen hat. Nach ein paar Minuten ist die Nachbarin der Kuhbesitzerin – eine alte Witwe – erschienen und hat gebeten, aufgrund ihrer eigenen Torheit sie nicht zu verletzen, dafür hat sie aber versprochen, dass die Kuh morgen wieder gesund sei. Die Bestrafung der Witwe ist weggefallen, da die Kuh am folgenden Tag genügend Milch hatte.

Ich schließe mein Vortrag mit der dritten Form der Vermittlung im mittelalterlichen Ungarn. König István I. hat ein Gesetz erlassen, welches besagte, dass die schadensverursachende Person und der Verletzte den Konflikt zusammen lösen sollten. Das ermöglichte dem Verletzten, die schadensverursachende Person nach seinem Willen zu bestrafen. Außerdem mussten die Wahrsager gemäß des Gesetzes König Stephan I. mit von dem Bischof angeordneten Geißelstrafe bestraft werden.⁷ Hier, bei dieser Regel ist deutlich zu sehen, dass der Verletzte und der Verbrecher hätten die Schadenbeseitigung zusammen erreichen können. Das kann als Vorgänger der heutigen Mediation interpretiert werden, denn es gab keinen Urteilsfinder bei solchen Verbrechen, sondern nur die betroffenen Parteien mussten ihre Konflikte lösen und auf diese Weise über ihr Schicksal entscheiden.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Krisztina Sütő im Deutsch-Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

⁷ Magyar Törvénytár 1898., II.32. (Ungarisches Corpus Juris). 1898., István (Stephan) I., II.32

Der gerichtliche Zweikampf als Form der Konfliktlösung in Ungarn bis 1752

Dorothea Csoór

Eötvös-Loránd-Universität

Die Geschichte des Zweikampfes ist genauso alt wie die Geschichte der Menschheit. Auch das Alte Testament erwähnt den Zweikampf: Der weltberühmte Kampf zwischen Goliath und David war nichts anders als die Lösung des Konfliktes zwischen ihren Stämmen. Mehrere schriftliche Überlieferungen bezeugen, dass der Zweikampf in römischen und griechischen Zeiten als Entscheidungsmittel diente. Er ist ein Erbe der Germanen und war anfangs ein Teil der Ritualen. Später wurde der Zweikampf zu einer Form der Urteilsfindung, und lebte im Nationalbrauchtum fort. In der christlichen Welt wurde der Zweikampf nach der Synode (967) in Ravenna als ein gerichtliches Beweismittel akzeptiert.¹

Der entscheidende Zweikampf

Die Kraft des Gerichtskampfes lag in dem Glauben der mittelalterlichen Menschen, dass alle Handlungen von Gott gerichtet oder beeinflusst wurden. So nahm man an, dass die göttliche Gerechtigkeit die unschuldige Partei im Kampf unterstützen würde. Die Entscheidung des Zweikampfes war ein Gottesurteil, durch welches der Sieger für unschuldig befunden wurde und der Konflikt endgültig gelöst war.

Es war mit den damaligen Beweismitteln sehr schwer herauszufinden, wie der tatsächliche Sachstand war. Deshalb brauchten die Öffentlichkeit und die Richter andere Mittel, um einen Konflikt auflösen zu können: die Hilfe Gottes. Um den göttlichen Absicht zu übermitteln war auch menschliche Hilfe erforderlich: Die Kirche half die weltliche Rechtspflege bei der Konfliktauflösung, weil sie den Willen Gottes verkündete.²

Die Bedeutung des Zweikampfes als Konfliktlösungsmethode

Die Blutrache und der Zweikampf existierten auch nach der ungarischen Staatsgründung als Erbe der alten heidnischen Zeiten. Die Blutrache führte

¹ Clair, Vilmos: A párbaj története (*Die Geschichte des Zweikampfes*) In: Magyar párbaj. Budapest, 2002. S. 88.

² Eszes, Máté: Híres bajvívások, hírhedt párbajok (*Berühmte Zweikämpfe, berühmte Duelle*) Budapest, 1997. S. 5.

jedoch oft zur Auslöschung ganzer Sippschaften. Die Regeln von König Stefan II. spiegelten das Talionsprinzip wider: Wenn jemand mit dem Schwert tötete, der musste mit dem Schwert getötet werden. Dank dieser strengen Regeln verschwand die Blutrache aus dem ungarischen Brauchtum.

Die Funktion der Blutrache nahm eine gerechtere Methode unter staatlicher Überwachung ein: der Zweikampf. Dieser wurde zum ersten Mal in einem königlichen Dokument erwähnt.³

Die Regeln

Durch den Zweikampf konnten die Parteien ihre Konflikte nicht eigenmächtig und heimlich, sondern

- vor dem Gerichtshof
- geleitet von dem Richter und
- nach bestimmten Regeln klären.

Der Zweikampf war besonderen Regeln unterworfen, die sich auf folgende Bereiche bezogen: die Herausforderung, den Kampfort, die Art und Weise des Zweikampfes, sowie seinen Ablauf und die beteiligten Personen. So war es beispielsweise auch geregelt, wer eine Herausforderung akzeptieren musste und wer sie abschlagen durfte.⁴

Die Fortführung des Zweikampfes

Die sog. „Vermittler“ also „Wahrheitseher“ genannt – die als Mittler zwischen den Parteien fungierten – überprüften vor dem Anfang des Kampfes die Waffen der Parteien. Falls der „Wahrheitseher“ feststellte, dass eine der Parteien eine Waffe von besserer Qualität benutzen wollte, um sich einen ungerechten Vorteil zu verschaffen, so musste der Betrüger als Strafe in einem Hemd den Kampf gegen sein Gegner aufnehmen, der volle kämpferische Gewandung trug.

Laut dem Zweikampfergebnis wurde eine der Parteien auch „Prozessensieger“: Wenn der Kläger seinen Gegner nicht bis zur Dämmerung bezwingen konnte oder der Angeklagte siegte, galt dessen Unschuld als bewiesen und die Anklage als falsch. Wenn der Herausforderer siegte, so war seine Klage berechtigt gewesen und die Strafe sollte bestimmt werden.⁵

³ Clair, Vilmos: Magyar párbajok (*Ungarische Zweikämpfe*). In: Magyar párbaj. Budapest, 2002. S. 128.

⁴ Eszes 1997. S. 9.

⁵ Ságvári, György: Clair Vilmos és a párbaj (*Vilmos Clair und der Zweikampf*) In: Magyar párbaj. Budapest, 2002. S. 29.

Die Rolle des Zweikampfes in den ritterlichen Ehrenaffären

In den ritterlichen Ehrenaffären wollte eine der Parteien ihre Glaubwürdigkeit, die andere ihre Ehre verteidigen. In diesen Gelegenheiten hatte das Curia Militaris – das „ritterliche Ehrengericht“ – Zuständigkeit.⁶

König Mátyás (Matthias) I. (1458–1490) hat in seinem Dekretum aus dem Jahre 1486 das Anwendungsbereich des entscheidenden Zweikampfes stark beschränkt. Er hat die Limitierung für nötig gehalten, weil in den Zweikämpfen nicht die Parteien selbst, sondern in den meisten Fällen ausgewählte Vertreter kämpften, und selbst ihnen häufig Betrug und Bestechung vorgeworfen wurden. Die Regel besagte, dass ein Zweikampf nur dann ausgetragen werden sollte, wenn die Konflikte in die Zuständigkeit des königlichen militärischen Gerichtes fielen und selbst in diesen Fällen nur dann, wenn es keine andere Beweise gab. Der gerichtliche Zweikampf wurde in Ungarn bis zum Ende des 15. Jahrhunderts praktiziert.

Fälle die mit den Zweikämpfen entschieden wurden

Nur in wenigen schriftlichen Überlieferungen wird über den Zweikampf berichtet. In diesen Quellen werden vor allem Zweikämpfe vor höheren Gerichten, also vor dem König oder vor dem Palatin, geschildert.

Die folgende Geschichte ist die Beschreibung eines typischen Zweikampfes aus dem 13. Jahrhundert:

Unter der Regierung von König András (Andreas) II. (1205–35) ein Besitzprozess zwischen der Gespan⁷ Hector und Meister Márton dauerte über mehrere Jahren. Der König war der Meinung, dass der Zweikampf den Besitzstreit endgültig lösen könnte. Somit ordnete er an, dass die Parteien in einem Duell kämpfen sollten. Der König ließ aber nicht die Parteien selbst, sondern ihre Vertreter kämpfen. Zunächst brachte der Zweikampf kein Ergebnis: Der Vertreter von Gespan Hector hat ihn verraten. Der Vertreter wurde zwar vom Gericht gefordert, aber er hat sich nicht gestellt. Deshalb wurde er streng bestraft: Der Vertreter, seine Frau und seine Kinder wurden zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt und sein Vermögen fiel an Hector. Der König ordnete einen neuen Zweikampf mit neuen Vertretern an. Der Kampf dauerte den ganzen Tag. Schließlich gewann der Vertreter von Meister Márton und entschied somit den jahrelangen Streit.⁸

⁶ Ságvári 2002. S. 30.

⁷ Gespan (ung. ispán) ist der Leiter des Komitats. Der Gespan ist der Vertreter des Herrschers in der königlichen Verwaltung und verfügte über judikative Macht im mittelalterlichen Ungarn.

⁸ Eszes 1997. S. 18–19.

Der Zweikampf während der Osmanenherrschaft

Der Zweikampf hatte andere Ziele während der Osmanenherrschaft. Er diente nicht mehr zur Konfliktlösung, war aber dennoch bedeutsam. Die Nachricht eines Sieges wurde schnell verbreitet und verhalf den Soldaten zu Ruhm.⁹

Der Zweikampf unter der Regierung der Habsburger

Der Zweikampf war bis zum Jahre 1752 eine anerkannte und gesetzliche Art der Konfliktlösung, wobei er seine Bedeutung in der staatlichen Rechtspflege verloren hatte und nur in privaten Lebensbereichen bei Konflikten zwischen Einzelpersonen ausgetragen wurde.

Im Jahre 1752 verbat Kaiserin und Königin Maria Theresia (1740-1780) den Zweikampf¹⁰ durch ihren kaiserlichen Befehl: *„Nicht nur der Herausforderer, sondern auch der Herausgeforderte, der Sekundant und der Ratgeber, und auch wenn keine von den Parteien verletzt wurden, der Zweikampf entweder in dem Land oder im Ausland stattfand, die unerlässlich mit dem Tod gestraft werden sollten, und die Körper sollten auf dem Ort des Zweikampfes beerdigt werden.“* Wer sich dem Befehl widersetzte, verlor seine Rechte, wurde mit dem „Eigensinn-Urteil“ gestraft und sein Bild wurde an einen Galgen gehängt. Der Anlass für das strenge Verbot war ein Zweikampf, bei dem einer der besten Soldaten der Königin getötet wurde.¹¹

Zusammenfassung

Obwohl der Zweikampf verboten blieb, seine Strafe wurde milder und die Institution hat noch weiter existiert. Ein Autor hat die Frage gestellt: Wie konnte der Zweikampf trotz aller staatlichen und kirchlichen Verbote und Sanktionen fortbestehen? Laut Soziologen gab es neben der gesetzlichen Ordnung eine andere, traditionelle Ordnung, die sogenannte Männer-Gesellschaftsordnung. Die fundamentalen Werte waren der Männerstolz und die Männerehre.¹² Es war auch diese Männerehre, die das Ergebnis des Zweikampfes unwiderrufbar und endgültig machte. So konnte der Zweikampf weiterhin als ein ausgezeichnetes Mittel der Konfliktlösung fungieren.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Dorothea Csoór in dem Deutsch-Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

⁹ Clair Ungarische Zweikämpfe 2002. S. 157–158.

¹⁰ Mezey, Barna (Hrsg.): Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte) Budapest, 2004. S. 269.

¹¹ Clair, Ungarische Zweikämpfe 2002. S. 210–211.

¹² Ságvári 2002. S. 26.

Das Duell als Konfliktbewältigungsmittel der politischen Bereiche im 20. Jahrhundert

Judit Lenkovics

Eötvös-Loránd-Universität

In der Weltliteratur kam das Motiv des Duells oft vor, so zum Beispiel in dem Werk Eugen Onegin von Puschkin, in dem Onegin seinen Freund Lenskij in einem Duell tötet. Ein besonderer Verlauf des Schicksals, dass Puschkin selbst – zur Verteidigung der Ehre seiner Frau Natalija Gontscharowa – ein Duell austrug, das ihm sein Leben kostete. Der tragische Tod des russischen Genies ist auch aus rechtsgeschichtlicher Perspektive betrachtet bemerkenswert, denn zu dieser Zeit war in Russland diese Methode der Konfliktbewältigung verboten. Gegen Puschkins Herausforderer im Duell, Georges d'Anthès, wurde sogar ein Strafverfahren eingeleitet.

In der ungarischen Gerichtsentwicklung kam es verhältnismäßig früh zum Verbot von Duellen: Maria Theresia verbot im Jahre 1752 das Duell als Konfliktlösungsmittel und verordnete, den durch ein Duell verursachten Mord mit dem Tod zu bestrafen.¹ Der erste ungarische Strafkodex vom Jahre 1878 (sog. Kodex Csemegi) hat in einem getrennten Kapitel (Kapitel XIX) über das Duell, das als privilegierter Fall des Menschenmordes bezeichnet wurde, angeordnet: „Wer seinen Gegner im Duell ermordet hat, auch wenn dessen Tod nicht gleich erfolgt ist, der soll mit fünf Jahren Staatsgefängnis bestraft werden.“ (§ 298). Schon das Herausfordern zum Duell, beziehungsweise die Annahme einer Herausforderung wurden als Vergehen angesehen, das mit sechs Monaten Gefängnis bestraft wurde (§ 293). Weiterhin konnte die gleiche Strafe auch Sekundanten und weiteren Personen auferlegt werden, die die Verständigung verhinderten.

Aus rechtspolitischen Gründen wurde einen Ausfall eines Duells bevorzugt. So war im Kodex festgelegt, dass im Falle eines Rücktrittes vom Duell niemand strafbar war (§ 297). Mit Rücksicht darauf, dass das Duell gesellschaftlich anerkannt und sogar eine Attraktion war, verordnete der Kodex Csemegi auch alle Anwesenden, Zeugen, und Ärzte zu bestrafen, wobei der Gesetzgeber die Personen aus diesem Kreis heraushob, die das Duell zu verhindern versuchten (§ 300).

Das Duell verlor als Folge der strengen Gesetze ein wenig an Bedeutung, nahm aber im Rahmen der Konfliktbewältigung in den höheren

¹ Mezey, Barna (Hrsg.): Magyar jogtörténet (*Ungarische Rechtsgeschichte*). Budapest, 2004. S. 251.

Gesellschaftsschichten eine dominierende Stellung ein. Es gehörte zum Allgemeinwissen eines jeden stolzen Mannes die Duellregeln zu kennen. Die damalige Rechtsordnung hat das Duell zwar pönalisiert, aber im Praxis wurde der anakronistische Brauch nicht verfolgt und bestraft.² „Das winzige Herrenvergnügen,“ wie in der Ausgabe von Friss Újság am 9. Dezember 1907 geschrieben wurde, ist eine Verkümmern der feudalistischen Tradition ohne Wurzel.

Das politische Duell diente offenbar dazu, die eigene Ehre auf die Politik zu übertragen, die Werte des adligen Verhaltens zu betonen und dadurch den voranschreitenden Verlust der liberalen Normen zu verhüllen. Das ist keine Gegengewichterschaffung, sondern eine Form der Kompensierung: Die Gegner akzeptieren einander zwar als vornehme Herren, aber inzwischen „lösen“ sie ihre politische Auseinandersetzung mit einem ungeeigneten Mittel. Das Duell ist weder zur Lösung von Meinungsunterschieden noch zum Ausdruck der moralischen Verschiedenartigkeit geeignet, die – zumindest nominell – dessen auslösende Ursache war.³

Als Tatsache kann festgestellt werden, dass das Duell Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in Ungarn sich als scheinbares Mittel zur Konfliktlösung verbreitet hat. Nach dem Duell kam es jedoch zu keiner wirklichen Versöhnung, sodass die im Hintergrund versteckten Konflikte durch die angebliche Aussprache nicht beseitigt wurden. Der Grund dafür war, dass selbst die Gegner das Duell als theatralisches Ereignis betrachtet haben und haben alle Motive unterlassen, die eventuell zur wirklichen Konfliktlösung hätte führen können. Auch die in den Artikel der Tagesblättern erwähnten Kämpfe zeugen kaum von Versöhnung: Die Berichte schließen fast ohne Ausnahme mit den Sätzen „Es gab keine Versöhnung.“ oder „Die Parteien verlassen den Fechtsaal ohne Versöhnung.“⁴

Das Duell als Methode zur Konfliktlösung hat seine ursprüngliche Funktion, also die Bewältigung von Differenzen und die Versöhnung beider Parteien bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts verloren. Nur in seltenen Fällen, welche mit einer Versöhnung endeten, spielten am meisten die Verletzungen der Parteien oder die aktive Mitwirkung der Sekundanten eine erhebliche Rolle, so konnte das Duell wegen eines kleinen Schmisses eingestellt werden und auf diese Weise wurde die Versöhnung erreicht.

Ohne Verletzung endete auch das Duell zwischen Győző Istóczy und Mór Wahrmann. Dennoch blieb eine Versöhnung aufgrund unüberbrückbarer Differenzen zwischen den beiden Politikern aus. Győző Istóczy schlug in seinen Äußerungen im Parlament die Ansiedlung der Juden nach Palästina vor und

² Wirth, István: A párbaj (*Das Duell*) In: Rubicon 1991/9. S. 24–26.

³ Gerő, András: Egy kis itt felejtett középkor. A politikai párbaj (*Das kleine hier vergessene Mittelalter. Das politische Duell*) In: Rubicon 1991/9. S. 27–29.

⁴ Budapest, Friss Újság, Ungarn, Fővárosi Lapok, Pesti Napló.

erhob Einspruch gegen gemischte Ehen. (Mit dieser Rede in 1875 erschien das politischen Antisemitismus in Ungarn.) Seine Vorträge fanden am Anfang wenige Widerworte, doch nach einer Debatte im Abgeordnetenhaus kam es zum Duell zwischen Győző Istóczy und Mór Wahrmann, aber die Sekundanten gaben beide Herren unbrauchbare Waffen.⁵

Die Auslöser der Duelle konnten sehr unterschiedlich sein: Ehrenbeleidigung des guten Rufs oder nur ein missverständlicher Satz waren meist schon ausreichend für eine Herausforderung zum Duell. In zahlreichen Fällen wurden die Parteien durch bezahlte Fechter im Kampf vertreten. Der Sieger des Duells hat zwar sein im Laufe der Debatte erörtertes vermeintes oder wirkliches Wahre bewiesen. Das Duell war aber kein effektives Mittel, die Konflikte aufzulösen und richtige Ergebnisse zu erreichen. Wegen der heftigen politischen sowie parlamentarischen Kämpfen des Zeitalters haben Minister, Ministerpräsidenten ihre auftauchten Auseinandersetzungen auf diese Weise gelöst.

Auch Graf István Tisza⁶ focht zweimal.⁷ In einem seiner Duelle kämpfte er gegen Graf Mihály Károlyi,⁸ dem Kanzleichef der unabhängigen Opposition. Die Herren wollten die zwischen ihnen herrschenden politischen Spannungen auf die persönliche Ebene nicht übertragen, das hat Károlyi auch anerkannt.⁹ Károlyi wehrte das Rüstungsprogramm ab, das 1912 von Berlin gedrungen wurde, und er – als Leiter der Opposition – verhinderte weiterhin die Abstimmung. So schildert Mihály Károlyi in seinen Erinnerungen dieses Geschehen: „Nach dem parlamentarischen Putsch spazierte ich schlechtgelaunt in den Sälen des nationalen Casinos, als Tisza eintrat und, als ob nichts geschehen wäre, mich mit einem Handschlag begrüßte.

- Servus. Wie geht's? – Hinter dem Rücken schloss ich meine Hände zusammen und spazierte weiter.

- Hast du mich nicht gehört? – fragte Tisza erblassend.

- Ich höre dich – erwiderte ich – aber nach dem Geschehen will ich dich nicht kennen. Noch an dem gleichen Tag suchten mich Sekundanten von Tisza auf und am nächsten Tag um fünf Uhr wurde das Duell ausgetragen. Tisza war trotz seiner Kurzsichtigkeit ein erstklassiger Fechter. Das Duell dauerte mehr als eine Stunde, wir kreuzten die Klingen vierunddreißigmal. Zum Ende hin bekam

⁵ Fiziker, Róbert: Egy cselédlány halála (*Tod eines Dienstmädchens*) In: Élet és Tudomány 2002/15. S. 455.

⁶ Graf István Tisza (1861–1918) Politiker. Zwischen dem 3. November 1903 und dem 18. Juni 1905 und dem 10. Juni 1913 und dem 15. Juni 1917 war er der Ministerpräsident Ungarns. In der Nacht auf den 31. Oktober 1918, während der sog. Asernrevolution, war Tisza das einzige prominente Opfer der ansonsten unblutigen Revolution, als er von marodierenden kommunistischen Soldaten in seiner Villa ermordet wurde.

⁷ Clair, Vilmos: Magyar Párbaj – A párbaj története. Magyar párbajok. Párbajködex (*Ungarischer Zweikampf – Die Geschichte des Zweikampfes. Ungarische Zweikämpfe. Zweikampfkodex*) Budapest, 2002. S. 113.

⁸ Graf Mihály Károlyi (1875–1955) Politiker, Leiter der Asernrevolution im Jahre 1918, vom 31. Oktober 1918 Ministerpräsident, zwischen Januar-März 1919 Staatspräsident (Staatsoberhaupt). Vom Juli 1919 bis 1946 in Emigration lebend, zwischen 1947–49 Pariser Botschafter Ungarns. Er ist in Frankreich gestorben.

⁹ Vermes, Gábor: Tisza István. Budapest, 1994. S. 211.

ich einen Schnitt auf meinen Arm, worauf die Sekundanten den Kampf einstellten. Es kam zu keiner Versöhnung. Heutzutage scheint es ein wenig komisch, politische Meinungsunterschiede in einem Duell auszutragen. Aber dieser Brauch wurde im feudalen Ungarn gern gehuldet.¹⁰ Das Duell galt damals als Vergehen, von daher brauchten die Teilnehmer dieses Duells die besondere Anordnung von Kaiser Franz Joseph, um die Schande eines mehrtägigen Gefängnisaufenthaltes zu ersparen.¹¹

Vilmos Vázsonyi (der als Mitglied der Demokratenpartei ab 1901 Parlamentsabgeordneter war) hat die im Parlament laufenden Debatten sowie Konflikte im Jahre 1900 wie folgt beschrieben: „In unserem Parlament nehmen die meisten ins Register nicht eingetragenen Handelsmänner und die meisten registrierten Kavaliere teil. Man könnte Statistiken erstellen und verdeutlichen, wie die Zahl der Duellhelden parallel zu der Zahl der Inkompatibilität der Abgeordneten gestiegen ist. In der Zeit unserer verfassungsmäßigen Restaurierung, als in den Banken und Aktiengesellschaften nur wenige Abgeordnete zu befinden waren und der schwärzende Politiker rar war, haben wir wenig über Duelle gehört. Die Ritterlichkeit, Selbstgenugtuung und die bewaffnete Verteidigung der Ehre waren damals kein Bestandteil unserer Politik... Kurz gesagt füllten sich sowohl die Vorzimmer der Banken und Ministerien als auch die Kavalierekasernen auf einmal mit Abgeordneten auf. Gleichzeitig wurde das Reich der Wirtschaft und der Kavalleriepistole verbreitet. Als Krönung wurde ins Strafgesetzbuch klar, aber zweifarbig, eingetragen, dass ein Duell eine Straftat sei. Die Gesetzgeber waren später die ersten, die gegen dieses Gesetz verstießen. Im Parlament wurde bewiesen (...), dass die Senkung des Niveaus mit dem Aufstieg der Duellzahlen verbunden war. Je mehr unwürdige Abgeordnete ins Parlament eingetroffen sind, desto höher wurde die Zahl der ritterlichen Angelegenheiten. Später wurden auch die Minister in die Duelle eingebunden, sie haben sich auch duelliert. Der Höhepunkt des Humors wurde erreicht, als der Innenminister, der für die Polizei zuständig war, sich mit der Unterstützung seiner Polizisten geschlagen hat. Unsere Abgeordneten berichten [selbst heutzutage] ohne Reue oder ein schlechtes Gewissen über ihre ausgetragenen Duelle, deren Verlaufsprotokolle auch in der Presse abdruckt werden. Langsam wird die Kavalierekaserne ein Nebenraum des Parlaments wie das Buffet... Die bei uns tobende Duellmode zeigt zwei Symptome: einerseits den Mangel an Freimut in unserem politischen Leben, in dem alle Richtungen heuchlerisch sind und sich unter der Fahne der Weltanschauung der Kavaliere vereinigen können, und andererseits die zurückeroberte Macht des Adels, die zusammen mit den Parvenü-Bürgern heute stärker ist als je zuvor.“¹²

¹⁰ Károlyi, Mihály: *Hit illúziók nélkül (Glaube ohne Illusionen)* Europa, Budapest, 1982. S. 37–38.

¹¹ Vermes 1994. S. 212.

¹² Gerő 1991 S. 27–29.

Die Sanktion des Duells hat keinerlei Auswirkung auf den Rückgang der Kämpfe. Jedem Duell, welches bekannt gegeben wurde, folgte ein Gerichtsprozess. Am Beispiel eines österreichisch-ungarischen Duells kann diese Sanktion, welche vor allem auf der Ebene der generellen Prävention gestanden hat und insbesondere der Abschreckung diente, gut illustriert werden. Die Einzelfälle sind weitgehend unberührt geblieben. „Ein Österreicher und ein Ungar, nämlich Josef Flesch, Unternehmer von Brünn, und Gyula Beck, ungarische Gutsbesitzer, sind im Herbst in Österreich zum Duell gegeneinander angetreten. Natürlich hat der Ungar gewonnen. Die österreichischen Behörden haben sofort eine Untersuchung eingeleitet, aber beide Teilnehmer haben das Duell beinahe ohne Folgen überlebt. Der Österreicher wurde vom Kaiser begnadigt, da er früher als Husarenoffizier gedient hatte. Der Ungar ist schnell nach Ungarn zurückgekehrt. Heute wurde er vor dem Budapester Gericht zur Verantwortung gezogen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass sein Duellgegner nicht bestraft worden war, wurde er nur zu acht Tagen Staatsgefängnis verurteilt.“¹³

Nach dem ersten Weltkrieg war das Duell in Ungarn weitgehend populär geblieben. Ödön Beniczky, royalistische Parlamentsabgeordnete, war Stolz, dass er Gyula Gömbös¹⁴ geschlagen hatte und Kuno Klebelsberg, Minister für Religion und Ausbildung, konnte auch nur mit einer Pistole seine Ehre gegen Markgraf György Pallavicini verteidigen. Erst gegen Mitte des 20. Jahrhunderts verlor das Duell seine Wirksamkeit und sein Ansehen. Jeremy Bentham's Meinung nach wird das Duell nur dann als Brauch verschwinden, wenn gegen die Beleidigung der Mannesehre dieselben Sanktionen verhängt werden, welche gegen andere Delikte auferlegt werden und dies rechtlich festgehalten wird. Für den Schwund der Duelle in Ungarn war aber vordergründig nicht die Verbreitung der Rechtsverteidigung, sondern die dramatische Änderung der politischen Lage verantwortlich.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Judit Lenkovics in dem Deutsch–Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

¹³ Friss Újság, Budapest, 20. Dezember 1905.

¹⁴ Gyula Gömbös (1886–1936) ungarischer General und Politiker. Zwischen 1923–1928 Abgeordneter der linken Opposition. Unter der Regierung des konservativen Ministerpräsidenten István Bethlen wurde Gömbös am 10. Oktober 1929 Kriegsminister, am 1. Oktober 1932 wurde er Ministerpräsident, behielt aber sein vorheriges Amt bei. Als Ministerpräsident betrieb er bis 1936 eine autoritäre Innenpolitik, besetzte zahlreiche Staatsämter mit Offizieren und förderte die Zusammenarbeit Ungarns mit Italien und Österreich (Römische Protokolle 1934). Zuletzt versuchte er mit dem nationalsozialistischen Deutschland zusammenzuarbeiten.

Auf anderen Wegen – Konfliktbewältigungsformen bei Zigeunern in Ungarn

Dóra Frey

Eötvös-Loránd-Universität

1. Einführung

In meinem kurzen Beitrag möchte ich über die Konfliktbewältigungsformen bei den Zigeunergruppen in Ungarn berichten. Diese Frage wurde bislang eher aus ethnografischer als aus juristischer Sicht erforscht. Die meisten Untersuchungen bezüglich dieses Themas stammen aus der Zwischenkriegszeit oder unmittelbaren Nachkriegszeit.¹ Vor wenigen Jahren haben auch Rechtssoziologen angefangen, sich damit zu befassen, unter ihnen war auch der früh verstorbene Wissenschaftler Sándor Loss.² Die traditionellen Lebensformen haben sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend verändert, aber Spuren der Traditionen sind immer noch zu sehen. Über das Rechtsleben der sog. Beás-Zigeuner fehlen bis heute tiefere Erkenntnisse, die Lovari- oder Olahzigeuner im Gegensatz sind besser erforscht. Die Zigeunergruppen in Ungarn sind sehr vielfältig, sowohl kulturell, als auch in ihren sozialen Verhältnissen, sodass es schwer ist, über sie im Allgemeinen zu berichten. In dem folgenden Beitrag möchte ich die inneren Konfliktlösungsmodelle der Lovari-Zigeuner betrachten.

Ich benutze die Bezeichnung Zigeuner statt des in Deutschland eingebürgerten Begriffes Sinti und Roma. Dies hat zwei Gründe: Zum einen leben in Ungarn keine Sinti und nicht alle im Land lebenden Gruppen können als Roma bezeichnet werden – die Beás-Zigeuner sind zum Beispiel keine Roma. Zum anderen ist der Begriff Zigeuner sowohl in der Alltagssprache als auch in der Wissenschaft weit verbreitet und wird in offiziellen Diskussionen gebraucht. Die Zigeuner selbst empfinden den Begriff nicht als abwertend, er dient weitgehend als Selbstbezeichnung.

Bei der Untersuchung von rechtlichen Gewohnheiten und Konfliktbewältigungsregeln muss auf die stark von der Mehrheitsbevölkerung abweichende soziale und gesellschaftliche Lage der Zigeuner hingewiesen werden. Aufgrund ihrer Stellung als Außenseiter in der Gesellschaft haben sie

¹ Die Zeitschriften *Ethnographia* und *Néprajzi Közlemények* enthalten einige Artikel zu diesem Thema.

² Loss, Sándor: *Romani kris a dél-békési oláh cigányoknál. Elmélet és gyakorlat (Romani Kris bei den Olahzigeunern in Süd-Békés. Theorie und Praxis)* In: *Ius humanum. Ember alkotta jog.* Hrsg.: Szabó, Mikós. Miskolc, 2001. S. 9–22; S. 10.

eigene Methoden zur Bewältigung von internen Konflikten entwickelt. Obwohl die in Ungarn lebenden Zigeuner seit relativ langer Zeit sesshaft leben, haben sie eine sehr archaische, weitgehend aus Stämmen bestehende Gesellschaftsstruktur teilweise bis in die Gegenwart bewahrt. Hinzu kommt die herausragende Bedeutung der Sippe in der patriarchalisch organisierten Familienstruktur. Neben diesen inneren Merkmalen sind auch die Beziehungen zum Rest der Gesellschaft ausschlaggebend. Die Zigeuner wurden (und werden bis heute) seitens der Mehrheitsnation als Fremdkörper in der Gesellschaft betrachtet und als solcher gehandhabt. Die Zigeunergemeinschaft reagiert darauf mit einem engeren Zusammenhalt innerhalb der geschlossenen Gruppe.³ Die Zigeuner leben oft auch räumlich von der Mehrheitsbevölkerung getrennt, meist am Rande der Stadt oder neben den Siedlungen.

Diese Faktoren tragen zum gespaltenen Verhältnis der Zigeuner zu den staatlichen Justizorganen bei. Das Verhältnis ist von einem starken Misstrauen und tiefer Angst vor den Unbekannten geprägt.⁴ Dieses Misstrauen verbunden mit den Traditionen der Zigeunergemeinden führte dazu, dass bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, und in einigen Fällen bis heute, die Zigeuner die innerhalb der Gruppe entstandenen Konflikte nicht „nach außen“ trugen bzw. tragen. Es ist bis heute ein Zeichen für die Eskalation des Konflikts, wenn die Zigeuner einander vor den Behörden anzeigen. In Zivilfragen sind die Zigeuner weit unterrepräsentiert, was auch durch wirtschaftliche und bildungsbedingte Faktoren forciert wird.⁵

Ein weiterer Aspekt war das weitgehende Desinteresse der staatlichen Organe an den Binnenkonflikten der Zigeuner. Die eventuellen Straftaten interessierten die Behörden nur dann, wenn auch Nicht-Zigeuner betroffen waren.⁶ Außerdem zeigen die Justizbehörden bis heute erhebliche Schwächen, wenn es sich um Konflikte der Zigeuner handelt. Das Verhältnis ist geprägt von kulturellen und sprachlichen Problemen und führt zu gegenseitigem Unverständnis und Misstrauen. Seitens der staatlichen Behörden werden die Zigeuner als „besonders schwere Kunden“ bezeichnet, weil sie die Fachsprache nicht verstehen und ihr Rechts- und Gerechtigkeitsverständnis sich stark von dem der Juristen unterscheidet.

Oft wird von Richtern und Staatsanwälten berichtet, dass wenn beide Parteien der Zigeunergruppe anhören, sei es unmöglich, die Wahrheit auch nur annähernd ans Licht zu bringen. Sie seien oft nicht bereit, die anderen zu

³ Tárkány-Szücs, Ernő: Magyar jogi népszokások (*Rechtliche Volksgebräuche in Ungarn*) Budapest, 1981. S. 49.

⁴ Loss, Sándor–H. Szilágyi, István: A „cigány per“ (*Der „Zigeuner-Prozess“*) In: Beszélő 2001/4. S. 94–100; S. 96.

⁵ Loss–H. Szilágyi 2001. S. 94.

⁶ Erdős, Kamill: Cigány-törvényszék (*Das Zigeunergericht*) In: Néprajzi Közlemények. 1959. S. 203–214; S. 204. Neuauflage: Erdős Kamill cigánytanulmányai (*Aufsätze von Kamill Erdős über Zigeuner*). Hrsg.: Vekerdi, József. Békéscsaba, 1989. S. 98–105.

beschuldigen.⁷ Insbesondere, wenn im Saal viele Zigeuner anwesend sind, dann richte sich die Kommunikation eher an die anderen aus der Gruppe und nicht an das Gericht.

Das Rechtsverständnis, wie auch das ganze Lebensbild der Zigeuner ist von der sog. Mehrheit abweichend und kann vom wissenschaftlichen Standpunkt aus als sehr archaisch bezeichnet werden. Als schwerste „Strafe“ galt der Ausschluss aus der Gruppe, was aber äußerst selten vorkam. Sehr streng wurde die Familienehre, besonders die Ehre der Frauen gewahrt. Bei allen Konflikten war es das oberste Ziel, die Wiederherstellung der Gerechtigkeit zu gewährleisten. Damit das Zusammenleben in der Gemeinschaft nicht für eine längere Zeit beeinträchtigt blieb, brauchten die Zigeuner schnelle und effektive Methoden der Konfliktlösung.

Im Rahmen der Konfliktbewältigung innerhalb einer Zigeunergruppe wurde, entgegen allen Mythen, nur selten die Blutrache vollzogen.⁸ Selbst körperliche Strafen wurden möglichst vermieden. Racheakte waren natürlich nicht ausgeschlossen und wurden oft unter Beteiligung der ganzen Gruppe begangen. Die schwersten Konflikte führten oft zu generationsübergreifenden Fehden. Noch in der 40er Jahren wurde im Komitat Békés ein Mord, als Racheakt für einen früheren Tötungsdelikt, begangen. Die Beteiligten waren Mitglieder derselben Großfamilie, die aber seit Generationen zerstritten war. Täter und Opfer waren Cousins, und der Vater des Opfers tötete vor mehr als einem Jahrzehnt den Vater des Täters.⁹

Die gesellschaftlichen Verhältnisse der Zigeuner prägten ihre internen Konfliktbewältigungsmethoden in starkem Maße. Die Zigeunersippen und Stämme kennzeichneten ein enger Zusammenhalt sowie ein stark patriarchalisch ausgerichtetes Familienbild. Die alten Mitglieder der Gruppe genossen einen besonderen Respekt und Achtung. Privatsphäre und Privatleben gab es kaum, alles wurde in der ganzen Gruppe thematisiert und ausdiskutiert. Diese Diskussionen führten oft zu einer Lösung der etwaigen Konflikte.¹⁰

Nicht selten wurden die Alten oder andere angesehene Familienoberhäupter zur Schlichtung der Konflikte berufen. In vielen Gemeinden gab es einen ausgewählten alten Mann, der immer als „Richter“ fungierte. Das „Verfahren“ verlief schnell, informell und kaum institutionalisiert, dennoch wurden die Urteile meistens akzeptiert und befolgt. Diese Verfahrensweisen waren bei allen Zigeunergruppen bekannt und sind es auch heute noch. Besonders in

⁷ Loss-H. Szilágyi 2001. S. 95.

⁸ Zur Blutrache bei den Kaale-Zigeunern in Finnland siehe: A finn „kaale“ cigányok közösségi joga, a „vérbosszú“ modell (*Das Recht der finnischen „Kaale“ Zigeuner, das Modell der „Blutrache“*) In: Belügyi Szemle 1999/7–8. S. 134–144.

⁹ László, Péter: Vérbosszú a magyarországi cigányok között (*Blutrache bei den ungarischen Zigeuner*) In: Etnographia 1947. S. 348.

¹⁰ Tárkány-Szücs 1981. S. 494.

„Ehrenangelegenheiten“ werden Schlichter eingesetzt, auch bei den in Städten lebenden und wohlhabenden Zigeunern.

2. Das Romani Kris

Ein spezielles und relativ formalisiertes Verfahren war das sogenannte Zigeunergericht, auf Lovarisch „Romani Kris“. Es existierte, und existiert teilweise auch heute noch, bei den Olahzigeunern. Ein nicht unbedeutender Teil der in Ungarn lebenden Zigeuner, schätzungsweise 50.000, sprechen heute noch Lovarisch und haben die Traditionen weitestgehend erhalten. Die meisten von ihnen leben im südöstlichen Teil Ungarns, im Komitat Békés, und beschäftigen sich vorwiegend, wie auch ihre Vorfahren, mit Pferdehandel. In diesem Teil Ungarns, wie auch im Ausland, existiert das Zigeunergericht bis heute, wie die Forschungen von Sándor Loss beweisen.¹¹

Ein Kris ist kein Strafgericht im engeren Sinne, weil es allgemein schwer ist, die vor Gericht verhandelten Streitigkeiten im juristischen Sinne fest einzuordnen. Es ist zuständig für Haftungsfälle und Handelsstreitigkeiten, aber auch für Fragen, die nach unserem Verständnis zum Strafrecht gehören, wie Betrug, Fälschung oder Diebstahl. In Komitat Békés betreiben sehr viele Zigeuner Pferdehandel, deswegen beziehen sich die meisten dort aufgezeichneten Beispiele auf Streitigkeiten beim Pferdekauf. Der zweite Bereich, für den ein Kris zuständig sein kann, ist das Familienrecht, vor allem in Fällen von Brautentführung oder Ehebruch. Seine Bedeutung hat das Kris bis heute beibehalten, da die Zigeuner auf jedem Fall vermeiden möchten, dass jemand aus der eigenen Gruppe vor Gericht gestellt wird oder ins Gefängnis kommt.¹²

Das Romani Kris hat seit Langem mündlich überliefert, aber keine geschriebenen Verfahrensregeln. Es wurde nicht oft zusammengerufen, höchstens zwei- oder dreimal im Jahr und nur ganz selten bei Bedarf. Das Romani Kris setzt sich nur aus den angesehensten Alten der Gemeinschaft zusammen. Gelegentlich wurden früher auch Angehörige anderer Stämme einbezogen. Es dient nur zur Schlichtung von Konflikten zwischen Olahzigeunern. Heute wird das Romani Kris noch bei kleineren Delikten einberufen, sodass in diesen Fällen keine Anzeige bei den „offiziellen“ Justizbehörden erstattet wird. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts wurden die Sitzungen im Freien abgehalten. Der Ort spielte jedoch keine große Rolle, auch eine Kneipe oder ein einfaches Zimmer waren geeignet. Es war auch möglich, in einer abgelegenen Ecke eines Jahres- oder Monatsmarkt ein Kris zu halten. Die Mitglieder saßen in eine Runde, ursprünglich auf dem Boden und später um einen Tisch. Bei einfacheren Fällen blieben sie im Kreis stehen. Es wurde eine

¹¹ Loss 2001. S. 11.

¹² Loss 2001. S. 11.

sehr festliche Redeweise angewandt, die sonst fast nicht vorkam. Der Kreis der möglichen Richter und der Anwesenden war streng reglementiert. Die Zahl der Richter war nicht festgelegt und unterschied sich von Fall zu Fall. Meistens waren sieben bis acht Richter anwesend. Mindestens mussten jedoch zwei Richter teilnehmen, da es einem alleine verboten war ein Urteil zu fällen. Die Höchstgrenze der anwesenden Personen betrug etwa zwanzig, wobei diese selten erreicht wurde. Der Vorsitzende war immer der älteste Mann, welcher als Richter (auf Lovarisch *mujalo*) bezeichnet wurde. Verwandte der Parteien konnten im Verfahren mitwirken, lediglich Feinde waren ausgeschlossen.¹³ Mit der Zeit durften auch Frauen, denen die Anwesenheit lange Zeit verboten war, vor Ort sein. Nichtzigeuner, also „gazsós“ konnten höchstens als Zeugen mitwirken, was aber eher eine jüngere Entwicklung ist.¹⁴ Darüber hinaus war das Verfahren öffentlich, jeder konnte mithören, bei einigen Stämmen durften die Zuhörer auch mitreden und so die Verhandlung aktiv mitgestalten.¹⁵ Auf Dauer ernannte Richter gab es nicht. In jeder Gemeinde konnten jedoch einige Männer ernannt werden, die oft in Kris eingeladen wurden. In der Regel waren die Mitglieder über dreißig Jahre alte Männer. Die Jüngeren waren meistens anwesend um Erfahrungen zu sammeln und „die Gesetze zu erlernen“. ¹⁶ Das Verfahren dauerte oft mehrere Stunden, manchmal sogar mehrere Tage. Die Streitparteien und Zeugen wurden angehört, und anschließend traf das Romani Kris das Urteil. Dazu musste es bei einigen Stämmen eine Einstimmigkeit geben, bei anderen genügte eine einfache Mehrheit. Die Urteile mussten unbedingt befolgt werden. Dies war auch meist der Fall, da ansonsten ein Bruch alle soziale Kontakte und der Ausschluss aus der Gemeinschaft drohten. Dieser gesellschaftliche Druck machte das Kris so effektiv, sodass keine Vollstreckungsverfahren oder öffentliche Gewalt nötig waren, um das Urteil durchzusetzen. Ein Widerspruch konnte nicht eingelegt werden; auch ein anderes Kris durfte nicht anders entscheiden. Es kam in der Vergangenheit und kommt auch heute äußerst selten vor, dass jemand das Urteil nicht befolgte oder „in die Revision“ ging.¹⁷

Die Mitglieder im Kris wurden nicht bezahlt und auch die Reisekosten übernahmen sie meistens selbst. Nach der Urteilsverkündung fand aber oft ein festliches Essen statt, zu dem sie als Ehrengäste eingeladen waren.¹⁸

Eben wegen der Verbindlichkeit und Endgültigkeit der Urteile wurde und wird das Kris möglichst gemieden. Die erste Vorstufe des Verfahrens ist ein

¹³ Erdős 1959. S. 205.

¹⁴ Loss 2001. S. 12.

¹⁵ Erdős 1959. S. 205.

¹⁶ Loss 2001. S. 16.

¹⁷ Erdős 1959. S. 204.

¹⁸ Loss 2001. S. 16.

persönliches Gespräch der Parteien, informell und unverbindlich. Heutzutage nutzen die Parteien dazu oft ihr Handy.¹⁹

Die zweite Stufe ist ein Schlichtungsverfahren, bei dem der auserwählte Alte als Vermittler auftritt. Er versucht durch Rat eine Einigung zu erzielen. Dieses Verfahren ist auch informell und hat eine eigene Bezeichnung: *Divano* oder *Savato*. Die Teilnehmer stehen dabei in einem Kreis und versuchen sich zu einigen.

Wenn es auf diesem und auch auf anderen Wegen zu keiner Einigung kommt, wird so schnell wie möglich, spätestens aber in den darauffolgenden zwei bis drei Tagen, ein Kris aufgestellt. Alle Teilnehmer beschwören (*Solax*), dass sie ohne Essen und Trinken zusammenbleiben, bis ein Urteil gefällt wird. Unter Eid darf man nicht lügen, daran glauben alle sehr. Bei der Vereidigung von Parteien und Zeugen wird eine Ikone geholt. Die Vereidigten schwören meistens auf ihre Kinder oder Eltern, beim Pferd Händler oft auch auf das Pferd.²⁰

In der anschließenden mündlichen Verhandlung wird alles so genau wie möglich erzählt, oft lautstark, emotional und schnell. Da es ausschließlich auf Lovarisch erfolgt, wirkt es nach außen wie ein großer lauter Streit. Alle können so lange reden, wie sie möchten. Die Richter sind bemüht, alle Einzelheiten herauszufinden, deswegen dauert es auch in einfacheren Fällen oft mehrere Stunden, bis eine Entscheidung gefällt wurde.

Die Entscheidungen werden nach der Besprechung der Mitglieder von dem ältesten Richter verkündet. Sie sind endgültig, „rechtskräftig“ und sofort zu befolgen. Es gibt kaum feste Regeln oder Sitten, auf deren Grundlage die Entscheidungen getroffen werden. Die Richter bemühen sich vielmehr um eine gerechte Entscheidung. Es werden neben den Besonderheiten des Falles auch die familiären und finanziellen Situationen der Parteien sowie andere Umstände bei der Entscheidung berücksichtigt. So wird dem verarmten Schuldner oft eine verlängerte Zahlungsfrist gewährt, statt ihn zu verurteilen.²¹

Aus den Entscheidungen können eher Tendenzen erkannt werden, keine Präzedenzen oder feste Regeln. Eine eventuelle Vorbestrafung spielt immer eine gewisse Rolle: Wer im selben Jahr schon mehrmals vor dem Kris stand, wird strenger verurteilt. Parallelverfahren mit der staatlichen Justiz werden jedoch möglichst gemieden: Wer von einem Gericht verurteilt wurde, kann für dieselbe Tat nicht vor dem Kris zur Verantwortung gezogen werden.²²

¹⁹ Loss 2001. S. 12.

²⁰ Loss 2001. S. 13.

²¹ Erdős 1959. S. 209.

²² Loss 2001. S. 15.

Die meisten Entscheidungen entsprechen dem Gerechtigkeitsverständnis der Zigeuner, was nicht zwangsweise mit der Meinung der Nichtzigeuner übereinstimmt.

Eine demütigende Strafe oder gar die Todesstrafe konnten laut Forschungserkenntnissen vom Kris nicht auferlegt werden.²³ Auch in dieser Hinsicht ist ein Kris kein Strafgericht. Die Strafe ist meistens eine Geldstrafe, sodass der Schuldige eine bestimmte Summe an den Geschädigten zahlen muss. Oft ist als Sanktion die mehrfache des ursprünglichen Wertes zu zahlen. Oft wird in der Entscheidung eine bestimmte Handlung angeordnet, oder die Rückgabe einer Sache. Bei familienrechtlichen Streitigkeiten wurde meistens keine Geldstrafe verhängt, sondern eine Handlung angeordnet: Bei Brautentführungen wurde der Entführer gezwungen die Ehe zu schließen. Bei Ehrenangelegenheiten werden die Parteien aufgefordert sich zu versöhnen oder die als schuldig befundene Partei muss sich entschuldigen. Obwohl Todesurteile nie vom Kris gefällt werden und auch keine Körperstrafen verhängt werden, passierte es oft, dass anhand des Urteils die Gemeinschaft oder das Opfer den Schuldigen selbst bestraft hat. So war es zum Beispiel in einer Gemeinschaft, wo bei Ehebruch der Frau die Haar abschnitt. Es war aber die eigene Strafe der Gemeinschaft, das Kris hatte und durfte dafür keinen Befehl erteilen. Blutige Rache taten waren selten, meistens wurde der Schuldige beschimpft und bespuckt.²⁴

3. Symbolen und Ritualen bei der Konfliktlösung

Nicht nur bei einem Kris, auch bei anderen Maßnahmen der Rechtsfindung sind Symbolen sehr wichtig. Die meisten Zigeuner bekennen sich zum Christentum, glauben aber auch an andere übernatürliche Wesen, wie an die Geister der Toten oder den Teufel.

Symbolische Handlungen begleiteten das Verfahren des Kris und auch andere Rechtsakte. Strenge Förmlichkeiten waren einzuhalten. Eine besondere Stellung hatte der Eid. Die Parteien und Zeugen eines Kris, aber auch die Streitigen, die außer einem Kris vor einem Alten standen, mussten einen Eid leisten. Dazu nutzte man ein meist schwarzes Tuch, auf welches eine Ikone mit der Abbildung der Jungfrau Maria oder Jesus gelegt wurde. Statt des Heiligenbildes benutzte man früher bei einigen Stämmen tote Katzen, bei anderen kam auch eine Kruzifix dazu. Laut einiger Aufzeichnungen waren die Zigeuner früher oft bemüht die Schlüssel der Kirche dazuzuholen.²⁵ Außerdem wurden Kerzen angezündet. Diese hatten eine ganz besondere Bedeutung. Dem Glauben der Zigeuner nach kann man neben einer brennenden Kerze nicht

²³ Erdős 1959. S. 207.

²⁴ Erdős 1959. S. 207.

²⁵ Erdős 1959. S. 206.

Lügen. Die Verteidigung erfolgte kniend, mit einer Hand auf dem Bild und der anderen auf dem Herz. Meistens wurde bei dem Eid auf das Leben eines engen Familienangehörigen zum Beispiel der Eltern, Kinder oder Geschwister geschworen. Ein solcher Eid konnte nicht gebrochen werden. Alle glaubten fest daran, dass beim Eidbruch Angehörige sterben würden oder andere schwere Katastrophen, wie Krankheit, Unglück oder weitere Gefahren, drohten. Für den Fall eines Eidbruchs ist in dem Eid auch ein Fluch auf sich selbst inbegriffen.²⁶

Diese Symbole, u. a. Heiligenabbildungen oder Kerzen, werden teilweise bis heute eingesetzt. Der Eid spielt nach wie vor eine wichtige Rolle in der Zigeunergemeinschaft. Dieser feste Glaube trägt dazu bei, dass die Konflikte ohne besondere Beweismittel und Zwangsmittel gelöst werden können und die Wahrheit ermittelt werden kann.

4. Zusammenfassung

Die Konfliktbewältigungsmethoden der Zigeunergemeinschaft weisen sehr archaische Eigenschaften auf. Dennoch werden sie teilweise bis heute praktiziert. Sie bieten eine alternative, wenn auch keine vom Staat unterstützte, Möglichkeit für die Bewältigung der inneren Konflikte. Leider sind die offiziellen Justizorgane bei Untersuchungen von Straftaten mit Zigeunerbeteiligung bei weitem nicht so effektiv. Zigeuner geraten mit Rachedtaten und auch Mordfällen in die Schlagzeilen. Leider wird hin und wieder Selbstjustiz ausgeübt, welche mit schwersten Tatbeständen verbunden ist. Das entspricht aber bei weitem nicht dem Alltag. Die Konfliktlösungsformen der Zigeuner sind im Grunde genommen friedlich und auch ziemlich effektiv. Eine weitere Forschung der Konfliktlösung bei den Zigeunern könnte zum Verstehen des Rechtsbildes und Rechtsempfindens der Zigeuner beitragen, was auch der Justiz im Alltag zu einem besseren Verständnis helfen könnte.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Dóra Frey in dem Deutsch–Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

²⁶ Rostás-Farkas, György: A cigányság hagyomány- és hiedelemvilága (Sitten- und Glaubenswelt der Zigeuner) Budapest, 2000. S. 60.

Laienrichter im Strafverfahren – momentaner Stand und Ausblick

Boglárka Földesi und Zoltán Pafféri

Eötvös-Loránd-Universität

I. Der begriffliche und historische Grundriss

Die Mitwirkung der Laien in der Justiz müsste das Vertrauen der Bevölkerung dadurch stärken, dass nicht nur ein „weltfremder“, juristischer Gesichtspunkt, sondern auch der „gesunde und volksnahe“ Menschenverstand der Laienrichter eine Gerichtsentscheidung mitbestimmt.¹

Um die heutigen Regelungen besser verstehen zu können, müssen wir die Grundbegriffe und die Geschichte der Laienbeteiligung an der Strafjustiz klarstellen.

I. 1. Der Begriff des Laienrichters

Den Begriff „Laienrichter“ wird in der deutschen Alltagssprache als Synonym für einen „ehrenamtlichen Richter“² benutzt. Wir müssen diese Begriffe aber voneinander differenzieren. Der ehrenamtliche Richter ist der Oberbegriff mit folgender Bedeutung: eine Person *„neben dem Berufsrichter in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten, die in ehrenamtlicher Tätigkeit mit allen Rechten und Pflichten als erkennende[r] Richter an der Verhandlung und Entscheidung mitwirkt.“*³ Nach dem Deutschen Richtergesetz können wir den ehrenamtlichen Richter auch als „Nicht-Berufs-Richter“ definieren.⁴ Der Laienrichter ist ein nichtrechtsgelehrter ehrenamtlicher Richter.⁵ Die Gesetze erwähnen diesen Begriff jedoch nicht. Auch der Schöffe muss hier erwähnt werden: Er ist ein ehrenamtlicher Richter in der Strafgerichtsbarkeit.⁶

¹ Vgl. Sellert, Wolfgang: Zur Geschichte der Laiengerichtsbarkeit in Deutschland. The Doshisha Law Association, 2005. S. 1.

² Vgl. Linkenheil, Beate: Laienbeteiligung an der Strafjustiz. BWV, Berlin, 2003. S. 23. oder Klaus, Ekkehard: Ehrenamtliche Richter – Ihre Auswahl und Funktion, empirisch untersucht, Athenäum, Frankfurt am Main, 1972. S. 1.

³ Deutsches Rechtslexikon Band 1, 3. Auflage, C. H. Beck, München, 2001. S. 1187.

⁴ § 1 DRiG

⁵ Vgl. Liekefett, Karlheinz: Die ehrenamtliche Richter an den deutschen Gerichten (Das Recht der Laienrichter) Dissertation, Göttingen, 1965. S. 2.

⁶ § 45a DRiG

I. 2. Die Erscheinungsformen der Laienbeteiligung an der Strafjustiz

Bevor wir uns mit der Geschichte der Laienbeteiligung in der Strafjustiz beschäftigen, müssen wir zunächst zwei Prinzipien unterscheiden: das Schwurgerichtsprinzip und das Schöffengerichtsprinzip. Das klassische Schwurgericht besteht aus zwei Spruchkörpern, der Richterbank und der Geschworenenbank (auch „Jury“ genannt). Die Richterbank wird aus Berufsrichtern und die Geschworenenbank aus Laien gebildet. Die Letzteren überwiegen in der Verhandlung zahlenmäßig erheblich. Dieses System kennzeichnet die Funktionstrennung von Schuld- und Straffragen. Der Berufsrichter ist verpflichtet, die Verhandlungen zu führen und das Urteil zu verkünden, bis die Jury über die Tatfragen entscheidet.

Wegen der begrifflichen Eindeutigkeit müssen wir hier erwähnen, dass das Schwurgericht im geltenden deutschen Recht etwas anderes bedeutet. Es bezeichnet die Große Strafkammer mit besonderer Zuständigkeit für die erstinstanzliche Aburteilung besonders schwerer Delikte (z.B. Delikte aus Todesfolge). Das Schwurgericht setzt sich aus drei Berufsrichtern und zwei Schöffen zusammen, damit ist es eigentlich ein Schöffengericht.⁷ *„Dieser historische bedingte Begriff geht auf die Anfänge der StPO zurück, in der die Aufgaben zwischen Berufs- und Laienrichtern (quasi Geschworene) verteilt waren und die „Geschworenenbank“ über die Schuldfrage allein zu entscheiden hatte.“*⁸

Im Gegensatz zum Geschworenengericht kennt das Schöffengerichtsprinzip keine Aufgabenteilung. Sie ergibt sich aus der Kooperation von Berufs- und Laienrichtern, die gemeinsam über die Schuld- und Straffrage entscheiden.

I. 3. Der rechtsgeschichtliche Aspekt der Laienbeteiligung

Die Wurzeln des gegenwärtigen Systems der Laienbeteiligung liegen noch weiter zurück, als die von den im 19. Jahrhundert entstandenen Gesetzen. Man muss mindestens bis in das 11. Jahrhundert zurückgreifen, um ein vollständigeres Bild zu bekommen.

Der Ausgangspunkt der modernen Laiengerichtbarkeit

Mit der Rezeption des römisch-kanonischen Rechts entstand eine Trennung zwischen gelehrten und nichtgelehrten Richtern. Die ungelehrten Schöffen hatten ihr Urteil auf ihrer sozialen Autorität gegründet (die sog. Honoratiorenrechtsprechung). Die gelehrten Juristen andererseits konnten *„wissenschaftlich überprüfbare und auf gesicherter Rechtsgrundlage in einem*

⁷ § 74 Abs. 2 GVG; § 76 Abs. 2 S. 1 GVG

⁸ Fachlexikon Recht, 2. Auflage, Alpmann Brochhaus, Münster/Mannheim, 2005. S. 1176.

geordneten Verfahren gewonnene Urteile anbieten.“⁹ Somit konnten die bisher dominanteren Schöffen aus der Rechtsprechung von den Juristen verdrängt werden. Das 1435 in Frankfurt am Main etablierte Reichskammergericht bestand zur Hälfte aus Adligen und Juristen. „Bald folgten die deutschen Landesherren diesem Beispiel und begannen ihre Gerichte nach dem Vorbild des Reichskammergerichts zu organisieren.“¹⁰

Die Constitutio Criminalis Carolina von 1532 hatte den Inquisitionsprozess eingeführt, aber auch die Traditionen der deutschen Volksgerichtsbarkeit berücksichtigt. So wurde das Urteil zum Beispiel von dem verbeamteten, aber nicht notwendig rechtsgelehrten Richter gemeinsam mit den Schöffen als „Urteilsfindern“ gefällt.

Das Misstrauen gegenüber dem Inquisitionsprozess und die Aufklärungszeit

Die Grundlage des Inquisitionsprozesses bildete das schriftliche und geheime Verfahren mit gesetzlichen Beweisregeln. Dies wurde durch einen rechtsgelehrten Inquisitionsrichter durchgeführt, der als Staatsbeamter auch die Anklage-, Verteidiger- und Beurteilungstätigkeit in einer Person ausübte. Er „repräsentierte im Rahmen des Strafprozesses den Geist der absoluten Staatsgewalt.“¹¹ Die Laienbeteiligung verschwand in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert, obwohl „Prozessbeobachter“ ohne Stimmrecht nach der partikularen Gerichtsverfassung weiterhin existierten.¹² Mit dem Ausschluss der Öffentlichkeit wurde das Vertrauen des Volkes in die Justiz und die Beamtenherrschaft im 18. Jahrhundert erschüttert, da das Volk die aktive Teilnahme auch an der Rechtsprechung beanspruchte.

Die Französische Revolution von 1789 hat zusammen mit dem mündlichen und öffentlichen Anklageprozess sowie der freien Beweiswürdigung das Geschworenengericht gegenüber dem Absolutismus eingeführt. Das Jurymodell wurde nach dem englischen Vorbild aufgrund der Gedanken von Montesquieu, Rousseau und Voltaire errichtet. Später konnte aber der jeweiligen Machthaber das Schwurgericht als „gefügiges Werkzeug“ zu seinem aktuellen Zweck verwenden. Dies zeigt sich eklatant daran, dass das Jurysystem auch während der „Herrschaft des Schreckens“ und während Napoleon weiterhin existiert hat.¹³

⁹ Sellert 2005. S. 2.

¹⁰ ebd.

¹¹ Schmidt, Eberhard: Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Auflage, Göttingen, 1965. (Jurisprudenz in Einzeldarstellungen Band 1.) § 185.

¹² Vgl. Linkenheil 2003. S. 35–36.

¹³ Vgl. Linkenheil 2003. S. 44–49.

Kampf um die Schwurgerichte in Deutschland im 19. Jahrhundert

Das 19. Jahrhundert war in Deutschland das Zeitalter des Liberalismus und der bürgerlichen Emanzipationsbewegung. Ein wichtiges Ziel der Liberalen war „die Beteiligung von Laien an der Strafjustiz durch Installierung von Geschworenengerichten“¹⁴ einzuführen, als sog. „Palladium der Freiheit“¹⁵ gegen den Inquisitionsprozess. Die Gedanken von Carl Joseph Anton Mittermaier bezeichnen die Argumente der für die Schwurgerichte Kämpfenden: Das Inquisitionsverfahren hatte das Vertrauen des Volkes in die Justiz untergraben. Wo aber das Vertrauen fehlt, ist auch die Kriminaljustiz unwirksam. Um dieses Vertrauen im Volk wiederherstellen zu können, wird es von Geschworenen – als wahre Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft – erwartet, gerechte und unparteiische Urteile zu finden.¹⁶ Die vormärzlichen Liberalen betrachteten die Laienbeteiligung als „Garantie der Öffentlichkeit des Strafverfahrens.“¹⁷

Infolge der Napoleonischen Kriege wurde das linksrheinische Gebiet von Frankreich annektiert; die französischen Gesetze und das französische Verwaltungssystem wurde dort eingeführt, die Regelungen der Schwurgerichtsbarkheit einschließend.¹⁸ Infolgedessen wirkte dieses Gebiet später als „Katalysator der Reform,“¹⁹ weil die Preußen, die von Napoleon eingerichteten Schwurgerichte nach der Völkerschlacht bei Leipzig von 1814 bestehen ließen.²⁰

Die Frankfurter Nationalversammlung hat das Schwurgericht „als ein konstituierendes Element des reformierten Strafprozesses“²¹ in die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849 aufgenommen. Obwohl die Paulskirchenverfassung von den meisten deutschen Partikularstaaten nicht anerkannt wurde, hatten später mehrere deutsche Staaten das Schwurgericht in ihre Rechtsordnung durch die Landesverfassungen aufgenommen. So hatte auch die oktroyierte preußische Verfassung vom 5. Dezember 1848 das Geschworenengericht für alle politische Verbrechen und Pressevergehen sowie für die mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen eingeführt. Auch Württemberg hatte seine Strafprozessordnung mit dem „Verfahren in Strafsache, welche vor die Schwurgerichte gehören“ ergänzt; zudem hatte Baden ein Gesetz über die Schwurgerichte verfasst. Bayern hatte mit Bezugnahme auf die linksrheinischen Regelungen sein Strafverfahren reformiert

¹⁴ ebd. S. 71.

¹⁵ ebd.

¹⁶ Vgl. ebd. S. 76–77.

¹⁷ ebd. S. 72.

¹⁸ Mit dem Inkrafttreten des *Code d'instruction criminelle* im 1808.

¹⁹ ebd. S. 111.

²⁰ Vgl. Sellert 2005. S. 3.

²¹ Linkenheil 2003. S. 90.

sowie den Anklageprozess, das öffentlich-mündliche Verfahren und das Geschworenengericht eingeführt.²²

Kampf um die Schwurgerichte

Die Nachteile der auf dem rheinisch-französischen Jurymodell basierenden Schwurgerichtsbarkeit zeigten sich nach der Einführung: Die Einflussmöglichkeit der Regierung auf die Besetzung der Geschworenenbank, die Einflussmöglichkeit des Vorsitzenden durch die Fragestellung an die Jury oder die in der Praxis schwierig durchführbare Trennung von Tat- und Rechtsfrage.²³ Infolgedessen gab es immer mehr Befürworter einer alternativen Form der Laienbeteiligung in der Gesetzgebung: Die Schöffengerichte als Ersatz der Schwurgerichte.

Die Vorteile des Schöffengerichts betonte auch der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf von 1873: einerseits kostensparende erstinstanzliche Urteilsfindung und andererseits besseres Entsprechen der deutschen Tradition und dem Nationalbewusstsein.²⁴ Nach der alten Volksgerichtsbarkeit ist das erste Schöffengericht im Jahre 1818, noch unter dem Inquisitionssystem, im Württemberg eingeführt worden, obwohl dieses alte deutsche Rechtsinstitut in der Handelsgerichtsbarkeit nie weggefallen ist.²⁵ Schöffengerichte wurden auch nach 1848 in einigen Partikularstaaten eingerichtet.²⁶

Das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877

In der die Reformgesetze vorbereitenden Reichsjustizkommission überwogen die Schöffengerichtsfreunde zahlenmäßig, sodass auch das im Jahre 1848 erkämpfte Schwurgericht in das Gerichtsverfassungsgesetz übernommen wurde „um den Preis einer ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammer für die große Menge der schweren Alltagsstrafen.“²⁷ Aber das Gesetz konnte so keiner einheitlichen Konzeption folgen.²⁸

Das erste reichseinheitliche Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung wurden vom Reichstag 1877 verkündet und sind beide am 1. Oktober 1879 in Kraft getreten; diese gelten auch heute noch mit zum Teil erheblichen Änderungen.²⁹ Die neue Strafgerichtsbarkeit wurde vierstufig aufgebaut. „Nach der Regelung [...] entschieden in Strafsachen [...] in erster

²² Vgl. Linkenheil 2003. S. 91.

²³ Vgl. Sellert 2005. S. 9.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. ebd. S. 2-3.

²⁶ Vgl. Linkenheil 2003. S. 95.

²⁷ ebd. S. 99.

²⁸ Vgl. Sellert 2005. S. 8.

²⁹ Vgl. Linkenheil 2003. S. 100.

*Instanz auf der Ebene des Amtsgerichts die Schöffengerichte und nur ausnahmsweise der Amtsrichter als Einzelrichter, auf der Ebene des Landgerichts die Strafkammern und Schwurgerichte sowie schließlich das Reichsgericht.*³⁰

Die Schöffengerichte setzten sich aus einem Amtsrichter und zwei Schöffen, die das gleiche Stimmrecht wie der Amtsrichter hatten, zusammen. Zu der Bejahung der Schuldfrage war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Außerhalb der Hauptverhandlung erließ der Amtsrichter die Entscheidungen allein. In der Hauptverhandlung besaßen die Schöffen ein Fragerecht gegenüber Zeugen und Sachverständigen. Den Vorsitzenden konnten sie zu Fragen an den Angeklagten anregen. Die Urteilsfassung oblag dem Amtsrichter; das Urteil wurde auch nicht von den Schöffen unterschrieben.

Das Schwurgericht war für „*Verbrechen, welche nicht zur Zuständigkeit der Strafkammern oder des Reichsgerichts gehören*“³¹ zuständig. Das Schwurgericht bestand aus drei Berufsrichtern und zwölf Geschworenen. Es tagte periodisch. Die Geschworenen hatten über die Schuldfrage und das Vorliegen mildernder Umstände zu entscheiden, die Berufsrichter waren für die Prozessual- und die Straffragen zuständig.

Berufungen gegen die Urteile der „Laiengerichte“ wurden ausschließlich durch Gerichte, welche sich aus Berufsrichtern zusammensetzten, entschieden. War das Schöffengericht das erstinstanzliche Gericht, so waren die sogenannten Strafkammern die zweite Instanz und als Revisionsinstanz war das Oberlandesgericht zuständig gewesen. War hingegen das Schwurgericht als erste Instanz vorgesehen, so war ausschließlich die Berufung zum Reichsgericht möglich.

Die Schöffen und die Geschworenen waren ehrenamtlich tätig. Für die Besetzung des Amtes stellte der Gesetzgeber keinen Vermögens- oder Bildungszensus auf, aber die ehrenamtlichen Richter mussten bestimmten Voraussetzungen entsprechen (30 Jahre alte männliche deutsche Staatsangehörige, keine Unfähigkeits- oder Untauglichkeitsgründe, usw.). Bis 1913 bekamen die ehrenamtlichen Richter weder eine Entschädigung für Verdienstausfälle noch einen Kostenersatz, jedoch konnten sie das Schöffenamts aus finanziellen Gründen ablehnen.

Die Emmingerische Reform

Nach dem Ersten Weltkrieg fand 1923 eine Hochinflation in Deutschland statt, weswegen das zweite Ermächtigungsgesetz in Kraft trat. Hierdurch wurde die Reichsregierung ermächtigt in einer Notsituation erforderliche und

³⁰ Linkenheil 2003. S. 100.

³¹ § 80 GVG von 1877.

dringende Maßnahmen zu beschließen. Erich Emminger, der ehemalige Reichsjustizminister hatte 1924 eine Verordnung über die Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege erlassen (sog. Lex Emminger), wodurch das klassische Schwurgericht aus dem deutschen Rechtssystem wegen der „Justizkostendämpfung“ beseitigt wurde.³² Statt der früheren Schwurgerichten hatte der Gesetzgeber ein quasi großes Schöffengericht unter dem Namen des Schwurgerichts errichtet. Die sechs Schöffen als „Geschworene“ (die Benennung bis 1972 ist so geblieben) und die drei Berufsrichter hatten gemeinschaftlich über die Schuld- und Straffrage zu entscheiden. Das Auswahlverfahren der Geschworenen bezog sich auf die für die Schöffen geltenden Regelungen.

Mit der Verordnung wurden auch die Strafkammern am Landgericht reformiert. Die bisher ausschließlich aus Berufsrichtern bestehende kleine Strafkammer hatte nun die Berufungen gegen die erstinstanzlichen Schöffengerichtsurteile grundsätzlich mit einem Berufsrichter und zwei Schöffen zu erledigen. Obwohl die Schwurgerichte als klassisches Schwurgericht mit der Emmingerischen Reform aufgehoben wurden, wurde die Laienbeteiligung in der Strafjustiz trotzdem verstärkt.

Die Zeit der Nationalsozialismus

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde eine Verordnung über die Neuwahl der Schöffen erlassen, nach der *„für diese Ämter in Zukunft nur diejenigen in Betracht kamen, die das Vertrauen des „Führers“ besaßen.“*³³ 1934 wurde der Volksgerichtshof errichtet, der *„nunmehr – insoweit anstelle des Reichsgerichts – erst- und letztinstanzlich zur Aburteilung politischer Hochkriminalität zuständig war“* und dessen *„drei Senate [...] waren – in der Hauptverhandlung – jeweils besetzt mit drei Berufsrichtern und drei ehrenamtlichen Richtern, die das neue Ideal des unmittelbar durch das „Vertrauen des Führers“ legitimierten Volksrichters darstellten.“*³⁴ Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde die Laienbeteiligung mit wenigen Ausnahmen aufgehoben.³⁵

Nach 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das deutsche Gerichtswesen entsprechend der vor 1933 geltenden Gerichtsverfassung umgestaltet. Die von den Alliierten gebildeten deutschen Länder wurden im Jahre 1946 ermächtigt, *„Laien als Schöffen und Geschworene wieder an der Strafrechtspflege zu*

³² Linkenheil 2003, S. 115.

³³ Sellert 2005, S. 10.

³⁴ Linkenheil 2003, S. 121.

³⁵ Vgl. ebd. S. 122.

beteiligen.“³⁶ Von 1948 bis 1950 wurde das „echte“ Schwurgericht (drei Berufsrichter, zwölf Geschworene) für eine kurze Zeit in Bayern wieder eingeführt. Die anderen Länder hingegen hatten sich an dem Schöffensystem von 1924 orientiert. Im Jahre 1950 wurde die Rechtseinheit in diesem Bereich wiederhergestellt, womit der Gesetzgeber auf das Lex Emminger zurückgriff. In der Zeit wurde auch die Teilnahme der Frauen an der Laiengerichtsbarkeit ermöglicht und der Auswahlmodus der Schöffen verändert, um so bei der Auswahl eine Trennung von der Politik zu garantieren. Im Jahre 1972 wurde der Begriff „Geschworene“ durch die Bezeichnung „Schöffe“ ersetzt. 1974 wurde das Strafverfahrensrecht reformiert, was die heutige Gestaltung der Strafgerichtsverfassung schaffte. Die Änderungen hatten auch das Schwurgericht berührt: Das 6:3 Verhältnis zwischen den Schöffen und Berufsrichtern wurde zu einem 2:3 Verhältnis verändert, zudem wurde nunmehr nicht mehr periodisch sondern ständig getagt. Die besonderen, das Schwurgericht betreffenden Regelungen wurden in dem GVG aufgehoben, wodurch das Schwurgericht lediglich zu einer Bezeichnung wurde, ohne sich vom Schöffengericht zu unterscheiden. Das Reformgesetz hatte zudem die Amtsperiode der Schöffen erhöht, die bisherige Altersgrenze verändert und die angemessene Berücksichtigung der Bevölkerungsgruppen (nach Geschlecht, Alter, Beruf, sozialer Stellung) bei der Erstellung der Vorschlaglisten eingeführt.

Schöffengerichtsbarkeit in der DDR

In der DDR war die Laienbeteiligung ein wesentliches ideologisches Element der Staatspolitik, was auch der Durchsetzung einer einheitlichen sozialistischen Staatspolitik diene.³⁷ Die Verfassung der DDR hatte festgelegt, dass „an der Rechtsprechung [...] Laien im wesentlichen Umfang zu beteiligen“ seien.³⁸ Die Schöffen besaßen unter der Ägide der Berufsrichter im gesamten Verfahren weitreichende Rechte. Dazu gehörten das Akteneinsichtsrecht auch im Vorbereitungsabschnitt, das Recht zur Mitentscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens, das direkte Fragerecht und das gleiche Stimmrecht. Die Schöffen mussten das Urteil unterschreiben und besaßen auch außerhalb der Hauptverhandlung Rechte und Pflichten eines Berufsrichters. Die erforderlichen Grundkenntnisse für die Laienrechtsprechung, wie z.B. Wissen über prozessuale Rechte, bekamen sie auf staatlich organisierten Schulungen vermittelt. Das Schöffenamts „erfreute sich [...] in der DDR sehr großer Beliebtheit, zumal dort ein unbürokratisches Entschädigungssystem zur Verfügung stand,“ allerdings spielte die politische und ideologische Bindung der Schöffen bei der Auswahl eine sehr große Rolle.³⁹

³⁶ Linkenheil 2003. S. 124.

³⁷ Vgl. Linkenheil 2003. S. 128; Sellert 2005. S. 11.

³⁸ Art. 130 Abs. 1 DDR-Verfassung

³⁹ Linkenheil 2003. S. 129.

II. Die gegenwärtigen Regelungen der Laienbeteiligung an der Strafjustiz

Wie man sehen konnte, wurzeln die gegenwärtigen Regelungen der Laienbeteiligung in den Gesetzen von 1877. Um sie objektiver bewerten zu können, muss man bei der Untersuchung die heutigen Normen in Betracht ziehen.

II. 1. Die ehrenamtlichen Richter betreffenden Vorschriften

Die Rechtsquellen

Bei der Untersuchung der Laienbeteiligung an der Strafjustiz muss man das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), das Deutsche Richtergesetz (DRiG) und die Strafprozessordnung (StPO) als Rechtsquellen berücksichtigen.

Das GVG regelt unter anderem die Zuständigkeit und den Aufbau des Schöffengerichts, die Unfähigkeit und Inkompatibilität der Schöffen, das Ablehnungsrecht für das Schöffenamtsamt, den Wahlmodus der Schöffen oder die Schöffentypen. Das Gesetz wurde 1877 verfasst und 1975 reformiert.

Das DRiG regelt die Rechtsstellung der Richter im Bundes- und Landesdienst, dessen Rahmenvorschriften die einzelnen Landesgesetze noch konkretisieren können. Das GVG normiert z.B. die Befähigung zum Richteramt, das Richterverhältnis und die dienstlichen Angelegenheiten. Unter die Vorschriften, welche für die ehrenamtlichen Richter gelten, fallen hier die Beststellungs-, die Abberufungs-, die Unabhängigkeits- und weitere besondere Pflichtregelungen. Das Gesetz wurde im Jahre 1966 verabschiedet und 1972 neu gefasst.

Das StPO regelt das formelle Strafrecht, die Vorschriften für das Strafverfahren. Daher gelten die meisten Vorschriften auch für die Schöffen als Gerichtspersonen. Die ursprüngliche Fassung des Gesetzes stammt von 1877, es wurde 1987 erneuert.

Zuständigkeit, Besetzung und Beschlussfassung der Laiengerichte

Die Laien sind auf der Ebene des Amts- und Landgerichts an der Strafjustiz beteiligt, am Oberlandesgericht und am Bundesgerichtshof richten ausschließlich nur Berufsrichter.

Amtsgericht

An den Amtsgerichten werden Schöffengerichte gebildet, zudem ist der Strafrichter auch allein entscheidungsbefugt.⁴⁰ In Strafsachen ist das Amtsgericht zuständig, wenn die Zuständigkeit eines höheren Gerichts nicht begründet ist. „Das Amtsgericht darf nicht auf eine höhere Strafe als vier Jahre Freiheitsstrafe und nicht auf die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus, allein oder neben einer Strafe oder in der Sicherungsverwahrung erkennen.“⁴¹ Das Schöffengericht ist mit einem Berufsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen besetzt. Für die absolute Mehrheit und auch für die Zweidrittelmehrheit sind zwei Stimmen erforderlich.⁴² Dies hat zur Folge, dass die übereinstimmenden Schöffen ihre Meinung auch gegen die abweichende Auffassung des Berufsrichters durchsetzen können; hierdurch wird ihre Unabhängigkeit gesichert.

Das erweiterte Schöffengericht wird dann errichtet, wenn die Staatsanwaltschaft die Zuziehung eines zweiten Berufsrichters aufgrund des Umfangs der Strafsache beantragt.⁴³ Die absolute und Zweidrittelmehrheit wird nun mit drei Stimmen erreicht. Die Schöffen können jedoch als Sperrminorität fungieren, wenn eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Ansonsten kann der Vorsitzende mit Stichentscheid aburteilen.⁴⁴

Landgericht

Am Landgericht in erster Instanz entscheiden die Große Strafkammer und das Schwurgericht. In der zweiten Instanz urteilt („in Verfahren über Berufungen gegen ein Urteil des Strafrichters oder des Schöffengerichts“⁴⁵) die Kleine Strafkammer.

Die Große Strafkammer ist mit drei Berufsrichtern und zwei Schöffen besetzt, aber „bei der Eröffnung des Hauptverfahrens beschließt die Große Strafkammer, dass sie in der Hauptverhandlung mit zwei Richtern einschließlich des Vorsitzenden und zwei Schöffen besetzt ist, wenn nicht die Strafkammer als Schwurgericht zuständig ist oder nach dem Umfang oder der Schwierigkeit der Sache die Mitwirkung eines dritten Richters notwendig erscheint.“⁴⁶ Die Große Strafkammer ist für alle Verbrechen zuständig, die nicht zur Zuständigkeit des Amtsgerichts oder des Oberlandesgerichts gehören. Die Zuständigkeit des

⁴⁰ § 28 GVG

⁴¹ § 24 Abs. 2 GVG

⁴² § 196 Abs. 1 GVG; Das Gericht entscheidet nach § 196 Abs. 1 GVG grds. mit absoluter Mehrheit, „soweit das Gesetz nicht anderes bestimmt“. Gemäß § 263 Abs. 1 StPO gilt, dass „zu jeder dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung über die Schuldfrage und die Rechtsfolgen der Tat [...] eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erforderlich“ ist.

⁴³ § 29 Abs. 2 GVG

⁴⁴ § 196 Abs. 4 GVG

⁴⁵ § 76 Abs. 1 GVG

⁴⁶ § 76 Abs. 2 GVG

Schwurgerichts begründet der Katalog aus § 74 Abs. 2 GVG (Tötungsdelikte und Delikte mit Todesfolge). Zur absoluten Mehrheit genügen bei der vollen Strafkammer und dem Schwurgericht drei, zur Zweidrittelmehrheit vier Stimmen.⁴⁷ „Die Berufsrichter können daher eine dem Angeklagten nachteilige Entscheidung über die Schuld- und Rechtsfolgenfrage nicht gegen das geschlossene Votum der Schöffen treffen. Auch in dieser Besetzung haben die Laienrichter folglich eine Sperrminorität zugunsten des Angeklagten. Andererseits können die beiden Laienrichter nicht verhindern, dass der Angeklagte durch die drei Berufsrichter freigesprochen wird.“⁴⁸ In der „reduzierten“ Großen Strafkammer sind dieselbe Stimmenzahl erforderlich als im erweiterten Schöffengericht.

Die Kleine Strafkammer besteht aus einem Berufsrichter und zwei Schöffen, wenn es um die Berufung gegen Urteile des Strafrichters oder des Schöffengerichts verhandelt.⁴⁹ Wenn über die Berufung gegen ein Urteil des erweiterten Schöffengerichts entschieden wird, wird die Kleine Strafkammer mit zwei Berufsrichtern und zwei Schöffen besetzt.⁵⁰ Auf die kleine Kammer gilt das zum einfachen Schöffengericht Gesagte Stimmenverhältnis.

Die Subjekte der Regelung (Wahl der Schöffen, die Befähigung zum Schöffenamte)

Das Wahlsystem

Das Wahlsystem der Schöffen basiert auf Vorschlagslisten. Man kann daher das Wahlverfahren in zwei Phasen teilen. In der ersten Phase werden die Vorschlagslisten zusammengestellt. Die Gemeinden stellen in jedem fünften Jahr eine Vorschlagsliste für die Schöffen des Amts- und Landgerichts auf. Auf die Liste müssen mindestens doppelt so viele Personen aufgenommen werden, wie Schöffen tatsächlich benötigt werden, damit eine echte Auswahl gewährleistet ist. Die Schöffensliste soll alle Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen; die Zufallsauswahl und Repräsentativität des Wahlprozesses muss erfüllt und gesichert werden. Zur Aufnahme eines Bewerbers in die Liste bedarf es der Zustimmung durch eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden, aber mindestens einer einfachen Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter.⁵¹

In der zweiten Phase des Verfahrens findet das Auswahlverfahren durch den Schöffenauswahlausschuss, der zu jedem fünften Jahr am Amtsgericht

⁴⁷ § 176 Abs. 1 GVG; § 263 Abs. 1. StPO

⁴⁸ Linkenheil 2003. S. 134.

⁴⁹ § 76 Abs. 1 GVG

⁵⁰ § 76 Abs. 3 GVG

⁵¹ § 36 Abs 1-4 GVG

zusammentritt, statt. „Der Ausschuss besteht aus dem Richter beim Amtsgericht als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Verwaltungsbeamten sowie sieben Vertrauenspersonen als Beisitzern.“⁵² Der Ausschuss wählt mit einer Zweidrittelmehrheit der Stimmen die erforderliche Zahl von Haupt- und Hilfsschöffen für die Schöffengerichte und Strafkammern für die nächsten fünf Geschäftsjahre. Alle Gruppen der Bevölkerung werden dabei angemessen berücksichtigt.⁵³ Die gewählten Haupt- und Hilfsschöffen werden bei jedem Amtsgericht in die Schöffendenlisten aufgenommen.⁵⁴ „Die Reihenfolge der Teilnahme der Schöffen an den einzelnen, im Voraus festgelegten ordentlichen Sitzungstagen des Jahres wird schließlich durch Auslosung bestimmt.“⁵⁵

Befähigung

Die Schöffen müssen verschiedenen persönlichen Voraussetzungen erfüllen. Ein Schöffe kann nur ein deutscher Staatsbürger sein. Weitere Unfähigkeitsgründe sind die richterliche Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder wenn deren schwebende Möglichkeit wegen eines Ermittlungsverfahrens vorliegt. Ein Unfähigkeitsgrund ist auch die Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten wegen einer vorsätzlichen Tat. Der Schöffe eignet sich für das dem Amt, wenn er zwischen 25–70 Jahren alt ist, seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat, in der die Vorschlagsliste aufgestellt wird, sowie keine ausschließenden gesundheitlichen Gründe vorliegen. Die Schöffen dürfen zudem nicht in dem von §§ 31–34 GVG vorgegebenen Umfang an der Staatsgewalt beteiligt sein.

Ablehnungsrecht

Die Schöffen können das Schöffenamts ablehnen, aber nur in den im Gesetz streng festgelegten Fällen. Das Ablehnungsrecht ist nur innerhalb einer Woche, nachdem der beteiligte Schöffe von seiner Einberufung in Kenntnis gesetzt worden ist, ausübbar.⁵⁶

Die Schöffentypen

Zu unterscheiden sind Haupt-, Hilfs- und Ergänzungsschöffen. Die Hauptschöffen werden aus der Schöffendenliste ausgewählt. Sie müssen sich in einem Geschäftsjahr grundsätzlich an zwölf vorgegebenen Verhandlungen

⁵² § 40 Abs. 2 GVG

⁵³ § 42 GVG

⁵⁴ § 44 GVG

⁵⁵ Linkenheil 2003. S. 140; § 45 GVG

⁵⁶ §§ 35; 53 GVG

beteiligen. Wenn ein Hauptschöffe an einer Gerichtssitzung nicht teilnehmen kann, wird ein Hilfsschöffe an seiner Stelle aus der Hilfsschöffenliste einberufen; dieser hat dann die gleichen Rechte wie ein Hauptschöffe.⁵⁷ Ergänzungsschöffen können bei umfangreichen Prozessen aus der Hilfsschöffenliste zugewiesen werden, um bei einem Ausfall eines Hauptschöffen einen Ergänzungsschöffen hinzuziehen zu können.⁵⁸ Um diese Funktion ausüben zu können, muss der Ergänzungsschöffe während des ganzen Prozesses als „Zuschauer“ der Verhandlung beiwohnen.

Die Rechte und Pflichten der Schöffen

Die Schöffen üben das Richteramt während der Hauptverhandlung „in vollem Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie die Richter [...] aus und nehmen auch an den im Laufe einer Hauptverhandlung zu erlassenden Entscheidungen teil.“⁵⁹ Sonach kann man feststellen, dass die Schöffen während der Hauptverhandlung neben den Berufsrichtern gleichberechtigte Richter sind. „Die Schuld- und Straffrage beantworten sie kollegialisch, ihre Stimmen haben das gleiche Gewicht, und das Richteramt üben sie in gleicher Verantwortung aus.“⁶⁰ Die Schöffen haben ein direktes Fragerecht (wie ein beisitzender Berufsrichter) an den Angeklagten, den Zeugen und den Sachverständigen. Der Vorsitzende hat allerdings das Recht die ungeeigneten oder nicht zu der Sache gehörenden Fragen der Schöffen zurückzuweisen.⁶¹ Wegen der Ausübung des Schöffenamtes dürfen die Schöffen nicht beschränkt oder benachteiligt werden. Sie können auch eine angemessene Entschädigung erhalten.⁶²

Die Schöffen sind verpflichtet „über den Hergang bei der Beratung und Abstimmung auch nach Beendigung seines Dienstverhältnisses zu schweigen“ (Beratungsgeheimnis). Sie werden durch den Vorsitzenden vor ihrem ersten Dienstantritt vereidigt.⁶³ Ein Schöffe muss seine Stimme über eine Frage abgeben, auch „wenn er bei der Abstimmung über eine vorhergegangene Frage in der Minderheit geblieben ist.“⁶⁴

Wenn ein Schöffe sich seine Obliegenheit ohne genügende Entschuldigungsgründe entzieht, wird gegen ihn ein Ordnungsgeld vom Vorsitzenden auferlegt. Zusätzlich muss er die verursachten Kosten erstatten.⁶⁵

⁵⁷ § 42 Abs. 1 Nr. 2 GVG

⁵⁸ § 192 Abs. 2 und 3 GVG

⁵⁹ § 30 Abs. 1 GVG

⁶⁰ Linkenheil 2003, S. 141.

⁶¹ § 240 Abs. 2 S. 1 i. V. m. § 240 Abs. 1 StPO; § 241 Abs. 2 StPO

⁶² § 45 Abs. 1a DRiG; § 55 GVG

⁶³ § 45 Abs. 1 DRiG i. V. m. § 43 DRiG; § 45 Abs. 2 DRiG

⁶⁴ § 195 GVG

⁶⁵ § 56 GVG

II. 2. Die Problematik der gegenwärtigen Regelungen

Nach § 30 Abs. 1 GVG üben die Schöffen das Richteramt während der Hauptverhandlung im vollen Umfang und mit gleichem Stimmrecht wie der Richter beim Amtsgericht aus. Sie nehmen auch an den erlassenden Entscheidungen teil, die in keiner Beziehung zu der Urteilsfällung stehen und ohne mündliche Verhandlung erlassen werden können.

Die Rechte der Schöffen sind also auf die Hauptverhandlung beschränkt. Die Abgrenzung zwischen während und außerhalb der Verhandlung liegt in der Hand des gesetzlichen Richters. Die Hauptverhandlung beginnt mit dem Aufruf der Sache durch den Vorsitzenden und wird mit der Urteilsverkündung beendet.⁶⁶ Es bedeutet zugleich, dass die Laienrichter im Ermittlungsverfahren, im Eröffnungsverfahren und in der Vorbereitung der Hauptverhandlung keine Rolle spielen.

Entscheidungen über die Untersuchungshaft

Die wichtigste Abgrenzungsproblematik ergibt sich aus der Mitwirkung von Schöffen an Haftentscheidungen in der Hauptverhandlung und während der Unterbrechungsphasen. Grundsätzlich sind die Schöffen nur an den Entscheidungen beteiligt, die zusammen mit dem Urteil zu treffen sind. In dieser Frage gibt es keine einheitliche Praxis. In den Ländern findet man unterschiedliche Lösungen.

Das Landgericht Hamburg versagte zum Beispiel in einer Entscheidung vom Jahre 1972 den Schöffen dieses Recht im Hinblick auf die Rechtsprechung des BGH, die das Recht auf die Akteneinsicht den Berufsrichtern vorbehält. Der BGH entschied im Jahre 1997 aufgrund einer verfassungskonformen Auslegung des § 122 GVG dagegen. Während der gesamten Zeit der Hauptverhandlung kann nur ein Spruchkörper über die Untersuchungshaft entscheiden, und dieser Spruchkörper ist das für die Hauptverhandlung vorgesehene Richtergremium.

Ein anderes ähnliches Problem ergibt sich dann, wenn ein Verfahrenshindernis nach der Hauptverfahrenseröffnung auftritt. Fraglich ist in diesem Fall, ob der Einstellungsbeschluss während der Unterbrechung ohne Schöffenbeteiligung ergehen soll oder die Hauptverhandlung fortgesetzt und in deren Rahmen ein Einstellungsurteil unter Einschluss der Schöffen gefällt werden muss. Es wäre jedenfalls unzulässig, die Hauptverhandlung nur deswegen zu unterbrechen, um die Entscheidung ohne die Schöffen zu treffen.

⁶⁶ § 243 Abs. 1 S.1 und § 260 Abs. 1 StPO

Fraglich ist, ob die Gleichheit im Amt oder die Gleichheit in der Entscheidungsverantwortung zugleich die Gleichheit im Entscheidungswissen bedeutet.⁶⁷ In der Literatur gewinnt das umfassende Akteneinsichtsrecht der Laienrichter immer mehr Befürworter, während die Rechtsprechung die Gegenmeinung vertritt, wonach der Schöffe zu seiner Überzeugung ausschließlich aus dem in der Hauptverhandlung Vorgetragenen gelangen muss.

Es muss jedenfalls festgestellt werden, dass eine Vorschrift, die den Schöffen die Akteneinsicht versagt, weder in der Strafprozessordnung noch im Gerichtsverfassungsgesetz zu finden ist. Vielmehr können in dieser Frage die Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren helfen. In denen wurde abgefasst, dass die Anklageschriften den Schöffen nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Jedenfalls entstände damit die Gefahr, dass sie durch den Inhalt der Akten so beeinflusst werden, dass sie nicht mehr aufgrund der aktuellen Verhandlungsergebnisse urteilen, sondern viel mehr aufgrund des aus den Akten verschafften Bildes.⁶⁸

Der Grundsatzentscheidung stammt vom Reichsgericht aus dem Jahre 1935. Es traut den Schöffen die erforderliche Kritikfähigkeit nicht zu. Wenn ihnen die Sachverhaltsdarstellungen der Staatsanwaltschaft überlassen werden, muss mit der Folge gerechnet werden, dass die Schöffen ihre eigene Ansicht nach der staatsanwaltlichen Darstellung bilden. Die späteren Entscheidungen des BGH haben die Reichsgerichtsentscheidung bestätigt.

Ein Wandel in der Rechtsprechung scheint sich aufgrund der neueren Entscheidungen zu vollziehen. Allerdings hat der BGHSt in zwei neueren Entscheidungen die Partizipation der Schöffen an den Akten nicht für unzulässig und gesetzwidrig erklärt. Das Verbot der Akteneinsicht widerspricht der gebotenen Gleichstellung. Darüber hinaus besteht eine Gefahr darin, dass die Schöffen in den komplizierten Fällen zu Statisten des Verfahrens werden.⁶⁹ Im Vergleich dazu stellt die Gefahr der Einflussnahme des Akteninhalts auf die Urteilsfindung nicht so gewichtiges Problem dar.

Die Beteiligung der Schöffen an der Hauptverhandlung

Das Fragerecht der Schöffen

Fragen von Schöffen sind in der Praxis selten, obwohl sie wie der Berufsrichter, ein direktes Fragerecht besitzen. Für Deutschland ist eine demokratische, ergebnisoffene Diskussionskultur nicht typisch. Schöffen aus

⁶⁷ Vgl. Linkenheil 2003, S. 146.

⁶⁸ Vgl. Vultejus, Ulrich: Schöffen in Hauptverhandlung und Beratung – Ihr Einfluß in Theorie und Praxis In: Lieber, Hasso-Sens, Ursula (Hrsg.): Ehrenamtliche Richter – Demokratie oder Dekoration am Richtertisch? Kommunal- und Schulverlag, Wiesbaden, 1999, S. 61–64; S. 64.

⁶⁹ Vgl. Linkenheil 2003, S. 152.

dem Bereich der Politik sind nicht gewöhnt, ihre eigene Meinungen offen auszusprechen, da in der Politik der Parteivorsitzende die „richtige“ Richtung des Denkens bestimmt. Deshalb können sich diese Schöffen nur schwer an die offenere Struktur der Justiz gewöhnen.⁷⁰

Bezüglich der Fragen seitens der Schöffen ist zu bedenken, dass nicht alle von ihnen ihre Fragestellungen so formulieren können, dass sie ihre persönliche Meinung für die Verfahrensbeteiligten nicht erkennen lassen. Dies kann zur Folge haben, dass der Schöffe wegen Befangenheit abgelehnt wird.

Eine weitere Einschränkung des Fragerechts besteht darin, dass der Vorsitzende ungeeignete oder nicht zu der Sache gehörende Fragen der Schöffen zurückweisen kann. Darüber hinaus können Zeugen unter sechzehn Jahren grundsätzlich allein und unmittelbar durch den Vorsitzenden befragt werden.

Weiterhin das Fragerecht der Schöffen betreffend ist ein wichtiger, oft nicht berücksichtigter Aspekt zu erwähnen: die Rolle der Schöffinnen. In der Justiz bilden die Männer immer noch die Mehrheit. Die besonderen Lebenssituationen der angeklagten Frauen oder von Zeuginnen werden oft nicht genug berücksichtigt. Hier kommt den Schöffinnen eine bedeutende Rolle zu, auf der Richterbank ein Gegengewicht darzustellen.⁷¹

Eingeschränkter Einfluss der Schöffen

Der Einfluss der Schöffen stößt auf ein wesentliches Hindernis, sobald es sich um einen komplizierten Fall handelt. Schöffen haben keine oder nur mangelhafte Rechtskenntnisse. Dieser Mangel muss vom Berufsrichter überbrückt werden, indem er die Gesetztexte und die Auslegungen in die Umgangssprache überträgt. An diesem Punkt hängt sehr viel von der Einstellung des Berufsrichters zu den Schöffen ab. Wenn er deren Beteiligung eher für störend und überflüssig hält, werden die Meinungsunterschiede stark unterdrückt. Aber wenn der Richter offen für die Fragen der Schöffen ist, kann eine lebendige Diskussion zustande kommen.⁷²

Partizipation der Schöffen an der Urteilsberatung

Die Hauptaufgabe der Schöffen ist die Mitwirkung bei der Urteilsberatung. Die bleibt aber der Öffentlichkeit verborgen, deshalb sehen Viele die Schöffen nur als Dekoration des Gerichts. Auch wenn die Schöffen keinen neuen Gedanken zur Beratung beitragen, sind sie ausgesprochen wichtig. Und zwar deshalb, weil ihre Anwesenheit die Berufsrichter zwingt, ihre Überlegungen noch einmal zu durchdenken und sich allgemeinverständlich auszudrücken.

⁷⁰ Vgl. Vultejus 1999, S. 62.

⁷¹ Vgl. ebd. S. 63.

⁷² Vgl. Vultejus 1999, S. 64.

Recht auf Mitunterscheidung des Urteils

Der letzte Akt, an dem die Schöffen teilhaben, ist die Urteilsverkündung, welche zugleich die Hauptverhandlung abschließt.

Nach der StPO ist die Unterschrift der Schöffen unter das Urteil nicht nötig, obwohl sie für das Urteil die gleiche Verantwortung wie der Berufsrichter tragen. Sie müssen letztendlich mit ihrer Unterschrift nur beurkunden, dass die schriftlich festgelegten Urteilsgründe mit den eröffneten Gründen übereinstimmen.

Dies hat zur Folge, dass die Schöffen nicht überprüfen können, ob der Berufsrichter nachträglich Änderungen in das schriftlich niedergelegte Urteil eingefügt hat.

Erweiterung der Laienbeteiligung?

Wenn man die geltende Rechtslage betrachtet, fällt einem sicherlich einiges auf. Während Laienrichter sowohl an den monate- oder jahrelangen Großverfahren als auch an den höchst komplizierten Verfahren der Wirtschaftsstrafkammer teilnehmen, sind sie an den Verfahren über Bagatelldelikten und Ordnungswidrigkeiten nicht beteiligt. Diese Straftaten bilden jedoch die Mehrheit und sie betreffen das tägliche Leben eines Schöffen vielmehr als die Schwerstrafaten.

Auf der anderen Seite ist es besonders auffällig, dass die Laienbeteiligung in Privatklassengesachen voll und ganz fehlt. Diese Tatsachen werfen einige Fragen auf: Wenn die Beteiligung der „einfachen Bürger“ im Strafverfahren geboten ist, wieso ist sie im Bereich der leichteren Körperverletzungen und Beleidigungen, die den Bürgern näher stehen, nicht erwünscht?

Eine weitere Erweiterungsmöglichkeit kann man in der strafvollstreckungsrichterlichen Tätigkeit erblicken. Hier geht es immer darum, ob ein zur Freiheitsstrafe Verurteilter vorzeitig entlassen werden kann. Die Frage ist, inwieweit dessen Entlassung die Sicherheit der Allgemeinheit gefährden kann. Dieser Punkt betrifft die Bürger direkt und folglich könnten die Laienrichter auch in diese Frage eingezogen werden.⁷³

⁷³ Harms, Sven: Abschaffung der Beteiligung von Laienrichtern im Strafverfahren im Zuge einer Reform des Strafverfahrensrechts, In: Recht und Politik, Jahrgang 41, BWV, Berlin, 2005. S. 224–229; S. 224.

II. 3. „Die Bedeutung der Laienbeteiligung für die Strafjustiz der Gegenwart“⁷⁴

Für und gegen die Laienbeteiligung können verschiedene Argumente angeführt werden. In der Literatur wird diese Frage viel diskutiert. Im Folgenden werde ich die wesentlichsten Punkte der zwei Ansichten darstellen.

Was für die Laienbeteiligung spricht

Die Argumente lassen sich in drei Kategorien einteilen. Diese sind das Demokratieprinzip, die Qualitätsverbesserung der Rechtsprechung und schließlich die volkspädagogische Wirkung.

Demokratieprinzip

Artikel 20 II S. 1 GG hat festgelegt, dass „*alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht.*“ Die Beteiligung der Laienelemente wird also in verfassungsrechtlicher Hinsicht aus dem Demokratieprinzip hergeleitet.

Früher bedeutete es die Kontrolle des staatsabhängigen Beamtenrichters durch das Volk. Nach dem modernen Demokratieprinzip tritt anstelle der Kontrolle der Partizipationsgedanke.⁷⁵ Das Argument für die Laienbeteiligung ist, dass die Verurteilung „*im Namen des Volkes*“⁷⁶ gegenüber dem Angeklagten dadurch legitimiert werden könne. Im heutigen Sinne ist das Ziel der Laienbeteiligung einerseits die Machtteilhabe und Vertrauensbildung in der Bevölkerung, andererseits die Erhöhung der Akzeptanz der Rechtsausübung bei den verurteilten Angeklagten.

Verbesserung der Qualität der Rechtsprechung

Dieses Argument besagt, dass die Laienelemente die Herausbildung einer volksnahen Justiz fördern und zugleich die Realitätskontrolle der juristischen Argumentation unterstützen, indem die Laienrichter nicht-juristische Wertungen in die Urteilsfindung einbringen. Die verschiedenen Aspekte zwingen den Berufsrichter, jedes Argument mehrmals zu durchdenken und allgemein verständlich zu formulieren.

Darüber hinaus seien die sog. sachverständigen Laienrichter besonders wichtig, da ihre berufs- und wirtschaftsspezifischen Kenntnissen bei den Wirtschaftsstrafsachen dem Gericht eine große Hilfe leisten könnten.

⁷⁴ Der Titel wurde von Beate Linkenheil geliehen; Fünftes Kapitel 2003. S. 175.

⁷⁵ Vgl. Linkenheil 2003. S. 180.

⁷⁶ § 268 I StPO

Für die Entwicklung des Rechts tue der Laienrichter auch viel. Der Berufsrichter ist interpretiert eher das Recht und ist nicht dessen Schöpfer. Dagegen betrachten Laienrichter die Rechtsnormen nicht neutral, sondern bringen Kreativität in die Urteilsfindung.

Volkspädagogische Wirkung

Unter der volkspädagogischen Wirkung muss man verstehen, dass das Laienelement die Akzeptanz der Strafjustiz in der Bevölkerung steigern und fördern, und dadurch deren Rechtsbewusstsein verstärken. Darüber hinaus würde durch das Laienelement die ganze Strafjustiz transparenter, die Rechtspflege populärer und die Entfremdung der juristischen Gesellschaft vom Volk würde abgebaut.

Was gegen die Laienbeteiligung spricht

Die Gegenmeinung stellt die Funktion und Sinn der Laienbeteiligung an der Strafjustiz infrage. Die Argumente richten sich gegen die drei vorgetragenen Argumente der Befürworter.

Demokratieprinzip

Fraglich sei, warum der durch eine für jedermann offenstehenden juristischen Ausbildung ernannte Richter, bezüglich seiner Status im Verfahren, allein weniger Rechte besitze als ein einfacher Staatsbürger. Zudem könne die Demokratisierung der Strafjustiz nur deswegen gewährleistet werden, weil die Schöffen nicht direkt durch das Volk gewählt werden. Demzufolge erscheinen sie nicht als Vertreter des Volkes.

Darüber hinaus seien sie auch für die Angeklagten nicht Ihresgleichen, sondern nur weitere Repräsentanten der Mittelschicht. Auch die Laienrichter sind mit Vorurteilen behaftet, welche sie aus ihrem Leben mitbringen und nicht einfach oder sogar gar nicht unbeachtet lassen können.

Verbesserung der Qualität der Rechtsprechung

Die Gegner stellen infrage, ob eine Qualitätsverbesserung durch das Laienelement wirklich erreicht werden kann. Die heutigen Richter kommen aus denselben Bevölkerungsgruppen wie die Schöffen. Ihrer Ansicht nach sei der Einfluss des natürlichen Rechtsgefühls aufgrund der Passivität der Schöffen ohnehin anzuzweifeln.

Was die Entwicklung des positiven Rechts betrifft, bestehe die Gefahr, dass die Überzeugung und das Rechtsgefühl des Laienrichters durch die verbreiteten

Vorurteile sowie durch Medien und andere Instrumente der öffentlichen Meinungsbildung manipuliert würde. Fraglich ist weiterhin, inwieweit die Schöffen bei der Urteilsfindung dem Berufsrichter helfen können. Die fehlenden Rechtskenntnisse führen in den meisten Fällen, insbesondere in den Großverfahren dazu, dass die Schöffen schon mit dem Sachverhalt überfordert seien. Mit der freien Beweiswürdigung und Strafzumessung seien sie aber sicher schnell an ihren Grenzen angelangt.

Volkspädagogische Wirkung

Die Gegner der Laienbeteiligung lehnen das Argument der Befürworter, dass die Schöffen die Akzeptanz der Strafjustiz in der Bevölkerung steigerten und förderten, und dadurch das Rechtsbewusstsein in der Gesellschaft verstärken könnten, ab. Aus ihrer Sicht könne diese Wirkung nur dann erreicht werden (falls sie überhaupt erreichbar ist), wenn sie neben ihrer Rechtsprechungstätigkeit lehrend tätig wären. Darüber hinaus sei die Anzahl der Laienrichter ohnehin zu gering, um eine solche Wirkung zu entfalten.

III. Die Zukunft des Rechtsinstitutes von ehrenamtlichen Richtern

Im letzten Teil der Arbeit werden die vorangegangenen Punkte aus Sicht einer künftigen Reform dargestellt. Die zum heutigen System der Laienbeteiligung entstandenen Reformvorschläge wollen auf die bereits aufgeführten Probleme Antworten geben und die inzwischen aufgetretenen Mängel abschaffen.

III. 1. Schöffengerichtsprinzip oder Schwurgerichtsprinzip?

Es stellt sich die Frage, ob das heutige Schöffengerichtsprinzip bleiben oder vielmehr das Geschworenengericht aufgrund der Schwurgerichtsbarkeit wiederbelebt werden sollte. Man muss zugeben, dass mit dem klassischen Schwurgericht das Volk einen wesentlich größeren Einfluss auf die Strafjustiz hat, während das Schöffengericht auf einer kollegialen Entscheidungsfindung beruht.

Andererseits entstehen deutlich höhere Kosten beim Geschworenengericht als beim Schöffengericht. Die Entscheidung über diese Frage soll nicht allein aufgrund der Haushaltssituation oder der finanziellen Lage der Justiz getroffen werden.

Betrachtet man alle Faktoren, so wird das Schöffengerichtsprinzip aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Reform beibehalten. Vom Demokratieprinzip lässt sich das Schwurgerichtssystem nicht zwingend ableiten. Darüber hinaus wird das Bestehen der Schwurgerichte in den europäischen Ländern

unterschiedlich, und nicht unbedingt positiv, erlebt.⁷⁷ Das Schöffengerichtsprinzip hat hingegen seine Probezeit größtenteils erfolgreich bestanden.

III. 2. Kompetente Schöffen

Auswahlprozess

Die Qualität der Laienbeteiligung hängt sehr stark von der Kompetenz der Schöffen ab. Kritische Meinungen thematisieren diesen Aspekt sehr oft.

In diesem Bereich gibt es zwei Reformvorschläge: Zum einen gibt es einen Entwurf zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter, und zum anderen wird die Einbeziehung der Unionsbürger als Schöffen gefordert.

Qualifikation der Schöffen

Vieles hängt von dem Selbstbewusstsein der Schöffen ab. Hat der Schöffe ein starkes Selbstbewusstsein, so kann er sich effektiv und aktiv beteiligen und nicht nur eine Dekoration sein.

Die zweite Kritik im Bereich der Kompetenz bezieht sich auf die fehlende Qualifikation der Schöffen. Es sollte ein Aus- und Fortbildungssystem ausgearbeitet werden. Darunter ist kein juristischer Schnellkurs zu verstehen, sondern ausschließlich eine Informationsvermittlung, welche die Schöffen zu einer selbstbewussten Beteiligung am Strafverfahren befähigen soll.

Eine etwaige Ausbildung von sachverständigen Laienrichtern ist aus mehreren Gründen eindeutig abzulehnen. Die Sachverständigen gehören zur Beweisaufnahme und nicht zur Richterbank. Noch dazu kann es oft vorkommen, dass die sachverständigen Schöffen im gleichen Berufswesen tätig sind wie der Angeklagten, wodurch eine Solidarisierung mit den Angeklagten zu befürchten ist.

III. 3. Umfang der Partizipation

Akteneinsichtsrecht

Die Frage des Akteneinsichtsrechts ist sehr umstritten. Die Rechtsprechung verwehrt den Schöffen dieses Recht, obwohl nach Ansicht des BGH, die Gewährung von Akteneinsicht für die Schöffen zulässig, wenn nicht im Einzelfall geboten ist. Entscheidendes Argument für das Einsichtsrecht ist die Vorschrift des Gerichtsverfassungsgesetzes über der „*geborenen*

⁷⁷ Vgl. Linkenheil 2003, S. 204.

*Gleichstellung.*⁷⁸ Eine, die Urteilsfindung fördernde lebendige Diskussion zwischen den Schöffen und dem Berufsrichter kann nur dann zustandekommen, wenn beide eine gemeinsame Wissensbasis haben.

Das Recht auf die Akteneinsicht sollte den Schöffen in einem künftigen Gesetz gegeben werden. Besonders bei Großverfahren sollten die Berufsrichter den Akteninhalt mit den Schöffen noch vor Sitzungsbeginn besprechen.

Fragerecht

Die Einschränkung des Fragerechts der Schöffen durch den Vorsitzenden ist zurückzuweisen. Es widerspricht dem Gebot der Gleichstellung von Berufs- und Laienrichtern.

Recht auf Mitunterzeichnung des Urteils

Den Ausschluss der Schöffen von der Mitunterzeichnung des Urteils kann man als eine gesetzgeberische Fehlentscheidung bezeichnen.⁷⁹ Dies sollte in einer künftigen Regelung verändert werden.

Mitwirkung der Schöffen an den Haftentscheidungen

In dieser Frage gibt es eine Diskussion. Die in der Literatur herrschende Meinung stimmt im Wesentlichen mit der Rechtsprechung überein. Die Mitwirkung sollte den Schöffen sowohl an den Haftentscheidungen als auch in der Hauptverhandlung und während einer Unterbrechung zugesichert sein.

Es folgt eine Formulierung des § 30 Abs. 1 GVG: „Während der Hauptverhandlung“ bedeutet die gesamte Zeitdauer der Hauptverhandlung vom Aufruf der Sache bis zur Urteilsverkündung, einschließlich der Unterbrechungsphasen.

Kritikern zu folgen sollte den Schöffen das Mitwirken an den Haftentscheidungen während der gesamten Hauptverhandlung untersagt werden. Der Begriff „außerhalb der Hauptverhandlung“ bezieht sich nicht auf die Zeitdauer, sondern auf die Handlungen, welche nicht zur Hauptverhandlung gehören.

Eine dritte Meinung wird von der bisherigen amtsgerichtlichen Praxis vertreten, wonach die Mitwirkung der Schöffen an Haftentscheidungen nur in der tatsächlichen Hauptverhandlung, nicht aber während der Unterbrechungsphasen zugelassen werden sollte.

⁷⁸ § 30 Abs. 1; § 77 Abs. 1 GVG

⁷⁹ Meinung von Thomas Hillenkamp

Andere Vertreter sind der Meinung, dass nur die nicht eilbedürftigen Haftentscheidungen mit den Schöffen gemeinsam zu entscheiden sind.

In einer künftigen Regelung sollte der Gesetzgeber den BGH-Entscheidungen entsprechend verbindlich festschreiben, dass über Haftfragen zwischen der Beginn und das Ende der Hauptverhandlung, einschließlich der Unterbrechungsphasen, immer so zu entscheiden ist, wie es für andere Fragen „während der Hauptverhandlung“ vorgesehen ist.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Boglárka Földesi und Zoltán Pafféri in dem Deutsch–Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

Mediation in den USA

Anna Beke-Martos

Eötvös-Loránd-Universität

1. Einführung: Was ist ADR?

Die Abkürzung ADR steht offiziell für „Alternative Dispute Resolution“ (alternative Streitbeilegung) und wird manchmal als „Appropriate Dispute Resolution“¹ (angemessene Streitbeilegung) bezeichnet. Es existieren außerdem mehrere Erläuterungen des Wortes, wie z.B. „Avoid Disasters Results“² (Vermeide katastrophale Ergebnisse). ADR ist im Grunde genommen ein Oberbegriff für die verschiedenen Arten außergerichtlicher Konfliktlösung und ist ein äußerst wichtiger Bestandteil der amerikanischen Rechtskultur.

2. Die Entstehung und Geschichte der ADR

Um die Entstehung bzw. die Entwicklung der ADR verstehen zu können, muss man vor allem auf die Geschichte der Vereinigten Staaten zurückgreifen. Die amerikanischen Siedler waren darauf angewiesen, interne Streitigkeiten möglichst rasch und brüderlich beizulegen, denn nur gemeinsam konnten sie im Unabhängigkeitskampf gegen England bestehen.³ Demzufolge findet man bereits im 18. Jahrhundert Hinweise auf Formen alternativer Streitlösungen. Auch als die Bevölkerungsanzahl gestiegen war und immer mehr Bürger von formellen Gerichtsverfahren Gebrauch nahmen, blieb die außergerichtliche Streitbeilegung in den USA eine populäre Art der Konfliktlösung. Insbesondere gilt dies für die verschiedenen ethnischen bzw. Religions- und Glaubensgemeinschaften bei denen das Zusammengehörigkeitsgefühl sehr ausgeprägt ist. Zu diesen zählten z.B. die asiatischen Einsiedler oder die Ureinwohner Amerikas (sogenannte „Native Americans“).

Im 20. Jahrhundert gewann die Schlichtung – als Instrument der Streikvermeidung – besonders in den Bereichen des kollektiven Arbeitsrechts an Bedeutung. Als die ersten Gewerkschaften gegründet wurden, drohten die Spannungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern mit der Schließung von ganzen Betrieben. Der Kongress beschloss daraufhin 1913 die Gründung des Department of Labour, dessen Leiter, der Arbeitsminister, zwischen den

¹ Zimmer, Gerald: Außergerichtliche Streitbeilegung in Deutschland. Eine Bestandaufnahme im Lichte US-amerikanischer Erfahrungen. Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 2001. S. 113.

² Zimmer 2001. S. 113.

³ Zimmer 2001. S. 116.

beteiligten Parteien vermitteln und die Konflikte schlichten sollte.⁴

Als zweites Mittel der Streitbeilegungshilfe wurde 1947 der Federal Mediation and Conciliation Service (FMCS) gegründet.⁵ Zu seinen Aufgaben gehörte die Vermittlung bei Konflikten in Industriezweigen mit grenzüberschreitendem Handel sowie die Schlichtung von Streitigkeiten innerhalb bundesstaatlicher Behörden.

Seit den 60er Jahren war ein Anstieg der Gerichtsverfahren deutlich zu erkennen. Der genaue Anfang dieser Tendenz ist zwar schwer zu erkennen, es wird allerdings vermutet, dass die spektakulären Schadensersatzsummen, deren Millionenhöhe von der Presse in der Öffentlichkeit stark verbreitet wurde, wesentlich dazu beigetragen haben. Die Bevölkerung nahm gleichzeitig weniger Gebrauch von der konsensualen Streitbeilegung. Der Teufelskreis war aber damit nicht zu Ende, denn mit dem Anstieg der formellen Verfahren stiegen auch deren Kosten und Dauer, was wiederum für Unzufriedenheit sorgte. So wurden Ende der sechziger Jahre die Community Justice Centers für Streitbeilegung auf kommunaler Ebene ins Leben gerufen.⁶ Diese erhielten die Fälle von den lokalen Gerichten zugewiesen.

Der nächste wichtige Meilenstein in der Entwicklung der ADR war die Pound Conference 1976. Auf der Konferenz wurde festgestellt, dass die Kosten und die langen Wartezeiten Schuld an dem schlechten Bild des Justizsystems in der amerikanischen Gesellschaft waren. Im Rahmen der Konferenz wurden erstmals alternative Konfliktlösungsmöglichkeiten systematisch diskutiert. Sie gab der ADR-Bewegung einen wissenschaftlichen Hintergrund.

3. Die ADR-Verfahren heute

Man unterscheidet zwischen gerichtsgebundener ADR (court-annexed ADR) und ADR auf privater Basis (private ADR). Bei der gerichtsgebundenen ADR wird weiter zwischen Bundesebene und Einzelstaatsebene unterschieden. Als Folge des Civil Justice Reform Act (1990)⁷ und des – auf seinem Erfolg basierten Alternative Dispute Resolution Act (1998)⁸ sind heutzutage alle District Courts (Bundesgerichte erster Instanz) verpflichtet, ADR-Programme einzurichten. Was die Gerichte auf Einzelstaatsebene betrifft, so können diese eigenständig über die Anwendung der verschiedenen Formen der ADR entscheiden. Die Verweisung an einem außergerichtlichen Vermittler wird durch den Richter ausgesprochen. In manchen Staaten sind die Parteien gezwungen, nach einer Konfliktlösung im ADR-Verfahren zu suchen. In anderen hängt eine

⁴ <http://www.dol.gov/oasam/programs/history/hs75menu.htm>, zgl. am 3.4.2007.

⁵ <http://www.webster.edu/~zimmer/army/docs/FMCS.htm>, zgl. am 3.4.2007.

⁶ Zimmer 2001, S. 120.

⁷ <http://www.law.cornell.edu/search/index.html#USCODE> zgl. am 3.4.2007.

⁸ http://www.epa.gov/adr/adra_1998.pdf zgl. am 3.4.2007.

solche Verpflichtung von der Beschwerdesumme ab. Es gibt Staaten, in denen die Teilnahme an einem ADR-Verfahren eine Zulassungsvoraussetzung ist, in anderen kann bereit vorher eine Klage erhoben werden, die Nichtteilnahme am ADR-Verfahren wird aber mit Kostennachteilen sanktioniert.

Außer der gerichtsgebundenen ADR existieren mehrere private Unternehmen, die informelle, alternative Streitbeilegung als Dienstleistung anbieten. Als erfolgreichste profitorientierte Organisation ist die aus der Fusion von ENDISPUTE und Judicial Arbitration & Mediation Service entstandene J.A.M.S. ENDISPUTE zu erwähnen. Die AAA (American Arbitration Association) hingegen ist die größte Non-Profit-Organisation in diesem Bereich. Sie wird aus Mitgliedsbeiträgen finanziert. Der unabhängige Mediator bzw. Schlichter erhält von den Beteiligten ein angemessenes Stundenhonorar. Schließlich muss man das Center for Public Resources (CPR) mit Sitz in New York erwähnen. Es wurde 1979 nach der Initiative von über 500 der größten amerikanischen Unternehmen und Anwaltskanzleien gegründet.⁹ Das CPR sollte den wirtschaftlichen Interessen der US-Unternehmen dienen, indem es zu vermeiden versuchte, dass die Streitigkeiten an die Öffentlichkeit kamen und den Ruf der Beteiligten zerstörten.

4. Die ADR-Verfahren

Es gibt zahlreiche Varianten der alternativen Streitbeilegung, (z.B. Minitrial, Early Neutral Evaluation, usw.) hier werde ich aber nur die zwei wichtigsten, die Arbitration (Schiedsverfahren) und die Mediation darstellen.

4.a. Arbitration

Die Arbitration kann sowohl ein privates als auch ein gerichtsgebundenes Schiedsverfahren sein. Der Schiedsrichter trifft eine für die Parteien verbindliche Entscheidung, gegen die keine Berufung eingelegt werden kann. Allerdings sind mittlerweile auch andere Formen der Arbitration verbreitet, die nach einem unverbindlichen Schiedsspruch die Klageerhebung vor einem Geschworenengericht vorsehen. In diesem Fall wird aber der Kläger verpflichtet, eine Strafe zu zahlen, wenn er keine bedeutsame Erhöhung der von dem Arbitrator festgelegten und vom Beklagten zu zahlende Summe beantragt. Eine andere „Mutation“ dieses Schiedsverfahrens ist die sogenannte High-Low-Arbitration, wobei im Voraus ein Mindest- und ein Höchstbetrag festgelegt werden, die selbst im Falle eines davon abweichenden Schiedsspruches gelten und vom Kläger eingeräumt werden können.¹⁰ Die Arbitration wird in allen zivilrechtlichen Rechtsbereichen angewendet.

⁹ http://www.cpradr.org/CMS_disp.asp?page=Abt_Began&M=1.3 zgl am 3.4.2007.

¹⁰ <http://www.namadr.com/arbitration.cfm> zgl. am 3.4.2007.

4.b. Mediation

Die Mediation ist die flexibelste und informellste Art der außergerichtlichen Streitbeilegung. Während der unverbindliche Charakter auch bei den Mini-Trials, den Summary Jury Trials und den nicht verbindlichen Arbitration-Verfahren zu erkennen ist, werden bei diesen die Regeln der Prozessführung eingehalten. Die Mediation unterscheidet sich hingegen in wichtigen Punkten von diesen Regeln. Die Parteien werden zwar z.B. von Anwälten vertreten, der Mediator fordert sie aber im Allgemeinen auf, ihre Meinung selbst darzustellen. Das Wort „conciliation“ („Schlichtung“ aber auch: „Versöhnung“) wird oftmals als Synonym für Mediation benutzt und betont die Rolle eines Dritten, die darin besteht, zwei Parteien in die Richtung einer Verhandlung zu lenken.¹¹ Für gewöhnlich empfehlen beide Parteien jeweils eine Person, die im Fall von Streitigkeiten als Vermittler fungieren soll. Tritt diese Situation tatsächlich ein, so entscheiden diese beiden Personen über den Streit. Sollte ihnen dies nicht gelingen, so wählen die beiden einen Dritten, der als Mediator mitwirkt. Mediation wird praktisch in allen zivilrechtlichen Fällen angewendet. Die sogenannten Small Claims Courts, die für Fälle bis zu einer bestimmten Streitwerthöhe zuständig sind, verweisen die Streitparteien oft und erfolgreich an unabhängige Mediatoren oder an sogenannten court-based-programs, die im Gerichtssystem integriert sind.

Mediation ist im Falle wirtschaftsrechtlicher Streitigkeiten die beliebteste Form der Konfliktlösung, vor allem weil sie kostengünstig und schnell ist. Außerdem liegt es im Interesse aller Beteiligten, die Streitbeilegung selbst unter Kontrolle zu halten. Dank der Konsensualität der Mediation wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, mit dem im Streit stehenden Unternehmen weiterhin geschäftlich zusammenzuarbeiten. Die Mediation legt großen Wert darauf, eine gute Basis für zukünftige Kontakte nach der Konfliktschlichtung zu schaffen. Der größte Vorteil der Mediation in Wirtschaftskreisen ist die Tatsache, dass sie hinter geschlossenen Türen, fern von der Öffentlichkeit durchgeführt wird. Dementsprechend enthalten heutzutage fast alle Verträge im Bereich der Wirtschaft eine Streitbeilegungsklausel, die eine Form der ADR vorsieht.

¹¹ Cole, Sarah Rudolph-McEwen, Craig A.-Rogers, Nancy Hardin: Mediation: Law, Policy and Practice, 2d Trial Practice Series, 2001, Quelle: Westlaw

5. Die soziologische und psychologische Seite der Mediation: die vier „Geschichten“

Da die Mediation-Bewegung insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten deutlich an Popularität gewonnen hat, ist es verständlich, dass es Streitigkeiten über den Grund ihres Erfolges gibt. Es existieren insgesamt vier sogenannte Storys, also Geschichten, welche jeweils unterschiedliche Erfolgsfaktoren der Mediation betrachten.¹²

5.a. *The Satisfaction Story* – die Geschichte der Zufriedenheit

Da Mediation flexibel, informell und konsensual ist, ist sie eine ausgezeichnete Methode, die beide Seiten zufriedenstellen kann. Diese Art der Streitbeilegung ist frei von strengen Regeln und Kategorien der Gerichtsverfahren. Sie lässt die Streitigkeit der Parteien als gemeinsames Problem erscheinen, das zusammen, aufgrund eines Konsenses mit konstruktiven Vorschlägen zu lösen ist. Dabei strebt man eine Lösung des Problems an, mit der beide Parteien zufrieden sind. Die Interessen aller Beteiligten werden in der tatsächlichen Situation in Betracht gezogen und es wird versucht, ein „win-win“-Ergebnis zu erreichen. Diese Art von friedlicher Streitbeilegung kann die finanziellen und psychologischen Schäden eingrenzen, und neben den privaten Vorteilen werden auch die öffentlichen Kosten – die bei einem richtigen Gerichtsverfahren unvermeidbar sind – dem Staat erspart. Durch die stets wachsende Anzahl außergerichtlicher Streitbeilegungen verringern sich die Wartezeiten auf ein ordentliches Verfahren, was wiederum für allgemeine Zufriedenheit sorgt.¹³

Die *Satisfaction Story* ist weit verbreitet. Viele ihrer Vertreter¹⁴ sind selbst Mediatoren oder Akademiker, manche von ihnen üben großen wissenschaftlichen Einfluss aus und spielen eine wichtige Rolle in der Verbreitung dieser Sichtweise.

¹² Baruch Bush, Robert A.-Folger, Joseph P.: *The Promise of Mediation, Responding to Conflict through Empowerment and Recognition*, Jossey-Bass Publishers, San Francisco, 1994.

¹³ Diese Vorteile der Mediation wurden schon öfter bewiesen und zwar auf vielen Gebieten, z.B. wurden bei der Sorgerecht-Mediation Lösungen mit einer besseren Qualität als bei gerichtlichen Anordnungen sowohl für die Kinder als auch für die Eltern gefunden. Bei kleineren Fällen waren Parteien in der Mediation mit dem Verfahren und auch mit dem Ergebnis zufriedener, als andere, die ähnliche Streitigkeiten vor dem Gericht lösen ließen. Bei Umweltstreitigkeiten wurden kreative Lösungen erarbeitet und enorme Kosten sowie jahrelange Gerichtsverhandlungen vermieden.

¹⁴ z.B. Fisher und Ury, 1981; Fisher und Brown, 1989; oder Suesskind und Cruikshank, 1987. Andere Unterstützer der *Satisfaction Story* sind Richtern und andere Arbeiter des Rechtssystems, einschließlich den ehemaligen Chief Justice Warren Burger (1982) Baruch Bush-Folger 1994. S. 16.

5.b. *The Social Justice Story – die Geschichte der sozialen Gerechtigkeit*

Diese Geschichte betont die soziologischen Auswirkungen der konsensualen Streitbeilegung, bei der sich die Individuen, die sich einander feindselig oder neutral gesinnt sind, zur Verfolgung gemeinsamer Ziele bzw. zur Verteidigung gegen gemeinsame Feinde zusammenschließen. Die Social Justice Story betont die organisatorische Auswirkung der Mediation. Diese Methode erweckt in den Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Dies führt zur Zusammenarbeit und als Konsequenz zur erfolgreicherer Vertretung gemeinsamer Interessen, also zur gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Zudem wird die Problemlösefähigkeit und somit auch die Selbstständigkeit der Menschen gestärkt, sodass sie weniger auf die Hilfe von Behörden angewiesen sind. Relativ machtlose Menschen bilden Interessengemeinschaften, im Rahmen derer sie ihre Ziele erfolgreich verfolgen können. Der Einzelne fühlt sich zudem stärker am Bürgeralltag beteiligt. Schließlich ist es ein Vorteil, dass die Mediation die rechtlichen Regeln nur als ein Hilfsmittel unter anderen Möglichkeiten betrachtet. Sie bietet einen großen Raum kreative Lösungen für die unterschiedlichen Streitfälle zu suchen und zu finden.¹⁵

Die *Social Justice Story* wird nur von wenigen Menschen vertreten,¹⁶ sie ist aber eine der ältesten Theorien über die Entwicklung der Mediation.

5.c. *The Transformation Story – die Umwandlungsgeschichte*

Laut der *Transformation Story* führt die Mediation nicht nur zu einer idealen Lösung des aktuellen Streites, sondern verändert sogar die allgemeine Einstellung der Beteiligten zur anderen Partei, zu sich selbst und sogar zu der ganzen Gesellschaft. Durch die informelle Streitbeilegung bekommen nämlich alle eine Chance sich selbst zu zeigen und ihre Sichtpunkte auf eine „menschlichen“ Art zu erklären, da sie sich in dem engen Kreis nicht bedroht fühlen. Dies ermöglicht eine gegenseitige Anerkennung, welche in der Literatur als „recognition,“ Erkennung, bezeichnet wird. Gleichzeitig erkennen die Beteiligten ihre eigenen Stärken und Schwächen und die Erkenntnis, dass sie fähig sind, den zwischen ihnen stehenden Konflikt selbst zu lösen, steigert ihre Selbstachtung und ihr Selbstvertrauen. Dies wird auch als die Dimension der Befähigung („empowerment“) der Mediation bezeichnet. Die Bezeichnung deutet darauf hin, dass ein Gefühl der Macht daraus entsteht, dass man die eigene Fähigkeit zur Konfliktlösung erkennt.

¹⁵ Diese Geschichte wird von vielen, wenn auch nicht von allen Situationen, in denen Mediation benutzt wird, bestätigt. Interpersonale Nachbar-Mediation, zum Beispiel, hat ganze Wohnviertel vereint, damit sie ihre gemeinsamen Gegner erkannten. Die Mediation bei Konsument-Streitigkeiten hat zur Stärkung der Verbrauchermacht beigetragen und zur Schaffung einer organisierten Form von Interessensvertretungen geführt, dank derer die Mängelrügen Gehör fanden. Kurz gesagt, Mediation hat Einzelnen geholfen, sich zur Verteidigung und zur Vertretung gemeinsamer Interessen zu organisieren.

¹⁶ Zu ihren Unterstützern zählen Paul Wahrhaftig, Ray Shonholtz, Carl Moore und Margaret Herrman. Baruch Bush-Folger 1994. S. 18.

Erkennung und Befähigung beziehen sich auf alle Gebiete, in denen Mediation angewendet wird. Scheidungsmediation kann die Beziehung zwischen Mann und Frau verändern, indem sie sich gegenseitig anerkennen. Dies hat nicht nur eine Auswirkung auf den konkreten Fall, sondern auch auf die allgemeine Interaktion zwischen den Geschlechtern. Verbrauchermediation kann zu einem Verständnis der gegenseitigen Interessen von Käufern und Verkäufern führen. Zusammenfassend könnte man sagen, dass der *Transformation Story* nach, sowohl der Einzelne, an der Mediation Teilnehmende, als auch die ganze Gesellschaft verändert und transformiert werden.

Die *Transformation Story* wird in der Literatur nur selten erwähnt.¹⁷ Grund dafür könnte unter anderem sein, dass sie schwer artikulierbar ist und dass eine Gefahr der Idealisierung besteht. Allerdings wird davon häufig gesprochen. Die Parteien, die sich für den Mediationsprozess entscheiden, tun es oft aufgrund des gehofften Ergebnisses durch die Veränderung.

5.d. *The Oppression Story – die Geschichte der Unterdrückung*

Während die drei bisher dargestellten Geschichten jeweils die positive Seite der Mediation betonen, hat die *Oppression Story* einen äußerst pessimistischen Blick auf diese Art der Streitbeilegung. Sie kritisiert den Mangel an Verfahrensordnungen und zweifelt die sogenannte Neutralität des Mediators an und wirft ihnen sogar Parteilichkeit vor. Laut dieser Geschichte bietet die Mediation der stärkeren Partei nur eine Möglichkeit, seinen Vorteil ausnutzend, großen Druck auf das schwächere Partei auszuüben. Die Informalität und Konsensualität der Mediation soll allein den Interessen des Stärkeren dienen und sie soll eine Konfliktlösung für den stärkeren Beteiligten bieten, die zu seinen Gunsten unverhältnismäßig vorteilhaft oder ungerechtfertigt ist. Mediation soll außerdem eine Möglichkeit sein, der formellen Justiz auszuweichen, wodurch die Ergebnisse der jahrzehntelangen Bewegungen wie z.B. die für die Gleichbehandlung von Frauen, zunichte gemacht werden. Vertreter der *Oppression Story* meinen, Mediation biete nur für den Einzelfall eine Lösung an und schütze nicht das Gemeinwohl. Sie sei die moderne Art der Unterdrückung der niedrigeren Klassen durch die privilegierten Bürger. Diese Tendenz sei überall zu erkennen: Bei der Scheidungsmediation werden Frauen in die Enge getrieben und gedrängt Kompromisse einzugehen, die im Falle einer ordentlichen Gerichtsverhandlung undenkbar wären. Im Falle von Mediation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden Angestellte manipuliert und sogar die grundlegendsten Diskriminierungsverbote außer Acht gelassen. Und da Mediation informell, vertraulich, und „heimlich“ durchgeführt wird, erfährt die Öffentlichkeit von dem, was hinter geschlossenen Türen abläuft, nichts.

¹⁷ Zu den wenigen, die sich dazu schriftlich geäußert haben, gehören Albie Davis, Leonard Riskin und Carrie Menkel-Meadow. Baruch Bush-Folger 1994. S. 21.

Anders als die anderen Geschichten ist die *Oppression Story* eher eine Warnung vor außergerichtlicher Streitbeilegung. Sie ist genauso weit verbreitet wie die *Satisfaction Story*, und wird am häufigsten von Anführern von Gleichberechtigungsbewegungen¹⁸ vertreten.

6. Die Zukunft der Mediation – Bildung und gesetzliche Regelungen in den USA

Laut der *Directory of Law Schools* stehen ADR-Kurse bei vielen amerikanischen Universitäten als Pflichtveranstaltungen auf dem Lehrplan. Dabei werden theoretische und insbesondere praktische Kenntnisse durch Rollenspiele vermittelt.

Neben der nötigen Bildung der nachfolgenden Generationen sichert eine Sonderabteilung der *American Bar Association* (Amerikanische Anwaltsvereinigung) die Zukunft der ADR. Die *Section of Dispute Resolution*¹⁹ wurde 1993 gegründet und teilt sich in Kommissionen auf, die sich jeweils mit einem der verschiedenen Gebieten der alternativen Streitbeilegung beschäftigen.

Das größte Fragezeichen der kommenden Jahrzehnte im Bereich der Mediation wird die Debatte um die gesetzliche „Überregelung“ der ADR sein.²⁰ Es ist äußerst umstritten, welcher Weg der beste sei: den Beteiligten und den Mediatoren unter dem Motto der Selbstbestimmung und der Individualautorität freien Raum zu lassen oder durch gesetzliche Regelung einerseits diese Freiheit zu begrenzen, andererseits aber gegen Missbräuche vorzugehen.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Anna Beke-Martos in dem Deutsch–Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

¹⁸ Wie z.B. von der Feministin Martha Fineman (1988) oder vom Minderheitenschutz Richard Delgado (1985). Genauso wie Richard Abel und Christine Harrington sehen sie die Mediation als eine erste Bedrohung der Rechte von benachteiligten Gruppen. Bush-Folger 1994, S. 24.

¹⁹ <http://www.abanet.org/dispute/> zgl. am 3.4.2007.

²⁰ Siehe dazu: Cole-McEwen-Rogers: Mediation: Law, Policy and Practice, § 1:3. Developing law regarding mediation, Quelle: Westlaw

Mediation – die neueste Diversionmöglichkeit in dem ungarischen Strafprozessgesetzbuch^{*}

Barbara Mohácsi

Eötvös-Loránd-Universität

1. Diversion in der Strafrechtsgeschichte

In den früheren Gesellschaften war ein Verbrechen mit einem Privatschaden des Verletzten gleichzusetzen.¹ In dem akkusatorischen Verfahren konnte der Verletzte mit dem Beschuldigten einen Vergleich eingehen oder die Anklage fallen lassen. Zu dieser Zeit hatte das Strafrecht privatrechtlichen Charakter. Später wurde der Strafanspruch von dem Staat geltend gemacht. Demzufolge wurde der Verletzte passives Subjekt des Verfahrens.² Der Staat sah Verbrechen als öffentlichen Schaden (Unrecht) und nicht als Privatschaden an. Die mit der Anklage verbundenen Funktionen waren nicht mehr Aufgabe des Verletzten, sondern es etablierte sich eine spezielle Staatsfunktion, die Staatsanwaltschaft.

Zur Zeit des Sozialismus in den 60er und 70er Jahren wurden die gesellschaftlichen Gerichte eingeführt. Im Gesetz wurde festgestellt, wann diese gesellschaftlichen Gerichte verfahren konnten. Das Ziel dieser Verfahren war nicht die Diversion, aber demzufolge wurde die Arbeitsbelastung der Gerichten mit 25 Prozent abgenommen. Diese Verfahren wurden von den Gewerkschaften überwacht.

Ende des 20. Jahrhunderts etablierte sich der Opferschutz neben der repressiven Strafpolitik. Eine neue internationale strafpolitische Richtung, die so genannte *Restorative Justice* trat auf und betonte die zentrale Rolle des Verletzten im Strafverfahren und den Täter-Opfer-Ausgleich.

Der Ausgleich oder der Vergleich könnten in anderen Rechtsgebieten, wie zum Beispiel im Zivilrecht oder im Arbeitsrecht sowohl in der Rechtsgeschichte als auch heutzutage vorkommen. Der Gedanke des Ausgleichs ist in dem Strafrecht und Strafprozessrecht ein „fremder Körper“. Die *Restorative Justice* hatte auf die Bildung neuer Diversionstendenzen im Strafverfahren und auf die gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten einen großen Einfluß.

^{*} Die Handschrift zum Vortrag wurde im Sommer 2007 fertiggestellt, sie erscheint zum ersten Mal in dieser Ausgabe.

¹ Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte)* Budapest, 2001. S. 259.

² Király, Tibor: *Büntetőeljárás jog (Strafprozessrecht)* Osiris, Budapest, 2003. S. 30.

2. Diversionsmöglichkeiten im ungarischen Strafprozessgesetzbuch

Das Wesen der Diversion ist die Lösung der Konflikte außerhalb eines Strafverfahrens. Sie kann auf zwei verschiedene Weisen umgesetzt werden. Zum einen könnte diese Art der Konfliktlösung mit dem Richter als Leiter vor Gericht durchgeführt werden. Zum anderen kann eine von der Gerichtsbarkeit unabhängige Organisation die Leitung übernehmen. In Ungarn können wir für beide Lösungsansätze ein Beispiel finden. Der Richter leitet die so genannte persönliche Anhörung als Mittel der Schlichtung im Privatklageverfahren. Die unabhängige Organisation leitet die Vermittlungsverfahren außerhalb des Strafverfahrens.

Diese unabhängige Organisation ist eine Behörde, welche im Rahmen des ungarischen Justizministeriums agiert. In dieser Behörde arbeiten sogenannte Resozialisierungshelfer. Zu den Hauptaufgaben der Resozialisierungshelfer gehören die Betreuung der Gefangenen im Gefängnis und die Nachbetreuung nach der Entlassung, wozu beispielsweise ein regelmäßiger Kontakt zu den Häftlingen und die Unterstützung bei der Arbeitssuche zählen. Die Resozialisierungshelfer übernehmen auch im Strafverfahren Aufgaben. Bei einem vorläufigen Absehen von einer Klageerhebung werden den Beschuldigten verschiedene Verhaltensregeln (z.B. Wiedergutmachungen für den Verletzten) vorgeschrieben. Die Resozialisierungshelfer überwachen die Einhaltung dieser Regeln. Eine neuere Tätigkeit der Resozialisierungshelfer ist die Leitung des Vermittlungsverfahrens.

a) In dem ungarischen Strafprozessrecht war die Privatklage schon im ersten ungarischen Strafprozessgesetzbuch von 1896 geregelt.³ Die gegenwärtige Regelung ermöglicht die Privatklage in sechs Verbrechen, die im allgemeinen persönlichen Schaden verursachen (zum Beispiel Verleumdung oder Ehrenbeleidigung). Die Privatklage wird vor dem Gericht erhoben und beginnt mit dem Erstellen einer Anzeige.⁴ Ein wichtiger Teil des Privatklageverfahrens ist die so genannte persönliche Anhörung, welche nach der Ermittlung und vor der Gerichtsverhandlung stattfindet.⁵ In der persönlichen Anhörung sind der Richter, der Verletzte und der Beschuldigte anwesend. Hier versucht der Richter das Verfahren durch einen gerichtlichen Vergleich abzuschließen. Wenn die Schlichtung erfolgreich ist, wird das Verfahren eingestellt. Im anderen Fall wird das Privatklageverfahren weitergeführt.⁶

b) Eine nicht typische Konfliktlösungsmöglichkeit ist die Verschiebung der Klageerhebung, welche aber einen Diversionscharakter besitzt. Diese strafprozessuale Handlung hat einige Elemente, die das Verhältnis zwischen

³ Király 2003. S. 48–50.

⁴ § 497 StPG (Strafprozessgesetz) 1998: XIX. Gesetz vom 23. 03. 1998, in Kraft getreten am 01. 07. 2003.

⁵ § 502–503. ff. StPG

⁶ § 511 StPG

dem Verletzten und dem Beschuldigten verbessern könnten.⁷ Der Staatsanwalt kann die Klageerhebung ein oder zwei Jahre verschieben, wenn es annehmbar begründet ist, dass das Ziel des Strafverfahrens auch anders erreichbar ist.⁸ Der Staatsanwalt kann den Resozialisierungshelfer um eine Einschätzung bitten. Hierbei wird der Resozialisierungshelfer die persönlichen Umstände des Beschuldigten untersuchen und beurteilen, ob die Verschiebung der Klageerhebung begründet ist oder nicht. Diese Einschätzung ist für den Staatsanwalt nicht verpflichtend, er kann abwägen, inwiefern er sie beachten bzw. bei seinen weiteren Handlungen berücksichtigen wird. Der Staatsanwalt kann mit dem Resozialisierungshelfer zusammen Verhaltensregeln für den Beschuldigten festsetzen.⁹ Wenn der Zeitraum der Verschiebung erfolgreich verläuft, wird das Strafverfahren beendet. Hält der Beschuldigte die Verhaltensregeln nicht ein oder begeht ein neues Verbrechen, so erfolgt eine Klageerhebung.¹⁰

3. Die neue Methode der Konfliktlösung im ungarischen Strafprozessgesetzbuch: Vermittlungsverfahren oder Mediation

Infolge Ungarns EU-Mitgliedschaft war es unerlässlich, den Anforderungen der EU immer mehr zu entsprechen. Die EU hat einen Rahmenbeschluss über die Stellung des Opfers im Strafverfahren (2001/220/RB) angenommen. Der Rahmenbeschluss schreibt für den Mitgliedstaat vor, die Vermittlung in den Strafverfahren zu fördern. Weitere Detailregelungen wurden von den Mitgliedstaaten ausgearbeitet.

In Ungarn ist die Mediation zweifach geregelt: zum einen im Strafprozessgesetzbuch, zum anderen in einem Sondergesetz,¹¹ das am 1. Januar 2007 in Kraft trat. Das Vermittlungsverfahren hat mehrere Voraussetzungen: Es kann nur bei bestimmten, sich auf eine Freiheitsstrafe von höchstens fünf Jahren belaufenden Verbrechen angewendet werden. Nach dem ungarischen Strafgesetzbuch sind solche Verbrechen Verkehrsverbrechen, Vermögensverbrechen und die Straftaten mit mäßiger Schwere gegen den Personenstand.¹² Es ist zudem notwendig, dass der Angeklagte seine Tat bekennt, und er sich einsichtig zeigt und fähig ist, dem Beschuldigten einen Schadensersatz zu bezahlen oder eine Wiedergutmachung zu leisten. Sowohl der Beschuldigte als auch der Angeklagte müssen auf das Vermittlungsverfahren freiwillig eingehen. Der Staatsanwalt muss in jedem Fall überprüfen, ob die Voraussetzungen erfüllt sind. Letztendlich kann der Staatsanwalt selbst bei

⁷ Király 2003. S. 368–370.

⁸ § 222 StPG

⁹ § 225 StPG

¹⁰ § 226–227 ff. StPG

¹¹ 2006: CXXIII. Gesetz über die Mediation

¹² § 221/A. Abs. 1 StPG

erfüllten Voraussetzungen entscheiden, die Straftat zum Beispiel aufgrund der Gefährlichkeit des Täters vor Gericht entscheiden zu lassen.

Das Mediationsverfahren kann von dem Beschuldigten und dem Angeklagten während des ganzen Strafverfahrens, in Ausnahmefällen vom Staatsanwalt vor der Klageerhebung oder vom Richter nach der Klageerhebung beantragt werden. Es kann während des Strafverfahrens nur einmal initiiert werden.¹³ Wenn das Mediationsverfahren in Anspruch genommen wird, muss das Strafverfahren für sechs Monate angehängt werden.¹⁴ Dieses Verfahren wird von einem speziell ausgebildeten Resozialisierungshelfer geleitet. Ist die Mediation erfolgreich, nimmt das Gericht einen Beschluss über die Abschaffung des Strafverfahrens auf. Wenn die Vermittlung keinen Erfolg zeigt, wird das Strafverfahren fortgeführt.¹⁵

4. Theoretische Probleme der Regelung und zukünftige Aspekte der Mediation

Das Mediationsverfahren ist sehr neu, deshalb scheinen sehr wenige praktische, aber immer mehr theoretische Probleme aufzukommen.

a) Zwischen dem Sondergesetz und dem Strafprozessgesetz gibt es einige Dissonanzen. Das Sondergesetz verweist auf Regelungen im Strafprozessgesetz, die in der Praxis nicht verwendet werden können.

b) Theoretische Probleme treten weiterhin mit den Resozialisierungshelfern auf. Der Resozialisierungshelfer ist eine Person, die unabhängig, fachlich ausgebildet ist und über Erfahrung verfügt. Nach einigen Meinungen brauchen die Resozialisierungshelfer jedoch eine juristische Ausbildung. Laut anderen Ansichten sei die Betreuung der Häftlinge die Primäraufgabe der Resozialisierungshelfer. Es könnte eigenartig sein, wenn der Resozialisierungshelfer nach dem Verfahren den Häftling im Gefängnis trifft, der im Vermittlungsverfahren teilgenommen hat. Ein größeres Problem stellt die zunehmende Arbeitsbelastung der Resozialisierungshelfer dar. Zudem wird kritisiert, dass sie die Leitung des Mediationsverfahrens übernehmen, obwohl ihre Unabhängigkeit, dagegen der Richter, keine verfassungsrechtliche Garantie hat. Andere sind wiederum der Meinung, dass unter allen Umständen gerechtfertigt sei, dass eine von der Gerichtsbarkeit unabhängige Organisation das Vermittlungsverfahren leite.

c) Wie schon erwähnt, hat das Vermittlungsverfahren keine Tradition im ungarischen Strafprozessrecht. Eine fremde Rechtsinstitution zu inkorporieren

¹³ § 221/A. Abs. 2. StPG

¹⁴ § 221/A. Abs. 3 StPG

¹⁵ § 221/A. Abs. 7 StPG

wird lange Zeit dauern. Die Denkweise der ungarischen Gesellschaft begünstigt eher eine repressive Strafpolitik.

Das entsprechende Verhältnis zwischen dem Beschuldigten und dem Angeklagten könnte den Mangel an rechtlichen Regelungen ausgleichen. Ich kann mir vorstellen, dass sich die fachliche und gesellschaftliche Auffassung in der Zukunft ändern könnte, wenn die Mediation öfters in Anspruch genommen wird, weitere Beispiele zeigt und – falls erfolgreich – erheblichere Wirkung auf die Gesellschaft haben wird.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Barbara Mohácsi in dem Deutsch-Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 7. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

Die Regulierung von Drogendelikten in Ungarn ab Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts*

Imre Képesy

Eötvös-Loránd-Universität

„Jede Zivilisation hat ihre charakteristische Kriminalität“ schrieb Émile Durkheim.¹ Nach der Feststellung des namhaften französischen Soziologen können wir sagen, dass die Drogenbenutzung seit den Sechzigern bis zu unseren Tagen die charakteristischste Kriminalität, sozusagen das Verbrechen unserer Zeit ist. Es ist wichtig anzumerken, dass dieses Thema als strafrechtliches Problem zunächst im 20. Jahrhundert erscheint, obwohl die Konsumierung von verschiedenen Betäubungsmitteln die Geschichte der Menschheit begleitet.² Schon in den frühen südamerikanischen und südostasiatischen Ländern war die Benutzung dieser Mittel alltäglich.³ Den Grund können wir darin suchen, dass die verschiedenen Drogen einen angenehmen, berauschenden und betäubenden Zustand hervorgerufen haben, welcher von Sinnestäuschung begleitet wurde. Wenn wir an das Altertum, an die frühe mittelalterliche Geschichte denken, genügt auf die verschiedenen berühmten Handelsstraßen hinzuweisen, an denen der Begriff „Gewürz“ vor allem Opium bezeichnete, welches auch nach Europa gelang.

Die schmerzbetäubende Wirkung der Mittel hat die Medizinwissenschaft sehr früh erkannt,⁴ wie auch die Tatsache, dass ihr regelmäßiger Konsum dem menschlichen Organismus schadet und zur Drogenabhängigkeit führt. Das größte Problem liegt in dieser, bei einigen Drogen sehr rasch hervorgerufenen physischen und psychischen Abhängigkeit. Die Handlungen einer drogenabhängigen Person werden von dem Gedanken geleitet, das Betäubungsmittel zu bekommen. Durch erneuten Drogenkonsum wird sich sein physischer und psychischer Zustand weiter verschlechtern und kann bei einer Überdosis sogar zum Tod führen. Thomas DeQuincey, ein Mitglied der britischen *Royal Society* hat im Jahre 1921 gesagt: „Ich muss sterben, wenn ich

* Die Handschrift zum Vortrag wurde im Sommer 2007 fertiggestellt, sie erscheint zum ersten Mal in dieser Ausgabe.

¹ Gönczöl, Katalin–Korinek, László–Lévay, Miklós: *Kriminológia (Kriminologie)* Budapest, 1999. S. 239.

² Kiss, Anna: Drog és irodalom. <http://www.szochalo.hu/szochalo/upload/CsGyI0302drogesiroadalom.doc>, zgl. am 11.3.2008. S. 3.

³ Belovics, Ervin–Molnár, Gábor–Sinku, Pál: *Büntetőjog Különös Része (Strafrecht. Sonderteil)* Budapest, 2005. S. 407.

⁴ Pelle, Andrea: Die Lust des Verbots. <http://fu.web.elte.hu/drogeria/cikk/0138beszelo19960700.html>, zgl. am 11.3.2008.

dem Opium ergeben bleibe, ich habe daher entschieden, dass ich lieber wegen Opium sterbe, als auf seinen Genuss zu verzichten.“⁵

Bezüglich des Rauschgiftes ist es sinnvoll einige grundlegende Begriffe zu definieren, welche später wichtig sein könnten: Das häufigste Problem in Zusammenhang mit Drogen ist der Missbrauch (Abusus) und die Abhängigkeit (Dependenz).⁶ Der Begriff Missbrauch ist sowohl in der Medizin als auch im Strafrecht bekannt, aber die Bedeutung ist in diesen Bereichen unterschiedlich. Die Medizin definiert den Missbrauch von psychoaktiven Stoffen als unrichtige (malaprove) Nutzung von Drogen, was zu klinisch bedeutenden Schäden oder Störungen führen kann, jedoch ohne Abhängigkeitserscheinungen herauszubilden. Die psychoaktive Abhängigkeit von diesen Mitteln (Dependenz) ist das Vorhandensein von jenen Benehmens- und physiologischen Symptomen, die signalisieren, dass sich die Selbstbeherrschung der Person aufgrund der Einnahme von Drogen verschlechtert hat/verloren gegangen ist, und der Verbrauch der Mitteln trotz offensichtlicher Schäden fortgesetzt wird.⁷ Im Strafrecht hingegen bezieht sich der Abusus von Drogen u.a. auf die Produktion, die Herstellung und den Erwerb von Drogen (also Betäubungsmitteln und psychotropen Mitteln), bei denen eine Gesetzesumgehung vorliegt.⁸ Es ist auffallend, dass beim Konsum illegaler Drogen der Kreis des Missbrauchs ist im Strafrecht breiter gefasst als in der Medizin, da jeder physische Kontakt mit dem Rauschgift, ohne Rücksicht auf die Folgen (oder auf das Fehlen von Folgen) eine Strafe vorsieht. Das Verbot bezieht sich auch auf den Konsum jener Mittel, die gesundheitlich unbedenklich sind und medizinisch nicht als Missbrauch bewertet werden können.

Wenn wir die Geschichte der Regelung von Rauschgiften untersuchen, können wir darauf aufmerksam werden, dass das Strafrecht – das ultimative Mittel – die Aussicht der persönlichen Freiheitsentziehung im Zusammenhang mit der gesetzwidrigen Benutzung von Drogen erst im 20. Jahrhundert bevorzugt. Diese Regelung wurde im ungarischen Rechtssystem durch den am 19. Februar 1929 in Genf abgeschlossenen „Internationale Opiumabkommen“ eingeführt,⁹ der durch das Gesetz 37. aus dem Jahr 1930 verkündet wurde und der auch die ersten strafrechtlichen Bestimmungen für Taten festlegte, die mit Rauschgiften im Zusammenhang standen.¹⁰ Diesem Abkommen folgte das im Jahr 1961 verkündete einheitliche Abkommen der UNO, dem sich im Jahr 1964 auch Ungarn angeschlossen hat. Das in New York abgeschlossene (durch das Gesetz 4. vom Jahr 1965 verkündete) Abkommen und das in Wien unterzeichnete, (durch das Gesetz 25. vom 1979 verkündete) Abkommen, genau wie das

⁵ Nej, György: Nem kell mellre szólni In: 168 óra VI/34. 20. September 1994.

⁶ Kiss 2008. S. 3.

⁷ Kiss 2008. S. 4.

⁸ Gesetz 4. vom Jahr 1978 (Strafgesetzbuch), § 282 Abs. 1.

⁹ Kiss 2008. S. 4.

¹⁰ Belovics–Molnár–Sinkó 2005. S. 408.

nachfolgenden Wiener Abkommen (durch das Gesetz 50. vom Jahr 1998 verkündet) haben sich mit dem Drogenmissbrauch als strafbarer Handlung beschäftigt.¹¹

Wenn ich die Frage seitens der nationalen Gesetzgebung betrachte, so wurden die mit dem Rauschgiftkonsum zusammenhängenden Straftaten durch das Gesetz 5. aus dem Jahr 1961 reguliert, welches das zweite Strafgesetzbuch Ungarns war. Durch diese Rechtsvorschrift wurde der Konsum als Strafhandlung weder direkt noch indirekt geregelt. Im Sinne des Gesetzes war es strafbar, wenn jemand solch ein Mittel herstellte, erwarb, hielt oder im Umlauf gebrachte.¹² Zehn Jahren später folgte die erste Änderung,¹³ mit welcher einerseits die Strafsätze erhöht, andererseits neue Begehungsverhalten definiert wurden.

Die derzeit geltende – aber mehr als fünfzigmal veränderte – Fassung des Strafgesetzbuches, das Gesetz 4. aus dem Jahr 1978, hat ähnlich wie früher die Tatbestände „Rauschgiftmissbrauch“ und „pathologische Suchtauslösung“ geregelt. Heutzutage existiert nur noch der erste Tatbestand.¹⁴ Wir können sagen, dass einer der größten Fehler der Strafpolitik der achtziger Jahre war, dass sie keinen eindeutigen Unterschied zwischen den Händlern und den Konsumenten machte, bzw. dass es keine Möglichkeit zur Mediation gab. Der Mangel der theoretischen und praktischen Ausarbeitung wurde besonders in der Rechtsliteratur bis zum Jahr 1986 deutlich, in der darüber diskutiert wurde, ob der Drogenkonsum ein selbstständiges Delikt sei.¹⁵ Die Frage wurde durch die strafrechtliche prinzipielle Entscheidung Nr. 4. des Höchstgerichtes beantwortet. Es verkündete, dass „der Drogenkonsument auch straffällig wird, wenn er die Droge nicht selbst hergestellt oder gehalten hat, sondern sie von einem Anderen zum Zweck des Konsums erworben hat.“¹⁶

Im Gesetz 3. vom Jahr 1987, welches das Strafgesetzbuch veränderte, wurde versucht die einzelnen Kategorien auseinander zu setzen. Es hat ermöglicht, dass neben den Personen, die eine alkoholiker Lebensweise führten und die zur Frage stehende Straftat wegen ihrer Lebensweise begingen, auch im Falle von Drogenkonsumenten, die in einer ähnlichen Lage waren, eine Zwangsheilbehandlung anzuwenden.¹⁷

Zu dieser Änderung müssen wir auf jeden Fall zwei Bemerkungen hinzufügen: Einerseits hängt die Verwendung von Zwangsheilbehandlung nicht vom Willen des Delinquenten, sondern von der Entscheidung des Gerichts ab. Sie kann nur bei jenen angewandt werden, die zur Freiheitsstrafe verurteilt

¹¹ Belovics–Molnár–Sinku 2005. S. 408.

¹² Gesetz 3. vom Jahr 1987, § 198.

¹³ 1971. évi 28. sz. tvr.

¹⁴ Kiss 2008. S. 5.

¹⁵ Kiss 2008. S. 5.

¹⁶ Kiss 2008. S. 5.

¹⁷ Kiss 2008. S. 5.

wurden. Diese Möglichkeit allein gewährleistet noch keinen Einsatz der Mediation im ungarischen Recht, aber sie gab dem Richter neben der Gefängnisstrafe wenigstens eine andere Möglichkeit. Der zweite Teil der Kritik besteht darin, dass dieser Gesetzesabteil seit seiner Verkündung in den vergangenen 20 Jahren noch nie inkraftgetreten ist.¹⁸

Nach der Wende kam es zu mehreren Änderungen in der ungarischen Drogenlage. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges und der Öffnung der Staatsgrenzen wurde die Abwicklung des internationalen Drogenhandels einfacher und alle Erscheinungsformen des Drogenproblems, welche in Westeuropa längst üblich waren, erschienen nun auch in Ungarn. Der illegale Handel zur Deckung der lokalen Nachfrage etablierte sich, sodass bisherige Transitländer nun auch zu Zielländern wurden. Es wurde versucht die Drogen auch lokal herzustellen und zu produzieren, um so eine größere Auswahl an Rauschmitteln anbieten zu können.

Aufgrund der Entwicklungen wurde es notwendig, eine nationale Drogenbekämpfungsstrategie zu entwickeln, deren erste Maßnahme die Änderung des Strafgesetzbuches im Jahr 1993 war. Der kompromißsuchenden Kriminalpolitik entsprechend wurde die Mediation als Lösung der mit Drogen zusammenhängenden Deviationsfällen ausgewählt. Im Gesetz wurde festgelegt, dass die Person, die einen Drogenmissbrauch mit geringen Mengen, bzw. eine mit Drogenkonsum zusammenhängenden Straftat – die allerdings nicht mit mehr als zwei Jahren Freiheitsentzug zu bestrafen ist – begeht, nicht strafbar ist, wenn sie beweist, dass sie mindestens ein halbes Jahr lang kontinuierlich in Behandlung war. Es wurde außerdem der Begriff der „Begehung mit geringer Menge“ eingeführt, wo die Strafsätze wesentlich herabgesetzt wurden. Dieser Begriff wurde eigentlich von der Richterpraxis ins Gesetz übernommen. Was aber im Gesetz erhalten blieb, war der einheitliche, von der liberalen Partei mehrmals kritisierte Begriff der Droge. Das Gesetz unterscheidet zwischen harten und leichten Drogen nicht und fordert für jeden Delinquenten dieselbe Strafe, unabhängig davon ob es sich um Marihuana oder Heroin handelt.

In einer weiteren Entwicklungsphase am Ende der neunziger Jahren trat die Gesetzgebung immer konsequenter gegen die organisierte Kriminalität auf. Dies wirkte sich auch auf die Drogenbekämpfungspolitik aus. Das Gesetz 73. vom Jahr 1997 änderte erneut das Strafgesetzbuch. Die Strafmäße für Drogendelikte im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität wurden erhöht. Andererseits wurde ermöglicht, dass Delinquenten, die der Straftat mit geringen Mengen begangen haben, hätten vom Gericht außer der Freiheitsstrafe oder Geldstrafe auch zum Arbeitsstrafe verurteilt werden können.¹⁹

¹⁸ Gesetz 3. vom Jahre 1987, § 42.

¹⁹ Kiss 2008. S. 5.

Bei der erneuten Änderung der Rechtsvorschriften kam es zu einer heftigen Debatte um das Gesetz 87. vom Jahr 1998. In der Strafpolitik war die im Vergleich zu den vorangehenden Jahren härtere Vorgangsweise bemerkbar, für die prinzipiell die in den Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft von Reagan eingeführte „Zero-Toleranz“ charakteristisch war.²⁰ In der zeitgenössischen Presse wurde es als „das härteste Drogengesetz Europas“ bezeichnet. Sein Ziel war es, das Drogenphänomen auf der Nachfrage- und der Angebotsseite mit Mitteln des Strafrechts zurückzudrängen. Das Tatverhalten wurde durch das Gesetz in zwei Teile aufgegliedert: Als Grundfall bezeichnete es die Produktion, die Herstellung, den Erwerb und die Haltung, andererseits hat es das in Umlauf setzen von Drogen, ihre Übergabe, den Handel mit Drogen als qualifizierten Fall höher bestraft. Eine Änderung war die selbstständige Erscheinung des Konsums als ein privilegierter und zugleich subsidiärer Tatbestand.

Es hat heftige Diskussionen um jene Bestimmung des Gesetzes gegeben, wonach die Möglichkeit der Diversion, die im Jahr 1993 eingeführt wurde, nur für drogenabhängige Personen aufrechterhalten wurde. In der Begründung des Gesetzes ist aufgeführt, dass bereits die Akteure der früheren, kompromissbereiten Drogenpolitik die Absicht hatten, diese Möglichkeit nur für solche Personen aufrechtzuerhalten. Zwar auf durchaus bestreitbare Weise hat der Gesetzgeber auch mehrere Entscheidungen der UNO ähnlich interpretiert. Dementsprechend hat das Gesetz festgelegt, dass die drogensüchtige Person, die Drogen mit der Verletzung der amtlichen Vorschriften konsumiert, oder geringe Mengen für den eigenen Konsum produziert, herstellt oder erwirbt, oder im Falle der Begehung einer milder zu beurteilenden, mit der Drogenkonsum zusammenhängenden Straftat, konnte auch wählen, sich einer halbjährigen Heilbehandlung zu unterwerfen. Im Vergleich zu ihnen hatten die Gelegenheitskonsumenten, auf die sich der privilegierte Tatbestand bezog, diese Möglichkeit nicht.

Wir müssen bedenken, was für ein Teufelskreis hier entstand: Um dem Gefängnis zu entgehen, musste man drogenabhängig sein. Bei erstmaligem Erwischen wurde im besten Fall mit Rüge bestraft, was bedeutete, dass ihm die gesamten Verfahrenskosten auferlegt wurden. Dabei musste er die Straftat mit geringer Menge begehen, was in diesem Fall problematisch war, weil eine normale Dosis der abhängigen Person hätte für eine Person, die kaum Erfahrungen mit dem Drogenkonsum hatte, bereits tödlich sein können. Außerdem wurde die Quantität in der neuen Definition der geringen Menge nach der Ausarbeitung der Richterpraxis auf ein niedrigeres Niveau bestimmt.

Das Ziel, welches aus der hinter dem Gesetz verborgenen Kriminalpolitik ersichtlich wird, war die Schaffung einer drogenfreien Gesellschaft. (In der

²⁰ Kiss 2008. S. 6.

Alltagspraxis aber – trotz der scharfen Regelung – kam es zu keiner günstigen Änderung.) Von diesem Standpunkt aus wurde die Frage nach dem Umgang mit Drogendelikten weitergedacht und mündete in eine neue Drogenpolitik, welcher eine weitere Änderung des Strafgesetzbuches folgte.

Diese wurde in dem Gesetz 2. vom Jahr 2003 realisiert.²¹ Die Bestimmung, die den Konsum als selbstständige Strafhandlung definierte, wurde herausgenommen, der Besitz und der Erwerb, die einen Bestandteil des Konsums bilden, wurden weiter durch Strafe verfolgt. Bezüglich der Mediation wurden eigentlich die früheren, aus dem Jahr 1993 stammenden Bestimmungen wieder eingeführt: Für die Gelegenheitskonsumenten war es erneut möglich, sich mit einer sechsmonatigen Heilbehandlung von der allfällige Gefängnisstrafe zu lösen; die Dealer waren aber aus diesem Kreis konsequent ausgeschlossen.²² Alle Ausnahmen wurden genau benannt. Das war notwendig, da im Sinne des früheren Gesetzes, wenn eine Person, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, einer Person, die jünger als achtzehn Jahre alt war, Drogen übergab – auch bei gemeinsamen Drogenkonsum – eine Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren drohte. Problematisch wurde diese Tatbestand dann, wenn der Erwachsene kein Dealer, sondern zum Beispiel ein Mitschüler war. In einem konkreten Fall wurde ein knapp 18-jähriges Mädchen zur 3,5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und dann nur nach 1,5 Jahren durch eine Begnadigung des Präsidenten freigesprochen.²³

Aus der Darstellung ist ersichtlich, dass die Mediation eine Methode zur Lösung von Konflikten im weiteren Sinne ist. Sie versucht zwischen dem Täter und dem Staat Gerechtigkeit auszuüben und ermöglicht dem Täter in manchen Fällen seiner Strafe zu entgehen, sofern er sich einer anderen Maßnahme unterwirft. In Ungarn scheinen die Heilbehandlung als Strafersatz und die Mediation bei der Regulierung von Drogendelikten langsam Fuß zu fassen.

Es ist fraglich, wie die Zukunft in diesem Bereich aussieht. Es ist davon auszugehen, dass das Strafgesetzbuch, welches in der Vorbereitungsphase steht und dessen Annahme auf das Jahr 2010 datiert ist, wahrscheinlich in dieser Richtung weitergehen wird. Als stärkstes Argument könnte lauten, dass keine Gefängnisstrafe eine körperlich drogenfreien Person seelisch von den Drogen aböhnen kann. Wir halten daher die Aufrechterhaltung der Möglichkeit der Mediation für begründet.

Der Text gibt den Vortrag wieder, den Imre Képešy in dem Deutsch-Ungarischen Strafrechtsgeschichtlichen Seminar am 8. Juli 2007 in Rothenburg o. d. Tauber gehalten hat.

²¹ Kiss 2008. S. 6.

²² Pelle, Andrea: „Drogenordnung“. In: Élet és Irodalom, XLII/41. 9. Oktober 1998.

²³ Kerényi, György-Pálkás Szűts, Róbert: Genaue Amerika. In: Magyar Narancs, X/41, 8. Oktober 1998.

Junge Ungarische Rechtshistoriker

Publikation
des Lehrstuhls für Ungarische Rechtsgeschichte
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Eötvös-Loránd-Universität

1. Randgruppen, Konzeptionsprozesse, Diktaturen, Budapest, 2007
2. Gaetano Filangieri in der ungarischen Strafrechtsgeschichte, Budapest, 2007
3. Richten oder Schlichten: Formen Strafrechtlichen Konfliktbewältigung, Budapest, 2011

In Vorbereitung:

Sanktionen in der ungarischen Strafrechtsgeschichte

Tamás Klein: Regelung der elektronischen Presse in Ungarn

Oktatási Minisztérium Alapkezelési Igazgatósága
„Pályázat Kiemelkedő Intézményi Tevékenység Támogatására“

Junge Ungarische Rechtshistoriker enthält Beiträge der Teilnehmer des Akademischen Studentenkreises, der neben dem Lehrstuhl für Ungarische Rechtsgeschichte an der Juristischen Fakultät der Eötvös Loránd Universität tätig ist. Außergewöhnliche Studierende, Studentische Hilfskräfte, sowie am Lehrstuhl ihre Promovierungsarbeit schreibende Doktoranden haben die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Forschung an den Konferenzen präsentiert. Ihre bearbeiteten Vorträge werden hier veröffentlicht.